ITSCHRIFT FÜ

#8

GEO
POLITIK

PROBEHEFT

EINES ÄLTEREN JAHRGANGES

Seit dem III. Jahrgang ist der Umfang des Heftes durch Ausbau der Berichterstattungen auf ca. 80 Seiten erhöht

EINZELHEFT 2,–
VIERTELJAHR 6,–

BEZUGSMÖGLICHKEITEN DURCH BUCHHANDLUNG - POST - VERLAG

URT VOWINCKEL VERLA



HERMANN LAUTENSACH:
GEOPOLITIK UND STAATSBÜRGERLICHE BILDUNG

Durch die europäische Geistesgeschichte seit Bacon und Descartes zieht wie ein roter Faden der verhängnisvolle Dualismus zwischen Geistigem und Körperlichem, zwischen Seele und Welt, zwischen Ideal und Wirklichkeit. „Das Verhängnis der abendländischen Kultur", sagt Karl Georg Schrötter in seinem ausgezeichneten Aufsatz über „Das Wesen der Ideologie im politischen und geistigen Leben Deutschlands" (Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur, Juni 1924), „das sich gemäß unserer philosophischen Veranlagung bei uns Deutschen am stärksten ausgewirkt hat, die faustische Narrheit, die Zweiteilung der Welt in Innen und Außen, in eine Ideenwelt und eine Erscheinungswelt, hat unsere Anschauungsweise so völlig deformiert, daß es uns kaum möglich ist, uns daraus zu befreien und das Geistige nicht mit Hypertrophierungen zu überhäufen und das Wirkliche, die „Erscheinungswelt", die Objektivität nicht immerfort in Geisteserlebnissen zu „sublimieren" und in idealistischen, relativistischen, subjektivistischen, ideologischen Urteilen zu disqualifizieren." Die unheilvollste Wirkung hat diese Disharmonie auf dem Gebiete der Politik ausgeübt, vor allem seit dem Ende des Weltkrieges, seitdem im abendländischen Europa kaum noch ein Staat übrig ist, der nicht durch eine demokratische Verfassung seine sämtlichen Bürger dazu berufen hätte, die politische Entwicklung des Gemeinwesens mitbestimmend zu beeinflussen, was zur Folge hat, daß die von jedem einzelnen Staatsbürger gefühlte Disharmonie ihre schweren Schatten auf die Staatsleitung wirft. Dieser Zustand ist deswegen besonders besorgniserregend, weil die politischen Parteien heute durchweg eine ganz andere Einstellung haben, als in jenen Zeiten, in denen das konstitutionelle Regierungssystem dem absolutistischen Regime abgetrotzt wurde. Damals waren es ausschließlich Fragen staatlichen Rechtes und staatlicher Machtbetätigung, also rein politische Fragen, die im Mittelpunkt des Interesses standen. So entwickelten sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im klassischen Lande des Parlamentarismus die Tories als die Partei des Königshauses der Stuarts, die Whigs als dessen Gegner. Und als in der zweiten Hälfte des 18. und der ersten des 19. Jahrhunderts wirtschaftspolitische Fragen, wie sie z. B. die Freihandelsbewegung der Manchesterleute auslöste, in den Parlamenten lebhafte Kämpfe zur Folge hatten, da stand doch stets mehr die verschiedene Auffassung über die dem Staatswohl nützlichsten Wege als die Vertretung persönlicher Geschäftsinteressen im Vordergrund. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aber entstanden neue Parteien, die den Kampf um die Macht im Staate im Interesse einer bestimmten sozialen Schicht einer bestimmten Nationalität

oder eines bestimmten religiösen Bekenntnisses führen, und alle, auch die alten Parteien sahen sich, um die für ihr Wirken nötigen Geldmittel aufzubringen, genötigt, die prinzipielle Vertretung der wirtschaftlichen Interessen gewisser Berufskreise, die dem Gemeinwohl oft zuwiderläuft, in ihr Betätigungsbereich aufzunehmen. So sind die politischen Parteien von heute überall sehr komplexe Erscheinungen, mit einer Unmenge von verschiedenartigen, mitunter parallel laufenden, viel häufiger aber sich kreuzenden oder paralysierenden Druckrichtungen.

Ganz besonders groß ist dieser Parteiwirrwarr in Deutschland geworden. Die Deutschen zerstören, im Gegensatz zu den Engländern, ihre politischen Instinkte durch allzu vieles Philosophieren und Spekulieren. Jede der Parteien schuf sich hier aus dem Gefühl heraus, daß nur das in Ideen Begründete vor den Augen des allzu gründlichen Deutschen Bestand haben könne, ihre ideologische Theorie, ihr Staats- und Weltbild als Hintergrund und Kraftquelle ihrer praktischen Betätigung. Infolge der völlig verschiedenen Einstellung der Parteien sind die Weltbilder, die diese Theorien bieten, gänzlich verschieden, sie sind in wesentlichen Teilen unbewiesene und unbeweisbare Parteidogmen. Die einzelnen Parteiführer gehen in diesen Theorien auf, durch die immer erneute Abwicklung gleichgerichteter Gedankenketten gewinnt ihre Art, zu denken und zu urteilen, etwas stereotyp Einseitiges, so daß man schließlich beinahe versucht ist, daran zu zweifeln, daß die Logik aller Menschen, zum wenigsten der Glieder des gleichen Volkes, doch wohl die gleiche ist. „Dem Blinden nützt die Definition des Lichtes nichts, ein „idealistischer“ oder „sozialistischer“ Politiker, der eben seiner idealistischen oder sozialistischen Fiktion folgt, hat kein Organ für die Wirklichkeit“ (Schrötter). Die praktischen Folgerungen aus der ideologischen Theorie werden in einem „Parteiprogramm“ zusammengestellt, und dieses ist die dem Einzelnen unbedingt bindende Richtschnur politischer Betätigung. So wird „Parteipolitik“ äußerlich zur „Gefühlspolitik“ oder „Interessenpolitik“, ohne daß der aus den Gegenlagern sofort erschallende Vorwurf der bewußten Vernachlässigung des Gesamtwohles begründet zu sein braucht, und es ergibt sich die fürchterlichste, für den Einzelnen wie für die Gesamtheit quälendste Disharmonie zwischen politischem Ideal und Wirklichkeit. Äußeres Endergebnis ist eine sich ständig verbreiternde und schließlich unüberbrückbare Kluft zwischen den Volksgenossen, die Unmöglichkeit einer gedeihlichen Zusammenarbeit in den Parlamenten und städtischen Vertretungen, der Kampf aller gegen alle, wie ihn am beschämendsten die Lärm- und Kampfszenen im deutschen Reichstag vor Augen führen.

Angesichts dieser Lage wird vielerorts der Ruf nach dem Diktator laut, nach dem mit unumschränkter Vollmacht ausgestatteten Starken, der die vielstrebigen,

in ihre Ideologie verrannten Kämpfer durch sein Machtwort zum Schweigen und Ruhen bringt. Das Beispiel Italiens zeigt jedoch, daß selbst ein politisch hochbegabter, ungemein fleißiger, vom Volk begeistert verehrter Machthaber von reinem Wollen und Handeln nicht immer in der Lage ist, die politischen Leidenschaften der Massen zu zügeln, ja, daß dessen Stellung durch die verbrecherische Maßlosigkeit seiner eigenen ausführenden Organe schwer erschüttert wird. Und wieviel leichter hat es ein Diktator in einem Siegerstaat, der nicht mit der furchtbaren Bürde des verlorenen Weltkrieges belastet ist! Der unumschränkt regierende Machthaber kann vielleicht die schlimmsten Auswüchse des Parteilebens für kurze Zeit eindämmen, aber die wirkliche Heilung kann er allein nicht bringen. Sie kann nur durch eine Gesundung des politischen Lebens von innen heraus kommen, und die ist nur dadurch möglich, daß eine gemeinsame Plattform gefunden wird, von der eine jede politische Betätigung ausgehen muß, die künftighin Anspruch auf ehrliche Beachtung seitens der Volksgenossen erheben will. Viele Nationen haben sich trotz lebhafter innerpolitischer Kämpfe diese gemeinsame Plattform durch einen gesunden Instinkt in Gestalt des Solidaritätsgefühles aller gegenüber dem Ausland erhalten. In Deutschland ist auch dieses unter dem Einfluß ideologischer Theorien oder verbrecherischer Eigensucht geschwunden, und es muß heute als vergebliches Bemühen gelten, einfach nur an einen allen Deutschen gemeinsamen Instinkt zu appellieren, um eine solche gemeinsame Plattform zu gewinnen. Es bleibt nur übrig, sich an den Verstand aller derer zu wenden, die noch gewillt sind, gewisse Grundtatsachen der wirtschaftlichen, politischen und überhaupt allgemein menschlichen Zusammenhänge vorurteilslos in sich aufzunehmen und unter Zurückdrängung jeder politischen Leidenschaft unbefangen für sich logische Schlüsse aus diesen Tatsachen zu ziehen. Die Gesamtheit des Wissens, das in diesem Sinne geeignet ist, eine Plattform für eine gedeihliche politische Betätigung darzustellen, pflegt man staatsbürgerlichen Bildungsstoff zu nennen. Wissenschaftliche Abhandlungen, die der staatsbürgerlichen Bildung dienen sollen, können durchaus so leicht verständlich abgefaßt werden, daß jeder Deutsche ihren Sinn in sich aufzunehmen vermag, wenn er nur einen Bruchteil des Interesses und der Ausdauer auf sie verwendet, die heute von Millionen den parteipolitischen Zielen gewidmet werden. Durch eine solche Beschäftigung mit staatsbürgerlichem Bildungsstoff gewinnt der Deutsche erstmalig einen Eindruck davon, wie schwer es ist, eine Behauptung, die vielleicht der Ausgangspunkt für die Haltung einer ganzen politischen Partei ist, unanfechtbar zu beweisen, wie kritisch man gegenüber dem von den Parteien verwendeten Zahlenmaterial sein muß, wie die ideologischen Theorien der Parteien gar oft von unbeweisbaren Voraussetzungen ausgehen und in ihren Beweisführungen an ausschlaggebender Stelle die wunderlichsten Gedankensprünge machen, wie auf

einer ganz schmalen Basis ein breites, luftiges Gebäude mit den schwerwiegendsten Folgerungen aufgerichtet wird. Aber er erhält durch solche Beschäftigung auch darüber hinaus ein positives Rüstzeug für seine Betätigung als Staatsbürger.

Unter den Wissenschaften, die solches vermitteln, ist nicht die letzte die Geopolitik. Ein allgemein verbreitetes Vorurteil geht dahin, daß „die Völker und die Staaten, oder geradezu die einzelnen Staatsmänner, ihre Geschicke nach augenblicklicher Eingebung völlig frei gestalten“ (Kjellén). Es ist eine der wichtigsten praktischen Aufgaben der Geopolitik, dieses Vorurteil zu zerstören. Gewiß erhebt sich „der Verlauf der Geschichte in ihren einzelnen wirkenden Persönlichkeiten, ihren Helden, in die Sphäre sittlichen Handelns und damit der nicht an Gesetze gebundenen Freiheit. Aber darunter erstreckt sich ein weites Gebiet, wo das Element der Massen in der Völker- und Staatenwelt die Typik alles natürlichen organischen Geschehens aufweist“ (Vogel). In der Tat ist das politische Geschehen, wo auch immer auf dem Erdball es sich abspielen mag, an die natürlichen Verhältnisse des Raumes gebunden, in dem es abläuft. Diese geben den Rahmen, innerhalb dessen die geschichtliche Entwicklung erfolgt. Sie unterstützen gewisse Richtungen des geschichtlichen Ablaufes, oder erzwingen sie sogar, andere hemmen sie oder machen sie selbst unmöglich. So findet durch die Natur des Erdraums eine Auslese aus der von vornherein unendlichen Anzahl der Möglichkeiten politischer Entwicklungsrichtungen statt. In solchem Sinne ist für die Herausgeber dieser Zeitschrift Geopolitik „die Wissenschaft von der politischen Lebensform im Lebensraum, in ihrer Erdgebundenheit und Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung“.

Greifen wir, um zu zeigen, wie die Geopolitik die eben skizzierte Aufgabe zu lösen imstande ist, eines der für uns wichtigsten Probleme heraus: Die Lage des Deutschen Reiches in ihrer Bedeutung für seine politische Entwicklung in Vergangenheit und Zukunft. In der Oberflächengestalt Europas treten zwei von N nach S ziehende Streifen stark verminderter Verkehrsdurchlässigkeit hervor, die in der politischen und Kultur-Geschichte Europas immer wieder die Rolle von natürlichen Grenzsäumen spielen. Der westliche von ihnen (s. Abb. 1) ist von J. Wütschke in Anlehnung an die Namen der beiden ältesten Staaten, die in seinem Bereich entstanden, der Arelatisch-Lotharingische (S. 184, 384) genannt worden. Er wird von einer Folge von Gebirgen und Hochflächen gebildet, die von der Straße von Calais bis zur westlichen Riviera reichen. Vielfach ist diese Kette von Sperrlandschaften durch schmale Lücken, Pforten und Talengen unterbrochen, die den Verkehr in Krieg und Frieden in wenige scharf vorgezeichnete Bahnen lenken. Dem Erhebungszug des Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaums im W entspricht die Niederungsflucht des östlichen Grenzsaums, den Penck nach den Warägern benannt hat, da seiner Tiefenfurche die Schiffszüge dieses skandi-

navischen Wikingervolkes von der Ostsee zum Schwarzen Meer folgten. Der Warägische Grenzsaum (s. Abb. 2) zieht von der Senke des Onega- und Ladogasees zur Niederung des Peipus- und Ilmensees, führt an dem Wald- und Sumpfgebiet des Pripet vorbei zur Niederung des Dnjepr und folgt dieser sowie der des Donez zum Schwarzen Meer. Die beiden Grenzsäume teilen Europa in ein Vordereuropa, Hintereuropa und Zwischeneuropa (s. Abb. 3).

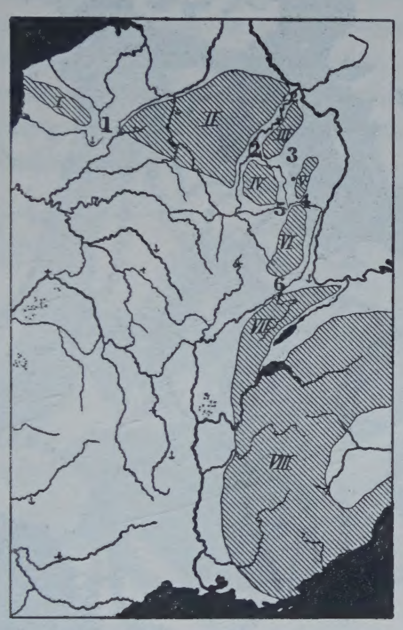


Abb. 1. Der Arelatisch-Lotharingische Grenzsaum (nach Wütschke).
I Hügelland von Artois. II Eifel und Ardennen. III Hunsrück. IV Lothringer Hochfläche. V Haardt. VI Wasgenwald. VII Schweizer Jura. VIII Westalpen. 1 Lücke des Hennegau. 2 Mosellücke. 3 Senke von Kaiserslautern. 4 Zaberner Lücke. 5 Lothringer Pforte. 6 Burgundische Pforte.

Das geschlossene Sprach- und Kulturgebiet des Deutschen Volkes liegt in Zwischeneuropa. Im S ist es fest in den Alpen verankert. Im N findet es seine naturentlehnte Grenze an Nord- und Ostsee. Im W hat es sich dem Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaum völlig angepaßt. Wie dieser in seinem nördlichen Drittel nach W vorspringt, so reicht das flämisch-niederdeutsche Sprachgebiet bis an die Straße von Calais vor. Die deutsche Sprachgrenze ist in seinem Bereich ausgereift: Sprachinseln fehlen; selbst Mehrsprachigkeit im gleichen Grenzdorf kommt kaum vor. Ganz anders ist es im Osten. Hier streckt das geschlossene

deutsche Sprachgebiet zwar 3 mächtige Zungen vor, die preußische, schlesische und österreichische, reicht aber bei weitem nicht an den Warägischen Grenzsaum heran. Doch ist eine Unzahl kleiner deutscher Sprachinseln bis an ihn



Abb. 2. Der Warägische Grenzsaum (nach Penck) und die Ostgrenzen der deutschen Kultur (nach Kaindl).

——— Ostgrenze des geschlossenen Verbreitungsgebietes des römisch-katholischen und evangelischen Christentums.

▬▬▬ Ostgrenze des geschlossenen Verbreitungsgebietes der deutschen Sprache.

oo oo ooo Ostgrenze des amtlichen Gebrauchs des Gregorianischen Kalenders.

O O O O Ostgrenze des mittelalterlichen Gebrauchs des deutschen Rechtes.

▬ ▬ ▬ ▬ Ostgrenze deutscher Verkehrssprache im Handel.

◆◆◆◆◆◆◆◆ Ostgrenze des geschlossenen Gebiets deutscher Schriftart.

---------- Ostgrenze des geschlossenen Gebiets lateinischer Schriftart.

-·-·-·- Ostgrenze der Verbreitung beider zusammen.

••••••• Ostgrenze fränkischer Hausformen.

heran, ja über ihn hinaus (Wolgadeutsche) verbreitet, und selbst im gleichen Wohnplatz sind oft neben der deutschen noch mehrere andere Nationalitäten vertreten. Die Sprachgrenzen im Osten Zwischeneuropas sind gänzlich unreif. Die Flachlandsnatur drängt nicht zur raschen Ausbildung von scharfen Völkergrenzen, und die tiefgreifenden Ereignisse der ungemein bewegten geschichtlichen Vergangenheit, die Wellen asiatischen Despotentums, die über das Land gingen, haben die Ausreifung immer wieder verhindert. Es ist in der östlichen Hälfte Zwischeneuropas unmöglich, Staatsgrenzen nach dem Nationalitätsprinzip zu ziehen, und wenn der Feindbund in den Friedensschlüssen vorgab, dies zu tun, so war das nur eine schlecht verschleierte Gewaltmaßnahme, die die Aufgabe hatte, das Deutschtum in diesen Gegenden möglichst zu schwächen und allen antideutschen völkisch-politischen Bewegungen zum Siege zu verhelfen.

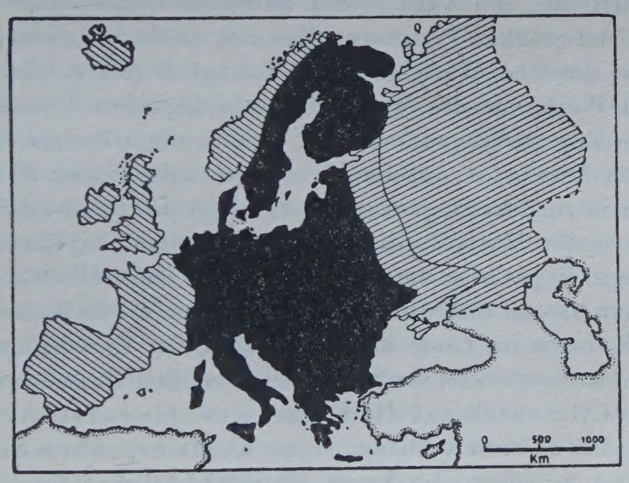


Abb. 3. Zwischeneuropa (nach Penck).

Zwischeneuropa ist, ganz besonders nach den eben berührten Friedensschlüssen, das Gebiet staatlicher Zersplitterung. Wiewohl es nur ein reichliches Drittel des Erdteils umfaßt, liegen doch nur sechs von sämtlichen Staaten Europas ganz oder mit ihren Kernlandschaften außerhalb von ihm. Vor wie nach dem Weltkrieg ist das Deutsche Reich der größte Staat Zwischeneuropas. Das politische Leben des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten hat sich seit der Gründung des Ostfränkischen Reiches stets auf Zwischeneuropa beschränkt, aber niemals hat sich sein Gebiet mit dem Zwischeneuropas auch nur annähernd gedeckt. Nach N zu fand die deutsche Staatenbildung von vornherein Halt und Grenze an den deutschen Meeren, nach S zu begnügte sie sich, nachdem das

Heilige Römische Reich deutscher Nation zeitweilig bis nach Sizilien, dem Südende Zwischeneuropas gereicht hatte, vom Ausgang der Stauferzeit an wohlweislich mit dem Alpenwall als Grenzsaum ihres Machtbereichs. Zwischen Fels und Meer war dem deutschen Staat eine Einpassung in einen geographischen Raum möglich, und seither reicht er — von kurzen Zeiten tiefer nationaler Demütigung abgesehen — von der Etsch bis an den Belt und umfaßt damit gerade die N-S-Ausdehnung des deutschen Sprachbereichs. Ganz anders im O und W! Hier ist dem Deutschen Reich das Hineinwachsen in einen geographischen Raum versagt geblieben. Im O lag der Warägische Grenzsaum stets so fern, daß seine Erreichung nie das Ziel deutscher Politik sein konnte, und im W hatte der Arelatisch-Lotharingische Grenzsaum wohl gerade soviel Kraft, daß er zu einer scharfen Ausbildung der Sprachgrenze führen konnte, er setzte aber nicht dem Ausdehnungsbestreben des nicht zuletzt durch die Gunst seines Lebensraumes frühzeitig national geeinten Franzosenvolkes eine unübersteigliche Schranke. Daher wurde die deutsche Westgrenze, die anfänglich (880 n. Chr., Vertrag von Ribemont) am Westrande des Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaums gelegen hatte, Zug um Zug zurückgedrängt und liegt in der traurigen Gegenwart nur noch mit ihrem Mittelstück auf dem Grenzsaum selbst, ist im S und N dagegen bis an den Rhein zurückverlegt worden. So weist das Deutsche Reich heute in O und W eine uferlose Zwischenlage auf. Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien-Portugal liegen in je einem von der Natur meist allseitig scharf hervorgehobenen Raum, dessen völkische, kulturelle und politische Besitzergreifung den betreffenden Nationen im Laufe ihrer geschichtlichen Entwicklung früher oder später als erstes nationales Ziel vor Augen stehen mußte. Dem deutschen Volke hat ein hartes Geschick auf die Frage, was seine erste nationale Aufgabe sei, an der es sich stählen, seine Kraft erproben könnte, keine klare Antwort gegeben. Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung lösten einander daher die nach S gerichtete Rompolitik, die nach O gerichtete Kolonisationspolitik, die Hausmachtpolitik der Habsburger, die überseeische Wirtschaftspolitik der Hanse, die gegen W gerichtete Verteidigungspolitik ab, und eine einheitliche, durch viele Jahrhunderte folgerichtig beibehaltene Linie fehlt der politischen Geschichte der Deutschen notgedrungen. Dem deutschen Volke ist somit die Erziehung zu einem stetigen nationalen Willen durch das tragische Geschick seiner Zwischenlage versagt geblieben.

Dieser Mangel wiegt um so schwerer, als die Natur dem deutschen Staate noch ein anderes Danaergeschenk in die Wiege gelegt hat. Alle großen Staaten Europas mit Ausnahme des Deutschen Reiches: Rußland, Schweden, Norwegen, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, die meisten Balkanstaaten haben eine Randlage; sie besitzen einen Rücken, d. h. eine Seite, von der sie keine feind-

lichen Angriffe zu fürchten brauchen, auf der kein wesentlicher außenpolitischer Druck lastet. Das Deutsche Reich dagegen besitzt eine Mittellage im Herzen Europas. Ein Staatsvolk kann eine solche Mittellage in hervorragendem Sinn ausnutzen: Es kann nach allen Seiten Kulturkeime ausstreuen (s. Abb. 2), von allen Seiten Kulturanregungen aufnehmen und die eigene Kultur mit ihrer Hilfe um so höher entwickeln. Dieser Mission ist das deutsche Volk in hervorragendem Maße gerecht geworden. Es hat einen Kant und Goethe, einen Luther und Beethoven geboren. Aber indem es sie erfüllte, hat es sich einen Hang zum Weltbürgertum angeeignet, der der Entwicklung eines starken nationalen Willens widerstrebt, und der solange eine furchtbare Gefahr bedeutet, wie die Nachbarn in ihrer glücklicheren Randlage einen solchen Hang nicht sämtlich in gleicher Intensität in die Wirklichkeit umsetzen. Denn die Mittellage birgt, wie die Ereignisse des Weltkrieges uns nur zu spät gezeigt haben, dauernd die drohende Möglichkeit politischer Einkreisung, wirtschaftlicher Abschnürung, allseitigen Angriffs. Dauernd unterliegt das Deutsche Reich einem fast konzentrischen außenpolitischen Druck, ganz besonders seit dem Ende des Weltkriegs, seit Frankreich bis auf 20 km an die badische Landeshauptstadt, Polen bis auf 157 km an die Reichshauptstadt heranreicht, und an die Stelle des Bundesfreundes Österreich auf der langen Grenzstrecke vom Dreisesselberg im Böhmerwald bis zur Stadt Oderberg die mit Frankreich verbündete Tschechoslowakei getreten ist, die mit ihrer natürlichen Festung Böhmen als ein furchtbarer viereckiger Klotz ins deutsche Reichsgebiet hineinragt. Und im Verlauf seiner dornenreichen Geschichte sind in Zeiten der politischen Schwäche nur gar zu oft die Heere fremder Eroberer von Südosten, Osten, Norden und Westen über Deutschland dahingebraust und haben auf deutschem Boden ihre Schlachten geschlagen. Durch solche Ereignisse ist das deutsche Volk auf dem Wege der nationalen Einigung und Ausreifung immer erneut zurückgeschleudert worden, und das von Italienern, Franzosen und anderen Völkern als höchster nationaler Wunsch erachtete Ziel, die Zusammenfassung des geschlossenen Sprachgebiets in einem einzigen Staatsraum, ist von den Deutschen bisher nie erreicht worden, ja konnte bisher kaum mit Aussicht auf Erfolg erstrebt werden. — Die unmittelbaren politischen Folgerungen, die sich aus solchen Ausführungen ergeben, wird jeder Unvoreingenommene ohne weiteres selbst ziehen. Die jetzige Zeit ist besonders dazu geeignet, die Belange Deutschlands unter die geopolitische Lupe zu nehmen (vgl. den Aufsatz von Tiessen über den Friedensvertrag von Versailles, S. 203), denn die Lage des Deutschen Reiches ist zurzeit so furchtbar, daß wohl jede ernste wissenschaftliche Untersuchung zu seinen Gunsten ausfallen wird.

Die Geopolitik leistet noch mehr, als aus diesem einen deutschen Beispiel zu entnehmen ist. Wie so manche Aufsätze dieser Zeitschrift, etwa der über das

japanische Erdbeben und seine politischen Folgen (S. 82), oder über die indopazifischen Ölprobleme (S. 154) oder über die Mittelmeere als geopolitische Kraftfelder (S. 36) zeigen, lenkt die Geopolitik den Blick über den eigenen Lebensraum hinaus in die Weltweite, sie lehrt, wie sich die politische Macht zur Zeit über den Erdball verteilt, und wie sie sich unter dem Einfluß erdgebundener Kräfte verschiebt. Eine solche geopolitische Schulung rückt die kleinen innerpolitischen Tagesfragen, um die Parteipolitiker sich heute die Köpfe heiß reden, in die richtige Perspektive. Sie allein, die Grundlage der weltbeherrschenden Stellung der angelsächsischen Völker, gibt die Vorbedingung für eine weitsichtige Politik und Wirtschaftsführung, für eine kluge Einsicht in die Lebensmöglichkeiten und Daseinsnotwendigkeiten des eigenen Volkes im Rahmen des Weltganzen.

Eine derartige geopolitische Bildung, für die großen Kolonialvölker das Ergebnis Jahrhunderte langer Erfahrung, kann natürlich nicht über Nacht über das deutsche Volk kommen. Aber es ist eine dringende Forderung des Tages, daß mit ihr ein energischer Anfang gemacht wird. Eine hervorragende staatsbürgerliche Aufgabe erwächst in dieser Hinsicht der Schule, insbesondere dem geographischen Unterricht. Vom 7. oder 8. Schuljahr an ist es möglich, in die einfachsten Gedankengänge geopolitischen Inhalts einzuführen. Also kann schon die Volksschule Wesentliches leisten. In einer nach oben steigenden Fruchtbarkeit lassen sich geopolitische Probleme auf der Mittel- und Oberstufe der höheren Lehranstalten behandeln. Sind doch die beigegebenen drei Abbildungen einem Schulbuch (Prof. Dr. A. Supans Deutsche Schulgeographie, Gotha, Justus Perthes) entnommen! Nur ist das Plätzchen, das der Geographie heute auf den Schulen gegönnt wird (meist nur eine Wochenstunde), viel zu klein, um solche Aufgaben irgendwie nutzbringend in Angriff nehmen zu können. Und so ist unser Ruf: Geopolitische Bildung ins deutsche Volk! gleichbedeutend mit der Forderung: Mehr Geographie in die Deutsche Schule!

OTTO JESSEN

DIE LAGE DER HAUPTSTÄDTE IM NEUEN EUROPA:

I. ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN ÜBER DIE LAGE POLITISCHER HAUPTSTÄDTE.

Die Hauptstädte sind aufs innigste mit dem Schicksal ihrer Länder verbunden. Sie nehmen an dem Aufblühen und Wachsen der Staaten teil, ebenso auch an ihrem Verfall. Große, volkreiche Städte des Altertums, wie Babylon, Niniveh, Tartessos, sind in Schutt und Trümmer gesunken, als die Reiche, deren glanzvolle politische und kulturelle Mittelpunkte sie waren, zugrunde gingen. Andere Hauptstädte sind mit dem Niedergang des Staates zu trauriger Bedeutungslosigkeit herabgesunken und haben mit dem Zusammenbruch des Staates ihren Vorrang als Hauptstadt eingebüßt. Wieder andere sind zwar erhalten geblieben, haben aber infolge der politischen Umformungen und der Neubildung von Staaten an Stelle der absterbenden alten Organismen ein völlig verändertes Gepräge erhalten und eine neue Entwicklungsrichtung eingeschlagen. Es gibt Städte, die mehrmals derartige Umwälzungen erlebt haben und die dank der Gunst ihrer geographischen Lage oder dank der in ihnen aufgespeicherten Lebensenergie nicht nur alle Katastrophen glücklich überstanden haben, sondern stets von neuem politische Brennpunkte geworden sind. Solche Städte sind besonders reich an historischen Erinnerungen, denn jede Epoche hat ihre Spuren hinterlassen; schon in der äußeren Physiognomie prägt sich der historische Zug deutlich aus.

Aber nicht nur an den großen Schicksalen, welche das Werden und Vergehen des Staates bestimmen, nehmen die Hauptstädte teil, sondern auch weniger schwerwiegende Veränderungen, welche an den Grenzen vor sich gehen, üben alsbald eine Rückwirkung auf die Hauptstadt aus. Die Hauptstädte sind als politische Mittelpunkte überaus empfindliche und überaus fein reagierende Organe; sie sind gewissermaßen der Zentralnerv des Staatskörpers, der auf jede, auch die kleinste Veränderung der peripherischen Organe reagiert. Wichtig ist vor allem die mit der Verschiebung der Grenzen verbundene Änderung der geographischen Lage der Hauptstadt innerhalb des Staates. Jede Hauptstadt hat sich militärisch und verkehrsgeographisch auf eine ganz bestimmte Lage der Staatengrenzen eingestellt. Werden diese verlegt, so muß sich die Hauptstadt den neuen Bedingungen anpassen.

Die Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen einem Staat und seiner Hauptstadt sind dann besonders innig, wenn die letztere nicht allein den politischen Mittelpunkt, sondern zugleich auch ein wichtiges wirtschaftliches und kulturelles Zentrum bildet. Das ist nicht immer, aber doch meistens der Fall. Eine Hauptstadt hat bei sonst gleichen Bedingungen größere Chancen als irgend eine andere Stadt des Reiches, sich zu einem Wirtschafts- und Kulturzentrum zu entwickeln.

Die Hauptmotive, einer Siedelung vor allen anderen des Landes als Residenz und Regierungssitz den Vorrang zu geben, pflegen allerdings politischer und militärischer Art zu sein. Bevorzugt wird eine Siedlung in natürlich fester oder doch geschützter Lage, die zugleich die Möglichkeit der leichten Beherrschung des Landes und seiner Verkehrswege von dem betreffenden Punkte aus bietet. Dadurch aber, daß die zur Hauptstadt erhobene Siedlung der Sitz der Parlamente, Regierungen und obersten Verwaltungsbehörden, vielfach auch des Staatsoberhauptes und bevorzugter Standort des stehenden Heeres ist, wird dort eine Anhäufung von Menschen und Sachwerten, eine Konzentration von Reichtum und Intelligenz hervorgerufen, welche die Hauptstadt zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt erheben und ihr auch in dieser Beziehung eine überragende Stellung geben. Aus militärischen und administrativen Gründen ist jede Regierung bestrebt, die Hauptstadt zum Verkehrszentrum des Reiches zu machen, von dem aus alle Landesteile leicht und schnell erreichbar sind, womit naturgemäß ebenfalls große wirtschaftliche Vorteile verbunden sind. Kommt zu diesen Vergünstigungen, welche die Hauptstadt als politischer Mittelpunkt genießt, noch eine besondere Gunst der geographischen Lage, welche die natürliche Basis für eine kraftvolle wirtschaftliche Entwicklung liefert, so kann die Hauptstadt derart zum Schwerpunkt des Staates werden, daß sie Macht und Wesen desselben verkörpert und zusammenfaßt, und daß von ihrem Schicksal das des ganzen Landes abhängt.

Schon aus diesem kurzen Hinweis auf die engen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen einem Staat und seiner Hauptstadt wird man schließen dürfen, daß durch die gewaltigen und gewaltsamen politischen Umwälzungen, welche der Ausgang des Weltkrieges, besonders in Mittel- und Ost-Europa, herbeigeführt hat, eine ganze Anzahl Hauptstädte in Mitleidenschaft gezogen sein worden muß. Das ist in der Tat der Fall, und es ist nicht nur siedlungsgeographisch, sondern auch politisch von Interesse, die Folgen des Krieges und die Neueinteilung Europas unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Durch die Verschiebung der Staatengrenzen sind einige Städte in eine günstigere, andere in eine verhängnisvolle, ja, man kann sagen, unhaltbare Lage gerückt. Von besonderem Interesse ist es ferner, die Hauptstädte der neuen Staatengebilde, der sogen. Nachfolgestaaten, auf ihre geographische und politische Bedeutung und Eignung hin zu untersuchen, läßt sich doch mitunter schon allein aus der Wahl der Hauptstadt ein Rückschluß auf die Lebensfähigkeit und die politische Tendenz des neuen Staatswesens ziehen. Einige allgemeine Bemerkungen über die Bedeutung und Bewertung der geographischen Lage einer Hauptstadt und über die verschiedenartigen Ursachen, welche eine Verlegung notwendig machen oder eine Lageänderung verursachen, seien vorausgeschickt.

Die theoretisch günstigste Umgrenzung eines Staates ist, wie Ratzel dargelegt hat, die kreisförmige und die vorteilhafteste Lage der Hauptstadt ist die im Mittelpunkte jenes Kreises. Von ihm aus ist die Beherrschung der Verkehrswege, die gleichmäßige Beeinflussung und Überwachung der peripheren Landesteile am leichtesten. Von ihm aus können die der Gefahr der Absplitterung ausgesetzten Randgebiete mit gleicher Kraft festgehalten, kann auch eine die inneren Gegensätze ausgleichende Vermittlung ausgeübt werden. Sehr wesentlich ist ferner, daß die zentrale Lage den größten Schutz bietet. Je größer der politische Raum ist, desto notwendiger wird nach Ratzel die Hauptstadt in dieser Lage, aus Gründen der Raumbewältigung. Das bekannteste und beste Beispiel einer zentral gelegenen Hauptstadt ist Madrid. Es war von Philipp V. zweifellos staatsmännisch wohlüberlegt und klug gehandelt, diese fast im mathematischen Mittelpunkt des jungen spanischen Staates gelegene, zwar damals schon nicht unbedeutende, aber historisch ganz unbelastete Stadt Madrid zur Hauptstadt zu erheben. Gerade für ein Land wie Spanien, welches aus so heterogenen physischen und ethnischen Bestandteilen zusammengesetzt ist, war es zum Zweck straffer Zusammenfassung notwendig, einen zentral gelegenen Punkt zu wählen. Madrid ist seitdem Regierungssitz geblieben, trotzdem das wirtschaftliche und kulturelle Schwergewicht ganz entschieden in den Randlandschaften ruhte, und zwar zunächst, im 16. und 17. Jahrhundert, auf der atlantischen Seite (Sevilla), später auf der mediterranen (Barcelona). Der günstigen Lage der Reichshauptstadt war es ganz wesentlich mit zuzuschreiben, daß in der Zeit des kulturellen und politischen Abstiegs Spaniens, während die Kolonien absplitterten, das Mutterland auf der iberischen Halbinsel vor dem Zerfall bewahrt blieb, denn nur durch die straff organisierte zentralistische Verwaltung von einem geographisch günstig gelegenen Punkt aus war es möglich, der separatistischen Strömungen Herr zu werden. Im Laufe des letzten halben Jahrhunderts hat sich Madrid aus einem nur politischen Mittelpunkt zur wirklichen Hauptstadt entwickelt, die auch wirtschaftlich und kulturell eine hervorragende Stellung einnimmt. Es ist das in allererster Linie dem Ausbau des raumbewältigenden Verkehrsnetzes zuzuschreiben, welches Madrid aus seiner Isolierung gerissen hat und ihm ermöglichte, die Vorteile der zentralen Lage voll auszunutzen.

Außer bei Madrid kann man in Europa höchstens noch bei Brüssel von einer Mittelpunktslage sprechen. Viel häufiger ist die exzentrische Stellung, wie sie z. B. Berlin, Paris, Bern, Sofia, Bukarest zeigen. Sie ist teils in den natürlichen Verhältnissen begründet, teils aus der historischen Entwicklung zu erklären, indem es sich um vererbte Hauptstädte in geschichtlicher Kernlage handelt. Ist der politische Raum sehr unregelmäßig gestaltet oder schmal und langgestreckt, so ist die Hauptstadt höchst selten im geographischen Mittelpunkte zu finden. Besonders bei Staaten von der Form Italiens oder Portugals erschwert

die Gestalt ganz ungemein die Zusammenfassung der Teile von einem Mittelpunkt aus, da sich die Landschaften nicht konzentrisch, sondern kettenförmig anordnen. Gewöhnlich haben sich in solchen Staaten mehrere gleichwertige Kultur- und Wirtschaftszentren entwickelt, wie z. B. in Italien Rom und Neapel, in Portugal Lissabon und Porto, unter welchen der zum politischen Mittelpunkt erhobene an Volkszahl nicht selten von anderen übertroffen wird, wie in Italien Rom von Neapel, in Baden Karlsruhe von Mannheim. Das Streben nach zentraler Lage des Regierungssitzes ist aber auch bei diesen Staaten deutlich zu erkennen. Ratzel weist darauf hin, daß es gewiß nicht nur die Erinnerung an die großartige geschichtliche Vergangenheit war, welche im werdenden Königreich Italien Rom zur Hauptstadt bestimmte, sondern auch „die bei der Gestalt des Landes einzig günstige Mittelpunktslage, an der Stelle der natürlichsten Verbindungen zwischen Norden und Süden, tyrrhenischen und adriatischen Gestaden“.

Noch häufiger als die exzentrische ist die randliche Lage, die extremste Abweichung von der Mittelpunktslage und daher theoretisch die ungünstigste. Sie birgt die Gefahr einseitiger Begünstigung eines peripheren Staatenteils und den noch viel größeren Nachteil der schweren Verteidigungsmöglichkeit in sich. Sie zwingt dazu, den fehlenden natürlichen Schutz der räumlichen Entfernung vom Nachbarn durch die Anlage eines engen Gürtels starker Befestigungswerke zu ersetzen. Ist doch die Eroberung der Hauptstadt fast immer das Ziel bei kriegerischen Verwicklungen und oft, wenn auch — besonders in neuerer Zeit — durchaus nicht immer für den Ausgang des Krieges entscheidend. Aber man darf die Lage einer Hauptstadt nicht rein theoretisch bewerten, sondern muß die gesamte geographische und wirtschaftliche Struktur des Landes, sowie die geschichtliche Entwicklung und politische Tendenz des Staates berücksichtigen. Sie lassen die randliche Lage vielmals zweckmäßiger und natürlicher, selbst militärisch vorteilhafter erscheinen als die im geometrischen Mittelpunkte. Besonders solche Staaten, welche in engster Berührung mit dem Meer leben, bevorzugen die Randstellung, so hat z. B. die Ostsee die Hauptstädte fast sämtlicher Randstaaten an ihre Küsten gezogen und ähnlich ist es beim Mittelmeer (Tunis, Algier, Tripolis, Athen-Piräus). Auch London, Lissabon, Tokio, Washington lassen den aufs Meer gerichteten Blick der Nationen erkennen, die Hauptstadt des maritimen Portugal in bezeichnendem Gegensatz zu der zentral gelegenen Hauptstadt des von jeher nur in geringen Beziehungen zum Meer stehenden spanischen Nachbarstaates. Je größer der Staat ist, desto bedenklicher ist naturgemäß die Randlage, und es erfordert dann ein Höchstmaß an politischer und militärischer Kraft und an Fähigkeit der Raumbewältigung, sie zu bewahren. Rußland, die Türkei und die Vereinigten Staaten mögen als Beispiele genannt werden. Daß die Hauptstädte so vieler Kolonien und ehemaligen Kolonialstaaten am Meere liegen, ist

daraus zu erklären, daß die Gründung der Kolonien und ihr Wachstum gewöhnlich von einem Hafenplatz ausging.

Die Ursachen, welche zu einer Verlegung der Hauptstadt zwingen oder Anlaß geben, können natürlicher Art sein oder in politischen Maßnahmen und Ereignissen liegen. Im letzteren Fall handelt es sich entweder um eine tatsächliche (räumliche) Verlegung des politischen Mittelpunkts oder nur um eine relative, durch Verschiebung der Staatengrenzen hervorgerufene Lageänderung. Wie jede andere Siedlung kann selbstverständlich auch eine Hauptstadt durch Naturereignisse, z. B. die Laufverlegung eines Flusses, das Vor- oder Rückschreiten einer Küste, Vulkanausbrüche, Erdbeben, gezwungen werden, sich einen anderen, günstigeren Platz auszusuchen; doch lehrt die Geschichte, daß bei einer Reichshauptstadt die Anhänglichkeit an den alten Platz noch stärker ausgeprägt zu sein pflegt als bei anderen Siedlungen, und daß vielfach allein die Macht der Tradition oder Gründe des Staatsprestige alle Bedenken besiegen. Vor kurzem ist die Hauptstadt eines Weltreichs, Tokio, eine Zweimillionenstadt, von einem furchtbaren, verheerenden Naturereignis betroffen worden. Schon bevor Tokio Hauptstadt wurde, hat es mehrere ähnliche Katastrophen erlebt. Trotzdem denkt man nicht daran, den Sitz der Regierung aus diesem gefährlichsten Schüttergebiet des Inselreiches in das relativ erdbebensichere Kioto zurückzuverlegen. Prestigegründe, Tradition und Trotz haben wohl bewirkt, sagt K. Haushofer, daß der Gedanke einer Rückverlegung des Regierungsmittelpunktes gleich wieder verdrängt wurde. Ähnlich war es mit Lissabon nach dem furchtbaren Erdbeben im Jahre 1755 und selbst das mehrmals zerstörte San Salvador erhebt sich an der alten Stelle. — Fluß- und Küstenverschiebungen machen Verlegungen auf kleinerem Raum notwendig als Erdbeben und Vulkanausbrüche, ihnen wird daher eher nachgegeben, wie neben vielen anderen das Beispiel Utica-Karthago-Tunis zeigt. Man ist ja heute auch imstande, diese Naturschwierigkeiten technisch zu überwinden. Die durch Fluß- und Küstenveränderungen lange in ihrer Entwicklung stark gehemmte Stadt Tunis ist durch einen Kanal wieder zum Seehafen gemacht worden; sie wird daher voraussichtlich Hauptstadt bleiben, trotz der Konkurrenz des für den Seeverkehr günstiger liegenden und auch topographisch begünstigten, mächtig aufgeblühten Biserta.

Das zuletzt genannte Beispiel zeigt zugleich, daß die wirtschaftliche Überflügelung der Hauptstadt durch eine andere Stadt der politischen Vorrangstellung der ersteren durchaus nicht immer gefährlich zu werden braucht. Selbst bei der Wahl einer Hauptstadt wird auf deren wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit wenig Gewicht gelegt. Das beste Beispiel ist Madrid, welches zur Hauptstadt erhoben wurde, trotzdem die weitere Umgebung der natürlichen Hilfsquellen eigentlich völlig entbehrt und gar keine Garantie für einen größeren Aufschwung bot. Aus-

schlaggebend war hier, wie oben erwähnt, der politische Gesichtspunkt einer den straffen Zusammenhang aller Staatenteile ermöglichenden und ausgleichend wirkenden Lage. Es ist überhaupt oft der Fall, daß in Staaten, die aus vielen ursprünglich selbständigen Teilen zusammengeschweißt sind, um die nationale Einheit zu betonen und die Bevorzugung eines Teilstaates zu vermeiden, eine Stadt zum politischen Mittelpunkt erhoben wird, die auf neutralem Boden liegt, der jegliche geschichtliche Tradition fehlt und die als wirtschaftliche Konkurrentin von anderen Bevölkerungszentren nicht gefürchtet zu werden braucht. In den Vereinigten Staaten wurde im Jahre 1791, um auf neutralem Boden eine Hauptstadt zu schaffen, aus Teilen von Virginia und Maryland der Bundesdistrikt herausgeschnitten und in ihm die Bundeshauptstadt Washington gegründet. Washington hat, wie alle anderen Städte der atlantischen Seite, an dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes teilgenommen, doch hat es in dieser Beziehung keine dominierende Stellung zu erringen vermocht. Der Einwohnerzahl nach steht es hinter vielen anderen weit zurück. Aber wenn auch, praktisch genommen, die Politik der Vereinigten Staaten in der Wall Street in New York, dem „great nerve centre of all American business", gemacht wird, so ist doch Washington Regierungssitz geblieben. Den von den Gründern beabsichtigten Zweck, nämlich einen nicht materiellen, sondern idealen Mittelpunkt des Gesamtstaates zu bilden, der die nationale Zusammengehörigkeit der Teilstaaten symbolisiert, hat die Stadt gut erfüllt. Nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde 1901 in die Verfassungsurkunde der Commonwealth von Australien die Bestimmung aufgenommen, daß eine neue Bundeshauptstadt zu gründen sei, und daß diese zwar in der ältesten Kolonie Australiens, Neusüdwales, liegen, aber mindestens 100 englische Meilen von Sydney entfernt sein müsse. Hierbei spielten allerdings weniger ideale Beweggründe als vielmehr die nackte Eifersucht zwischen den beiden Rivalen Melbourne und Sydney, von denen keiner dem anderen den Vorrang gönnte, die Hauptrolle. Nach langem Suchen fand man im südlichen Teil von Neusüdwales einen geeigneten Platz. Es wurde nach amerikanischem Vorbild ein neutraler Bundesdistrikt (Federal Territory) gebildet, und im Jahre 1913 fand die offizielle Grundsteinlegung der zukünftigen Hauptstadt Canberra statt. Trotz des heftigsten Widerstandes von Neusüdwales wurde bestimmt, daß die Hauptstadt bei Jervis Bay (100 engl. Meilen südlich Sydney) einen Hafen erhalten solle. Es ist für den Geist im australischen Bundesstaat bezeichnend, daß Neusüdwales einerseits den allergrößten Wert darauf legt, daß die Hauptstadt innerhalb der Grenzen von Neusüdwales ihren Sitz bekommt, andrerseits schon die erst im Projekt vorhandene Hauptstadt als Konkurrentin von Sydney fürchtet. Auch die Art und Weise, wie man für die zukünftige Millionenstadt, welche „die schönste und zweckmäßigste Stadt der Welt" werden soll, einstweilen (1919-20) freilich nur

1972 Einwohner zählt, prahlerische Propaganda macht, kann man nicht anders als eine ins Lächerliche gezogene Nachahmung des amerikanischen Vorbildes bezeichnen. Immerhin ist anzuerkennen, daß die Australier bei der Wahl der Hauptstadt wenigstens zu einer Einigung gekommen sind. Haben sich doch die Kanadier mehr als 10 Jahre lang vergebens herumgestritten, eine Hauptstadt für das *Dominium of Canada* zu finden. Die Entscheidung wurde dort schließlich der Königin Viktoria überlassen, welche *Ottawa* bestimmte. Alle drei Hauptstädte: Washington, Canberra, Ottawa haben übrigens eine ausgesprochen peripherische Lage.

Durchaus labil ist die Lage des politischen Mittelpunktes in *unfertigen* Staaten. In *Kanada* ist er von einem Ort zum andern gependelt (Quebec, Kingston, Montreal, Toronto, nochmals Quebec), bis endlich Ottawa bestimmt wurde. Vielfach zeigt sich bei *wachsenden* Staaten die *Tendenz der Verschiebung in der Hauptanwachsrichtung*. In den drei südeuropäischen Staaten Portugal, Spanien, Italien ist mit der vom Norden ausgehenden Reichsgründung der politische Mittelpunkt nach Süden gewandert. In Portugal von Porto über Coimbra nach Lissabon, in Spanien von Burgos über Valladolid nach Madrid, in Italien von Turin über Florenz nach Rom. Es ist hierin deutlich das *Streben nach einer mehr zentralen Lage* erkennbar. Andrerseits ist z. B. in Deutschland, wo die Einheit ebenfalls von Norden her gebracht wurde, Berlin der politische Mittelpunkt geblieben. Ebenso Washington in den Vereinigten Staaten, trotzdem sich die Union mit der Zeit über das ganze Innere und die Westhälfte des Kontinents ausdehnte. Es ist allerdings schon vielfach der Gedanke geäußert, den politischen Mittelpunkt der Vereinigten Staaten nach einem mehr zentralen Punkt in beherrschenderer Lage, etwa Chikago oder St. Louis, zu verlegen, und es ist wohl möglich, daß dieses Bedürfnis in dem Maße stärker sich geltend macht, je mehr der Pacifische Ocean als politisches Kraftfeld an Bedeutung gewinnt und die Union gezwungen ist, mit größerer Aufmerksamkeit als bisher den Blick nach Westen zu wenden.

Mitunter haben die *politische Neuorientierung* eines Staates und die *veränderte nationale Zielsetzung* eines Volkes die Verlegung der Hauptstadt eines großen Reiches zur Folge gehabt, ja, darin geradezu ihren Ausdruck gefunden. So kennzeichnet *Moskau* die kontinental-nationale, *Petersburg* die maritim-europäische Phase in der Entwicklung des altrussischen Reichs (*Supan*). Ebenso wie das 1703 gegründete Petersburg kann man mit *Ratzel Tokio*, welches 1868 erneut an die Stelle der Binnenstadt *Kioto* trat, als Beispiel dafür anführen, daß die Verlegung an die Peripherie gern dann erfolgt, wenn ein vorher nach innen gerichteter Staat sich der Außenwelt zuwendet. Umgekehrt suchen Kolonialstaaten, die von der Küste aus gegründet sind, dem landeinwärts fortgeschrittenen Wachstum dadurch Rechnung zu tragen und ihre Entwicklung zur Nation zum Ausdruck

zu bringen, daß sie die Hauptstadt ins Innere verlegen (Kapstadt-Pretoria, Valparaiso-Santiago).

Die relative Lageänderung einer Hauptstadt innerhalb des politischen Raums durch Verschiebung der Grenzen kann, wie die Geschichte an ungezählten Beispielen beweist, ganz beträchtlich sein. Die Hauptstadt kann durch Angliederung neuer Gebiete in den Mittelpunkt, durch Absplitterung randlicher Teile an die Peripherie gelangen (Konstantinopel). Zwischen ihr und der Grenze laufen wichtige Kraftlinien hin und her. Mehrfach ist auf die Tatsache hingewiesen worden, daß fast jeder Staat das Bestreben hat, die Grenze dort vorzuverlegen, wo der Abstand zwischen ihr und der Hauptstadt am kleinsten ist. R. Buschick hat das in seinem Aufsatze über die „Wanderungen europäischer Hauptstädte" durch viele Beispiele aus der Geschichte belegt. Kommt hierin das Streben nach Schutzlage der eigenen Hauptstadt zum Ausdruck, so zeigt sich andrerseits auch vielfach die Tendenz, die Grenzen in Richtung gegen den verwundbarsten Punkt des Nachbarstaates, nämlich dessen Hauptstadt, vorzurücken. Es besteht somit zwischen der Hauptstadt und jedem Abschnitt der Peripherie des Staates, wie auch den Hauptstädten der Nachbarstaaten eine durch die räumliche Lage bedingte Spannung, deren Intensität durch die geographischen und die jeweiligen politischen Verhältnisse bestimmt ist.

F. M. TRAUTZ:
DIE LANDBRÜCKE VON KOREA.

Am 22. August 1910 meldeten die Zeitungen[1]) lakonisch: „Die Annexion Koreas ist erfolgt." — Das Kaiserreich Japan hatte damit nach jahrelanger sorgfältiger Vorbereitung eigentlich nur den letzten Schritt[2]) des Friedensvertrages von Portsmouth (5. Sept. 1905) vollzogen, einen Schritt, der in dem Friedensvertrage mit keinem Wort erwähnt war, aber einen Landzuwachs von beinahe dem Flächeninhalt der Hauptinsel[3]) und von 13—14 Millionen Menschen darstellte.

Welcher Art war dieser Zuwachs? — Welche geopolitische Bedeutung hat die Einverleibung Koreas in das Japanische Reich für beide Staaten, und was hat Japan seither für sich daraus gemacht? —

Korea liegt an der Ostküste der größten Kontinentalmasse unserer Erde. Es ist besonders in seinem mittleren und nördlichen Teil klimatisch, trotz verhältnismäßig südlicher Breitenlage, an den scharfen Wintern und heißen Sommern der benachbarten Mandschurei beteiligt. Es weist in seiner Hauptstadt Söul, die mit Palermo etwa auf derselben Breite liegt, in + 37,5° Cels. sein bisher beobachtetes Sommermaximum (Aug. 1919) und – 22,3° Cels. sein auffallend tiefes Winterminimum (Jan. 1920) auf[4]). Die weiter nördlich gelegene alte Hauptstadt Pyöngyang zeigt als entsprechende Zahlen + 36,4° Cels. und – 28,5° Cels. Der südliche Teil der Halbinsel hat ein von der umgebenden See gemildertes Klima, mit einer etwa um ein Sechstel kleineren Temperaturspannung z. B. in Fusan. Die Windverhältnisse stehen völlig unter dem Einfluß der Monsune; Taifune erreichten bisher Korea höchst selten. Ein besonders im Norden reich bewaldetes Gebirge zieht sich als Wasserscheide in der Hauptsache nahe dem östlichen Gestade, durch die ganze Länge der Halbinsel. Die Flüsse fließen fast alle nach der hafen- und inselreichen, wohlaufgeschlossenen West- und Südwestküste. In dem ausgedehnten Niederland erreichen sie eine ziemliche Laufentwickelung und sind mit unter dem Einfluß einer stellenweise 10 m erreichenden Fluthöhe ziemlich weit aufwärts schiffbar. An der hafenarmen, steilaufsteigenden Ostküste ist fast keine Laufentwickelung möglich, auch beträgt dort die Fluthöhe stellenweise nur etwa einen Fuß.

Als Grenze zwischen Nord- und Süd-Korea kann die ungefähre Linie Chinnampo-Genzan (Wönsan) gelten; sie trifft mit der Grenzlinie von 660 n. Chr. zwischen dem (unter dem Reiche Silla)[5]) geeinten Korea und dem Chinesischen Reiche ziemlich zusammen, macht also nicht wie die moderne Grenze vom Yalu Gebrauch[6]). Korea ist in 13 Provinzen eingeteilt, die wie auch in Japan als „Straßen" (dô)[7]) bezeichnet sind. Eigentlich sind es 8 alte Landbezirke, von denen 5 noch je einmal in einen Nord- und Südteil getrennt wurden.[8])

Im Großen bildet die Halbinsel Korea zu dem Japan in seiner ganzen Länge

vom Kontinent trennenden Meeresarm eine querliegende „Landbrücke“, die jedoch durch die Tsushima-Straße von Japan selbst geschieden ist. Dieses, im Besitz der Meerenge und Koreas, vermag zu Land Chinas Hauptstadt zu erreichen; schon sie zu bedrohen, dürfte zur Erreichung der meisten politischen Ziele — siehe unten, 1895 — genügen.

Die Breite des Meeresarmes zwischen Fusan und Shimonoseki beträgt über 200 km und wird von den Verbindungsdampfern in etwa 11 Stunden zurückgelegt[9]); es ist also eine über dreimal so lange Überfahrt, als die über den Ärmelkanal. Die Schiffahrt störende dichte, anhaltende Nebel sind hier[10]) wie dort nicht selten. Die Insel Tsushima, nahe dem Schauplatz der denkwürdigen Seeschlacht vom 27. Mai 1905, wird ungefähr im ersten Drittel der Fahrt (von Fusan ab) gesichtet.[11]) —

Eine geopolitische Betrachtung der Halbinsel Korea hat sich zu beschäftigen[12]) vor allem mit der Art der Grenzen, den Bewohnern und der staatlichen Umwelt, sodann mit den historischen Verkehrs- und Vormarschstraßen der Kultur, die vielfach mit denen der Kriege zusammenfallen, und schließlich mit den außenpolitischen Auswirkungen oder Kraftäußerungen des Staates oder Volkes. Denn:[13])

„Die politische Geographie ist auf die Ergebnisse der Geschichte angewiesen; die Gesetzmäßigkeiten, die sie aufstellen kann, sind zum großen Teil solche, die sie mit der Geschichte gemeinsam hat. Die Kenntnis der natürlichen Bedingungen reicht nicht aus, um die Erscheinungen der politischen Geographie zu erklären.“

Auf ihre Grenzen hin betrachtet, ist die Halbinsel fast nur mit deren günstigster Art, Seeküsten, versehen, die drei — besonders zur Zeit der Segelschiffahrt — nicht leicht zu befahrende Meere, die See von Japan, das Gelbe und das Ostchinesische Meer bespülen. Nur im Norden bietet eine Landgrenze die Möglichkeit von Invasionen, denn der Yalu im Westen wie der Tumen im Osten sind als Flüsse Straßen, nicht Grenzen, und ihr Quellgebiet, das „lange weiße Gebirge“, das eine Trennungswand darstellt, hat der Verkehr von jeher umgangen.[14])

Den — dem Rhein an Breite bedeutend überlegenen — Yalu vermochte erst eine in einer „Breite von 100 Li, oder einer guten Tagereise“, von den Mandschus (im 17. Jahrh.) auf dem nördlichen Yalu-Ufer eingerichtete neutrale Ödlandzone, die bis 1895 bestand, zu einer wirklichen Grenze zu machen.[15])

Der Tumen, etwa zwei Fünftel der Länge des Yalu erreichend, hat eine ähnliche Rolle als Grenze zu spielen gehabt (Ritter, Asien III, 582); er kann sich aber sonst, obwohl im Oberlauf ebenfalls holzreich, nicht mit dem Yalu messen; seine Mündung liegt für den Seeverkehr nicht so günstig, und ein längerer, schärferer Winter schließt ihn ab.

Eine „Landbrücke“[16]) ist nur dann von Bedeutung, wenn sie, möglichst von ihren

beiden Enden her, sei es für kulturellen, sei es für kriegerischen Verkehr rege benutzt wird, wenn, mit anderen Worten, die durch sie verbundenen Gebiete, Länder oder Staaten in einem gewissen Austausch an geistigen oder materiellen Gütern stehen. Ist solche „Landbrücke" selbst von volklicher, kultureller und politischer Eigenbedeutung oder Selbständigkeit, dann wird sie, je nach den Machtverhältnissen, bald dem einen bald dem andern der Nachbarn zuneigen. Sie kann dann leicht in kulturelle, wenn die Politik des Gegen-einander-ausspielens der auf einander eifersüchtigen Nachbarn versagt, auch in politische Abhängigkeit von dem eroberungslustigeren oder dem mächtigeren der beiden geraten. Bestehen aber in einer derartigen Halbinsel volklich, geographisch oder staatlich getrennte Teilreiche, dann werden diese trotz vortrefflicher Gesamtgrenze in ihrer Verteidigung gegen fremde Angriffe solange der Stoßkraft entbehren, wie sie sich nicht der Gunst der geographischen Lage anpassen und zusammenschließen. Die frühe Geschichte[17]) zeigt dies mehrfach für Korea, das C. Ritter in seinen noch heute lesenswerten Ausführungen (73 S.) als „durch seine Weltstellung zwischen zwei herrschenden Staaten zu den doppelt tributpflichtigen Ländern der Erde" gehörend bezeichnet (a.a.O. 595). Zu einem — wenn auch naturgemäß nur in einer Richtung giltigen — Vergleich ladet auch die Geschichte der Insel Ceylon ein, was aber hier nur gestreift werden kann.[18]) Die Entwicklung eines Landes, seiner Wirtschaft, seines Verkehrs usw., kurz seiner Gesamtkultur hängt eben in weitestgehendem Maße von seinem unabhängigen Dasein als Staat ab.[19]) Dies ist auch in Korea, und zwar nach der positiven wie nach der negativen Seite, zu beobachten infolge der Verschiedenheit, die diese eigentümliche Halbinsel in ihrer offenen Nordgrenze und in der fast geschlossen sackartigen Form ihres Südteiles aufweist.

Korea war in den Zeiten geringer Verkehrsentwicklung im Norden schon eigentlich „Festland", im Süden so gut wie „Insel" und nach außen noch in zahllose Inseln – Schären – aufgelöst. Als ersteres zeigt es sich stark vom Kontinent her beeinflußt, als letzteres hat es einen merkwürdig insular konservativen, selbständigen Charakter. Es ist heute in seiner Rasse wie in seiner Sprache, trotz beträchtlicher Vermischung besonders in und im Umkreis der Hauptstadt, und Besiedlung der Nordostprovinz durch südkoreanische Bevölkerungsteile, noch nicht gleichförmig; im Norden scheint ein möglicherweise z. T. aus der Mandschurei stammender Bauernschlag, im Süden eine (von SW oder SO stammende?) Fischerbevölkerung vorzuwiegen. Trotzdem aber hat es in seiner Gesamtheit, körperlich und geistig, einen besonderen Typus herausgebildet und bewahrt.[20]) Die Koreaner waren von jeher und sind noch heute starke Fleischesser. Die für sie neue Einrichtung von kommunalen Schlachthäusern anstelle der gewohnten, hygienisch ungünstigen Hausschlachtung in Korea, hat der japanischen Verwaltung mancherlei Umstände bereitet. Im allgemeinen sind die Koreaner große, kraftvolle Ge-

stalten, dabei nichts weniger als wild oder rauh in ihrem Benehmen. Ihre eigentümliche Tracht aus weißem Baumwollstoff soll zurückgehen auf eine vor Jahrhunderten angeordnete ewige Landestrauer um eine verstorbene Königin. Von den meist dunkelblau gekleideten Chinesen und von den körperlich kleineren Japanern mit ihrer abweichenden Bekleidung unterscheiden sie sich leicht.

In geistiger Hinsicht ist China in Korea von überwältigendem Einfluß gewesen: Schrift, Sprache, Religion[21]), Leben und Wirtschaft weisen davon die deutlichsten Anzeichen auf. Trotzdem aber hat das insulare Element des Landes dem heute 17 1/4 Millionen Menschen zählenden Volksstamm seine eigne Sprache und Literatur, einen eigentümlichen religiösen Einschlag, Anschauungen, Sitten und Gebräuche und eine auf Selbständigkeit gerichtete Geistesart bewahrt, die den Besucher Koreas immer wieder überrascht.

Die zahlreichen, heute außerhalb Koreas lebenden Koreaner[22]), die in Honolulu, China, Nordamerika und auch Europa kleine Zentren einer Selbständigkeitsbewegung bilden, legen davon beredtes Zeugnis ab; sie verwahren sich durchaus dagegen, jetzt „Japaner" zu sein. In der Mandschurei allein sollen sich 2 Millionen Koreaner, in Nikolsk und Umgebung 200000 (einschl. 50000 naturalisierter Russen) befinden. Angesichts dieser Tatsache darf man sich an Albrecht Wirths Ausdruck von der „granitenen unzerstörbaren Eigenart des Volkes"[23]) erinnern. Auch gewinnt man damit einen Einblick in die großen persönlichen, bwz. rassenhaften Schwierigkeiten, die der japanischen, in vieler Hinsicht sehr wohlmeinenden, aber den Koreanern unbequemen Verwaltung des in jahrhundertelanger Mißwirtschaft heruntergekommenen Landes erwachsen[24]).

Auf dem Gebiet des Kulturverkehrs und der Kriege ist in einem großen Teil der historischen Zeit für Korea eine west-östliche, bzw. nord-südliche Richtung des Kulturfortschreitens feststellbar. Auf diesem Wege sind, einsetzend mit der für Korea noch sagenhaften Zeit der Han (206 v. bis 220 n. Chr.) zuerst die Kulturerrungenschaften Chinas nach der entlegenen Halbinsel gelangt. Ungestörter als an anderen, ausgesetzteren Stellen des chinesischen Kontinentalreichs haben sich in diesem stillen Winkel konfuzianische Staatslehre und Ethik und die chinesische klassische Bildung bis in unsere Zeit hinein erhalten. Auch der Buddhismus und mit ihm die chinesisch geschriebenen heiligen Schriften des Tripitaka sind — um die Wende des 3. und 4. Jahrhunderts n. Chr. —[25]) auf dem erwähnten Wege nach Korea und von dort zu verschiedenen Malen weiter, nach der kanonischen Zahl 552 n. Chr., nach Japan gelangt.

Feindliche Einfälle aus Nord-China und der Mandschurei nach Korea, innerkoreanische Kriege und Vorstöße nach Norden haben im ersten Jahrtausend n. Chr. wiederholt Korea und die südliche Mandschurei verheert. Die schwersten aller von außen kommenden kriegerischen Heimsuchungen aber waren die Einfälle der

Mongolen, die im 13. Jahrhundert das größte Kontinentalreich der Welt ihren Schwertern unterwarfen. Über die Landbrücke von Korea hinweg versuchte Kublai Khan, der Enkel Dschingis Khans, des gewaltigsten der asiatischen Weltstürmer, in mehrjährigen Anstrengungen — zuletzt 1281 — mit Hilfe koreanischer Flotillen die japanischen Inseln zu erobern. Während Japan, das Inselreich, in seiner Selbstverteidigung durch das rauhe stürmereiche Meer aufs wirksamste unterstützt, kaum ernste Verluste zu verzeichnen hatte, lag die kontinentale Halbinsel völlig ausgesogen und verwüstet, lange an den erlittenen schweren Verlusten krankend, zwischen ihren von der Natur begünstigteren mächtigeren Nachbarn darnieder und ist seit jener Zeit und bis in unsere Tage hinein eigentlich dauernd doppelt tributpflichtig, ein „Ruinenland" gewesen (Ratzel, Anthropogeogr. II, 334).

Schon in ganz alter Zeit hat Korea die kriegerischen Japaner gelockt und auch später nicht aufgehört, auf die Wikinger-Fürsten auf den japanischen Inseln seine große Anziehungskraft auszuüben. Der berühmte Kriegszug der Kaiserin Jingô-Kôgô (angeblich im 3. Jahrh. n. Chr.) ist eine der frühen Expeditionen zu noch sagenhafter Zeit. Kleinere Seeräuberzüge nach Korea und auch China folgten ihrem Beispiel Jahrhunderte lang. Aber auch dauernde Beziehungen zu Korea wurden von Japan angeknüpft. So bestand zu dem mehr oder weniger mit Japan verbündeten kleinen Staat Pakche (Kudara), der häufig japanischen Beistand erbat, eine Art Freundschaftsverhältnis, was durch Geschenkaustausch zum Ausdruck kam. Japan, das damals weder Pferde noch Rindvieh gekannt zu haben scheint, schickte Waffen und Hilfstruppen.

Eine beträchtliche koreanische Auswanderung nach Japan muß vor und auch in dieser Zeit stattgefunden haben, denn um etwa 700 n. Chr. soll der vierte Teil des japanischen Adels entweder koreanischen oder chinesischen Ursprungs gewesen sein. Zeitweise lebhafte japanische Auswanderung nach Korea im Anschluß an dort gemachte Eroberungen steht dem von der anderen Seite entgegen.

Um 650—662 n. Chr. erreichten die japanischen über hundertjährigen kriegerischen Bemühungen in Korea eine Art von Höhepunkt. Mit der Freude des auf sicheren Inseln sitzenden Seeräubers nährte — auch — Japan vielfach bei seinen kontinentalen Nachbarn den Krieg, ließ sich seine Hilfstruppen durch Gegengeschenke gewißermaßen bezahlen und von den Fremden verpflegen. 661 n. Chr. aber hatte es sich wohl mit zu starken Kräften über See eingelassen, mußte in größerem Umfang selbst Proviant hinschicken und erlitt schließlich mit einem 27000 Mann starken neuen „Expeditionskorps" durch die unter den T'ang Korea erobernden Chinesen eine entscheidende Niederlage. Damit enden für 930 Jahre alle japanischen Versuche Korea zu unterwerfen (Murdoch I, S. 182). Erst 1592-98 unternahm dann der größte Mann des mittelalterlichen Japan, Toyotomi Hideyoshi, seinen berühmten Koreazug, der die Japaner bis an die mandschurische Grenze führte. Wenn das Unternehmen auch nach dem Tode des genialen Mannes aufgegeben wurde, so

war es doch durchaus nicht nur in der dämonischen Natur des Führers begründet, sondern aus dem insularen Charakter der Japaner, namentlich dem kriegerischen Betätigungsdrange des japanischen Schwertadels hervorgegangen, für den die Ureinwohner im Norden der japanischen Inseln keine ebenbürtigen Gegner darstellten: „Gerade der natürliche Schutz der Lage lockt ja zu Ausfällen und Übergriffen“ [26]).

Erst in neuer Zeit scheint sich ein Umschwung von größerer Dauer in der Benutzung der Landbrücke von Korea und zwar in die umgekehrte, die ost- und westliche, bzw. die süd-nördliche Richtung zu vollziehen. Japans Öffnung für den Weltverkehr (1853-54) und seine sehr rasche Ausdehnung haben 1894-95 im japanisch-chinesischen und 1904-05 im russisch-japanischen Krieg den chinesischen und russischen Versuch vereitelt, den naturgegebenen Annäherungsweg nach Japan — man könnte auch „das Aufmarschgelände“ sagen — in die Hand zu nehmen. Das danach zur Großmacht aufsteigende Inselreich konnte die zu ihm beinahe hinüberführende Landbrücke nicht in fremder Hand oder Korea in seiner staatlichen Ohnmacht sich selbst überlassen. „An Korea hing in der Tat Japans Zukunft“ [27]).

Mit der Annexion von Korea hat der Inselstaat Japan den folgenschweren Schritt zur „Kontinental-Macht“ getan. In Korea aber hat eine Entwicklung eingesetzt, die die Halbinsel in japanisches Kolonialland verwandelt und das unterworfene Reich nötigt, seine Front nach Nordwesten zu nehmen. Nicht nur die Selbständigkeit hat damit Korea verloren. Im Rahmen des Großjapanischen Kaiserreichs muß es eine mit seiner früheren mehr oder weniger „splendid isolation“ scharf kontrastierende Aufgabe auf sich nehmen, als Puffer- und Aufmarschgelände gegen China und Sibirien, und mit Kwantung zusammen als japanische zweite Flottenbasis für weitere Auseinandersetzungen mit dem benachbarten Festland. Die Verbindung Japans mit Korea ist die typische „societas leonina“ [28]), wie sie mit schwächeren kontinentalen Nachbarstaaten von davorliegenden Inselreichen gern, unter gleichzeitiger Betonung friedlichster Absichten und im Hinblick auf den Kriegsfall, geschlossen zu werden pflegt. Wer denkt da nicht an Großbritannien und Belgien? — Koreas Lage ist in seinem Fall besonders ungünstig durch die lange Seeküste, die es der japanischen überlegenen modernen Seemacht ausliefert und fremde Hilfe auf den schmalen Landzugang über den Yalu beschränkt, anders als zur Zeit der primitiven Schiffahrt, die die schären- und fjordreiche Küste zu einem hinhaltenden Seeräuber-Kleinkrieg benutzen konnte.

Die Frage, was Japan für sich aus Korea gemacht hat, kann nicht beantwortet werden ohne die benachbarte Südmandschurei kurz in den Kreis der Betrachtung mit einzubeziehen. Die Seeküste von der Yalu-Mündung bis zu der des Liaoho springt im Liaotung-Gebirge und der Halbinsel von Dairen (Dalny) und Port Arthur weit in den Golf von Petschili vor. Port Arthur mit dem gegenüber

liegenden Shantung bildet eine nur etwa 100 km breite Meeresstraße als Zugang zu Tientsin, der Hafenstadt von Peking. So gewinnen Port Arthur und sein Hinterland ihre große Bedeutung für die Seestrategie im Gelben Meer, wie für die Bewegung von Landstreitkräften, die von Korea her den Yalu überschreiten und gegen Port Arthur, Mukden oder weiter auf Peking vorgehen.

Zum ersten Male trat die moderne Bedeutung dieses weltfernen Landstrichs als politisch (-militärisches) Kampfgebiet erster Ordnung in Ostasien 1894 in die Erscheinung. War damals der chinesisch-japanische Krieg auch angeblich um die Unabhängigkeit Koreas (— von China! —) geführt, so sah sich diese Landbrücke, in ihrem staatlichen Scheindasein ohne Land- und Seemacht, alsbald widerstandsunfähig der japanischen Seeherrschaft ausgeliefert. Japan stieß sofort nach der Yalu-Mündung vor, vernichtete dort die unterlegene chinesische Flotte und nahm durch Überraschung die chinesische Festung Port Arthur. „Die Wehrlosigkeit Chinas trat in überraschender und erschreckender Weise zu Tage“[29]). Es ist allgemein bekannt, wie Japan im Frieden von Shimonoseki 1895 die Stelle seiner Festsetzung auf dem Festlande wieder räumen mußte, vor dem Einspruch vor allem Rußlands und Frankreichs. Rußland sicherte sich dort 1898 durch einen Pachtvertrag das Besitzrecht der Kwantung-Halbinsel mit Port Arthur, dem so dringend erstrebten eisfreien Hafen, und den vorwiegenden Einfluß in der Südmandschurei. Es folgten die Boxerunruhen 1900, bei deren Niederwerfung die Japaner die Truppen der europäischen Großmächte genau kennen lernten.[30])

Inzwischen hatte in Japan eine vorbildliche geistige Vorbereitung durch Presse und Schule das Japan im Frieden von Shimonoseki entrissene Port Arthur in den Augen auch des einfachen Japaners zu einem Ehrenpunkt seines Vaterlandes gemacht. Der Friede hatte in Korea wohl das Vorwiegen der Interessen Japans anerkannt, aber die reichen Holzbestände am oberen Yalu, die koreanischen Goldvorkommen in Nordwest-Korea waren eine dauernde starke Lockung für Rußland, dessen Ausdehnungsbestreben durch Festsetzung in Port Arthur keineswegs beruhigt, sondern erst recht in diese Richtung gelenkt war. Immer heftiger stießen am Nordende der koreanischen Landbrücke die russischen und japanischen Interessen aufeinander. Auf Grund seines wohlerworbenen Anspruchs und mit seiner für meergeschützte Inselstaaten charakteristischen Zähigkeit faßte Japan immer fester in Korea Fuß. Schritt für Schritt strebte die japanische Politik ihrem Ziele zu. Schließlich waren die Verhältnisse so zugespitzt und durch russisches Zögern gespannt, daß die Japaner ohne Kriegserklärung im Februar 1904 die russische Flotte im Hafen von Port Arthur überfallen und damit den endgiltigen Waffengang um die „Unabhängigkeit Koreas“ (— diesmal von Rußland! —) in einer seemächtigen Inselstaaten von jeher besonders zusagenden Weise eröffnen konnten.

Wieder gehörte sehr bald die Seeherrschaft den Japanern und war dadurch die

Landbrücke von Korea in ihrer Hand. Der japanische Kriegsplan, den der deutsche General Meckel s. Zt. in Japan dem dortigen Generalstabe gelegentlich eines Kriegsspiels nahe gelegt hatte, ging darauf hinaus, außer in Korea, das sofort fest in die Hand zu nehmen war, auch noch westlich der Yalu-Mündung am Dagushan japanische Truppen zu landen, Port Arthur zu nehmen und dann vom Yalu und von Port Arthur her nach Norden die Vereinigung der getrennt vorrückenden Heeresteile auf einem Entscheidungsschlachtfeld zu suchen. Die in Korea gelandeten japanischen Truppen sammelten beim Vorgehen zum Yalu auf unbeschreiblichen koreanischen Wegen für den späteren schleppenden Kriegsverlauf bedeutungsvolle Erfahrungen. Für moderne Heeresbewegungen war damals die Landbrücke von Korea — wie je nach der Witterung auch Teile der Südmandschurei — noch in fast unpassierbarem Zustand.[31]) Port Arthur widerstand länger, als man auf japanischer Seite angenommen hatte, namentlich in Ermangelung ganz schwerer Artillerie bei den Japanern.[32]) Auch gelang es den Russen wieder und wieder, im Felde durch stets rechtzeitigen Rückzug sich der drohenden japanischen Umklammerung durch weit ausgedehnte Fronten und eine ungemein „massive Defensive" zu entziehen. Der ohnehin schwache russische Offensivgeist wurde völlig gelähmt durch ängstlichen Hinblick auf die einzige Bahnlinie im Rücken. Aber auch das von japanischer Seite erstrebte „Sedan" wurde schließlich nicht geschlagen. Die Seeschlacht von Tsushima gewann die kriegsentscheidende Bedeutung.

Am 5. September 1905, im Frieden von Portsmouth, konnte Japan als Ergebnis seiner Anstrengungen und Opfer die südliche Mandschurei bis Mukden als seine ausschließliche Interessensphäre, die Bahnlinie Port Arthur-Changchun, den Hauptstrang der jetzigen japanischen „Südmandschurischen Eisenbahn"[33]) und die bisher russische Pachtung von Kwangtung mit Dairen und Port Arthur als Reingewinn buchen. Chinas Protest verhallte ungehört; seine Ohnmacht nötigte es, den schmerzlichen Verlust des Stammlandes seiner letzten Dynastie hinzunehmen. Rußland aber war weit genug von dem Nordende der koreanischen Landbrücke zurückgedrängt, um Japan zu deren unumschränktem Herrn zu machen. Japan wird dies auch so lange bleiben, wie es mit seiner Flotte die umgebende See beherrscht. Gebieterische politische Rücksichten könnten ihm allerdings unter Umständen nahe legen, seinen Griff in die Mandschurei hinein eines Tages etwas zu lösen. Es liegt hier eine „Wachstumsspitze"[34]) der japanischen Macht vor, ähnlich wie in Sachalin, dessen nördliche, erst vor kurzer Zeit erworbene Hälfte Japan angeblich wieder aufzugeben gesonnen ist. Für ein Zurückschrauben der japanischen Ansprüche in dieser und in der südmandschurischen Richtung ist noch einiger Spielraum vorhanden. Dem Nordwestende der koreanischen Landbrücke wird ohnehin durch den Besitz der Südmanschurischen Eisenbahn wirtschaftlich und militärisch ein gewisses Glacis nördlich des Yalu und Tumen als eine Art

Puffergelände vorgelagert bleiben. Die in japanischen Händen befindlichen Schienenstränge stellen auch keine wehrlosen Fühler dar, sondern sind stark gesicherte strategische Linien, die dem Besitzer immer gestatten, einem dortigen Gegner „das prevenire zu spielen."

Die Bedeutung Koreas für Japan, wie sie aus vorstehendem sich ergibt, hat auch durch die neuesten Ereignisse keine Änderung erfahren. Hatte der russisch-japanische Krieg den Schritt Japans zur Vormacht des ostasiatischen Kulturkreises und damit zur Weltmacht gebahnt, so hat die republikanische Zersetzung Chinas diese Entwicklung gefördert und der Weltkrieg sie vollendet. Ob und wie weit ein Rückschlag sich darnach auswirken wird, insbesondere auch in der geistigen Auseinandersetzung mit dem abendländischen Sozialismus und dem Bolschewismus, läßt sich noch nicht übersehen. Die furchtbare Erdbebenkatastrophe[35]) vom September vorigen Jahres hat jedenfalls gerade in geistiger Hinsicht das gesunde und kraftvolle Element im japanischen Volk wie ein scharfer operativer Eingriff angeregt, aber die glänzenden japanischen Staatsfinanzen schwer geschädigt. Das in heroischen Anstrengungen vor 20 Jahren Gewonnene zu erhalten, wird danach dem Inselreich nicht leicht fallen. Die Frage der japanischen Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika verfinstert dazu noch den politischen Horizont.

Die Isolierung Japans, einer im Kern immer durchaus insularen Macht, die letzten Endes alle Zähigkeit und politische Bewegungsfreiheit des typischen Inselstaats besitzt, bedeutet nun aber nicht entfernt dasselbe, wie etwa die politische Vereinsamung eines rein kontinentalen Staatswesens, z. B. Deutschlands. Wenn sich also die koreanische Unabhängigkeitsbewegung gerade jetzt besonders vernehmlich macht, so ist dem keine größere Bedeutung beizumessen. An mit fremdem Gelde bezahlten Hetzern fehlt es auch innerhalb von anderen Staaten, wie gerade Deutschland am eignen Leibe spürt, in geeigneten Gebieten niemals. Die japanische Politik behandelt aber in Korea, soweit von uns aus erkennbar, diese etwas heikle Frage durchaus mit Festigkeit und Geschick.

Man mag sich zur japanischen Politik stellen wie man will — abgesehen davon, daß Politik überhaupt vom Standpunkt moralischer Entrüstung betrachtet in ihrem Wesen verkannt wird — unter keinen Umständen kann man der japanischen Verwaltung in Korea kulturelle Bedeutung absprechen. Es ist nicht nur die Hebung des Verkehrs und die Erschließung neuer Gebiete durch Eisenbahnen und Straßen, die Anregung der Landwirtschaft durch Mustergüter, die Förderung von Handel und Industrie durch eine des großen Zuges nicht entbehrende Bank- und Finanzpolitik, sondern auch die allgemeine Hebung der Hygiene, des Schulwesens, des Unterrichts auf dem elementaren wie dem Fortbildungsgebiet und auf dem der Fachschulen, die hier erwähnt werden müssen. Eine unvoreingenommene Betrachtung muß da das japanische Vorgehen in allem Wesentlichen anerkennen. Die

Japaner versuchen ehrlich, der großen Kolonisationsaufgabe, die sich ihnen vor den Toren ihres Reiches aufgetan hat, gerecht zu werden. Es ist ihnen nicht entgangen, daß nur an solchen Aufgaben auf die Dauer — man denke an die Bedeutung Indiens für England, Afrikas für Frankreich — sich weiter Blick und ein gewisses Herrentum bei den Kulturvölkern hat herausbilden können. Es ist das ein Ziel, dem man wohlüberlegt auf dem politischen Gebiet an Kräften und Anstrengungen allerhand opfern darf; umsomehr wird der Gesamteinsatz sich dann lohnen.

Auch der wissenschaftlichen Erforschung Koreas, im wesentlichen nach europäischen Methoden, hat sich Japan mit Erfolg zugewendet. Die Geschichte und Archäologie des Landes, die Entwicklung seiner Religion, Literatur, seiner religiösen Kunst und seines noch zu wenig bekannten, anziehenden Kunstgewerbes, schließlich das Studium des Landes- und Volkscharakters, der Sitten und Gebräuche wie der Folklore sind von den Japanern aufgenommen und in z. T. sehr wertvollen Veröffentlichungen niedergelegt worden, die meines Wissens in Deutschland leider nicht gekauft werden konnten. Ein neues[36]) schönes Museum — schon das zweite — koreanischer, nordchinesischer und in einem kleinen Teil auch zentralasiatischer Kunst ist im Keifuku-Palast in Söul eingerichtet. Ein buddhistisches hochbedeutendes koreanisches Schriftdenkmal, das alte in Holzplatten geschnittene Tripitaka, das in einem der ältesten erhaltenen buddhistischen Klöster des Landes, dem Bongyôji[37]) bei Fusan, aufgefunden wurde, ist neuerdings in einer kleinen Reihe von Abdrücken vervielfältigt und so der japanischen wissenschaftlichen Buddhologie zugänglich gemacht worden. Die buddhistische Mission, namentlich die der hochstehenden Shin-Sekte, ist Schulter an Schulter mit den abendländischen christlichen Missionen eifrig tätig in der Bekämpfung von Unsitten, Aberglauben und Unwissenheit. Daß zu Ende dieses oder Beginn des nächsten Jahres in der Hauptstadt Söul eine Japanern und Koreanern in gleichem Maße offenstehende Universität gegründet wird, ist ein weiteres Zeichen dafür, daß sich Japan seiner Verpflichtung als Kulturstaat bewußt ist und seinen Ehrgeiz dareinsetzt, neuzeitlichen Kulturgesichtspunkten in seinem Machtbereich zur Geltung zu verhelfen. Daß es dabei nicht überall ohne Härten abgehen kann, ist nicht verwunderlich. —

Die Geschichte lehrt, daß auf die Dauer die Hauptlebensbedingung eines Staates die eigene Ausbreitungsmöglichkeit ist. Ihre Erhaltung war von jeher das Ziel jeder vernünftigen Politik. Unter den im pazifischen Erdraum herrschenden Verhältnissen kann Japan ohne Korea nicht mehr auskommen und mindestens vorläufig Korea auch nicht ohne Japan. Eines bietet dem anderen bedeutungsvolle, zunehmend schwerere Aufgaben, woran beide ihre Kraft und Geschicklichkeit weiter üben und entwickeln müssen:

> Es gibt im politischen Leben keinen Ruhepunkt, der ein befriedigendes Rückschauen zuläßt; ich weiß nicht, was aus dem heute Gepflanzten morgen wird (Bismarck).

ANMERKUNGEN

1) S. z. B. Tägl. Rundschau, 22. 8. 1910. — Bemerkenswerterweise ist von einem „Annexions-Vertrag" dabei d. Rede; s. Franke, Großmächte in Ostasien, 332 f. — Wortlaut: s. (englisch) Annual Report 1918-21, App. A.; (japanisch) (z. B.) Jijinenkan, 1924, S. 692.

2) Japan Year Book (J. Y. B.) 1923, S. 122 der Wortlaut des Friedensvertrages (englisch); in Nichirosenshi (Vom Jap. Gen. St. herausgeg. Gesch. d. Russ. Jap. Kriegs) Bd. X, Anl. 7 (japanisch). — S. ferner Franke, Ostasiat. Neubildgn. S. 127 u. Großm. i. O. S. 268.

3) Insel Hondô 224,737 qkm; Korea 217,826 qkm. — Haushofer, Japan u. die Japaner. S. 12-14.

4) J. Y. B. 1923, S. 658. — Annual Rep. 1918-21, S. 13 u. 216, wo als Winterminimum — 21,8 C. angegeben ist.

5) Murdoch, A History of Japan, Bd. I, S. 33 u. Karte.

6) Weber-Riess, Weltgesch. i. 2 Bdn., Bd. II, S. 303.

7) S. die den Annual Rep. beigegebenen Karten. — Gute japanische Karten von Korea sind (in 1 : 1 500 000): Kankoku zen zu, Vollst. Karte v. Korea, Hakuaikwan, Söul, 1909 und Kankoku tsûshin ryaku zu, Verkehrsübersichtskarte von Korea der Japan. Landesaufnahme, 1908. Die neueren Karten der Japan. Landesaufnahme schließen sich an die Aufnahmen in Nord-Korea an, die das J. Gen. St. Werk (8 Bde. u. Kartenbd.) zeigt (Tôkyô, 1904-8); 1909-10 waren davon m. W. im Handel Blätter nicht zu haben. — S. auch C. Ritter, Asien, 1834, Bd. III.

8) Die beiden Nord- und die drei Südprovinzen sind geteilt, die drei der Mitte, Kôkaidô, Keikidô (mit Söul) u. Kôgendô sind nicht geteilt.

9) An Official Guide to Eastern Asia, Vol. I, Manchuria & Chôsen, S. 300.

10) Annual Rep. 1918-21, S. 13.

11) S. den japan. Bericht im Meiji sanjûshichihachi nen kaisenshi (Jap. Admiralstabswerk), Bd. II, S. 195 ff. — Deutsche, etwas gekürzte Übersetzung von Kapt. v. Knorr, Berlin, Mittler.

12) Ratzel, Polit. Geogr., 2. Aufl. S. 613.

13) Haushofer-März, Zum Freiheitskampf in Südostasien, 1923, S. 253.

14) Zu „Yalu" s. die jap. Schriften: Ōzaki, Ōryokkô (der Yalu), 1910, bes. die dort. Wälder und ihre Ausbeutungsmöglichkeiten betr., 258 S., und die seit 1908 erscheinende Monatsschrift „Chôsen", die später den Titel in „Chôsen oyobi Manshû" (Korea und Mandschurei) erweiterte. — Ferner s. in Moritas dreibändigem Manshûchishi (Geographiebuch d. Mandschurei) Kap. II, Abs. 7, Tumen (5 S.) u. Abs. 8 Yalu (2 S.). Alles japanisch.

15) Richthofen, China, Bd. II, S. 88 und 162, f. — Ratzel, Anthropogeogr. S. 87.

16) Der Begriff „Landbrücke", m. W. zum ersten Mal in dem in Anm. 19 angezogenen Aufsatz („Die Halbinsel Korea, als "Brücke"") gebraucht, ist als solcher nicht bei Ratzel u. Ritter behandelt. — S. aber Ratzel, Polit. Geogr. S. 460, „Halbinseln" und Anthropogeographie (1909), I, S. 248.

17) Hulbert, History of Korea, Söul, 1905, Bd. I und Ritter, Asien, Bd. III, S. 573-647.

18) S. J. Emerson Tennent, Ceylon, 1860, 2 Bde., das noch immer beste und ausführlichste Buch über die Insel. — Ferner The Mahawansa (englisch), Colombo, 1909 und eine neue Übersetzung davon von Wilh. Geiger (im Druck). — Zu kurzer Orientierung: F. M. Trautz, Die Insel Ceylon, München 1924, in „Der indische Kulturkreis in Einzeldarstellungen", hrsg. von Prof. Dr. K. Döhring (im Druck).

19) S. Märzheft 1923 (7. Jahrg.) der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung": Trautz „Inselstaat und Kontinentalstaat, am Beispiel der Auseinandersetzung Japans mit dem asiatischen Festland".

20) Annual Report, 1918—21, S. 11.

21) S. dazu bes. M. Courant, Bibliographie Coréenne, Paris, 1894—97; 3 Bde.

22) J. Y. B. 192, S. 676.

23) A. Wirth, Ostasien in d. Weltgeschichte, S. 28.

24) S. die Annual Reports von 1909 bis 1918—21; neuere sind mir noch nicht zugänglich gewesen.

Zu: Rückhalt unzufriedener Koreaner bei den amerikanischen Missionaren; Leitung des Aufstands 1919–20 durch koreanische Christen, s. auch Herre, Polit. Handwörterbuch I (Leipzig, 1923), S. 1031. — Ferner die von einem leidenschaftlichen koreanischen Patrioten geschriebene auf Quellenangabe verzichtende, gegen Japan gerichtete Anklageschrift: Unabhängigkeitsbewegung Koreas und japanische Eroberungspolitik vo Kolu Li.

[25]) Nach Hulbert, a. a. O. I. S. 65 im J. 372 n. Chr. — S. ferner: I. Klaproth, San Kokf tsou ran setsu ou Aperçu général des trois Royaumes, Paris, 1832. —

[26]) Ratzel, Das Meer als Quelle der Völkergröße, S. 65.

[27]) Franke, Großmächte a. a. O., S. 32

[28]) Wie vor, S. 35.

[29]) „ „ S. 34.

[30]) S. das japanische Generalstabswerk: Meiji sanjûsan nen Shinkoku jihen senshi „Geschichte des Krieges und der Unruhen in China 1900", 6 Text-, 1 Karten-, 1 Bilderband; Tôkyô 1904. Ausgezeichnete Karten, farbige Bilder aller beteiligten fremden Truppenteile und der Japaner, Truppeneinteilungen, Verlust- pp. Listen.

[31]) S. Mitteilungen des Seminars f. Orient. Sprach., Bd. XVII, XVIII, XIX: Trautz, das japanische Generalstabswerk über den Japanisch-Russischen Krieg 1904/5. (Nach dem japanischen Original).

[32]) S. Jahrbücher für die Deutsche Armee und Marine, No. 528/9 (Sept. Okt. 1915): Trautz, Die vorgeschobenen Stellungen vor Port Arthur und ihre Lehren.

[33]) S. das ausgezeichnete 1920 in Dairen als Privatdruck erschienene Werk: Nammanshû tetsudô kabushikikaisha jûnenshi, Geschichte der (ersten) 10 Jahre der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft. 2 + 23 + 955 S., mit Karten und Plänen. (Nicht im Handel).

[34]) S. Dr. Josef März, Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen, München, 1923 in Haushofer-März, Zur Geopolitik der Selbstbestimmung (s. auch Anm. 13).

[35]) S. Haushofer, Das japan. Erdbeben u. seine politischen Folgen, Z. f. Geopolitik, Februarheft 1924, S. 82.

[36]) S. Ostasiatische Zeitschrift, 1923, S. 126-134.

[37]) S. den in Söul 1908 erschienenen japanischen Eisenbahnführer durch Korea, Kankoku tetsudôsenrô annai, S. 10.

C. ITTAMEIER

GEOPOLITISCHE EINFLÜSSE AUF DIE ERHALTUNG UND VERMEHRUNG DER EINGEBORNEN BEVÖLKERUNG OSTAFRIKAS IN ALTER UND NEUER ZEIT

Eine der wichtigsten Fragen und eines der vielumstrittensten Probleme der Vorkriegszeit war für die Kolonien aller Großmächte im allgemeinen, wie für die deutschen im besonderen die Eingebornenfrage. Wenn wir auch im Weltkrieg unsere Kolonien verloren haben und vor allem Deutsch-Ostafrika uns von den Engländern schon deswegen abgenommen wurde, nicht etwa weil wir nicht kolonisieren können, sondern weil England die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen durfte, wieder eine Lücke in dem Schutzwall, den es um Indien zu legen bestrebt ist, zu schließen, so möge es gleichwohl erlaubt sein, rückschauend eine Frage zu untersuchen, welche für den Bestand der Kolonie, gleichgültig, welche Flagge zeitweilig über den sonnendurchglühten Steppen und den Gletschern ihrer Hochgipfel weht, von größter Bedeutung ist: die geopolitischen Einflüsse auf den Bestand und die Vermehrung der Eingeborenen.

Diese Einflüsse sind festgelegt durch die geschichtliche Entwicklung Ostafrikas und die geographische Lage der eingebornen Stämme mit all den sich daraus ergebenden Einzelerscheinungen.

Die ältere Geschichte Ostafrikas und besonders die Schicksale der innerafrikanischen Stämme im Laufe der früheren Jahrhunderte sind in ziemliches Dunkel gehüllt. Nur in großen Zügen und groben Umrissen können wir uns aus den Bruchstücken geschichtlicher Überlieferung ein ungefähres Bild machen. Den Mittelmeervölkern war das Innere Afrikas eine Terra incognita. Mit die wichtigste Frage, welche die Alten bezüglich jener Striche interessierte, war die nach den Quellen des Nil, welche in jenen Gegenden liegen mußten. Soweit die Küstenstriche Ostafrikas in Frage kommen, ist uns aus noch früheren Zeiten Kunde erhalten geblieben. Besonders den Arabern, welche den Handel zwischen Indien und den Mittelmeerländern vermittelten, verdanken wir die ersten Nachrichten. Ihre Handelsbeziehungen erstreckten sich auch auf das gegenüberliegende Afrika, dessen Erzeugnisse sie ins eigne Land einführen mußten. Daß ihr Handel sich bis zum heutigen Portugiesisch-Ostafrika erstreckte, steht außer Zweifel. So konnte z. B. König Salomo mit Hilfe eben dieser Araber dank seines Bündnisses mit ihrem König Hiram seine Handelsexpeditionen nach dem sagenhaften Ophir durchführen. Wenn seine Schiffe auch erst nach dreijähriger Fahrt zurückkehrten, so ließe sich der Beweis, daß Ophir die Gegend des heutigen Sophala in Portugiesisch-Ostafrika, und nicht wie man kürzlich wieder lesen konnte ein Strich an der südamerikanischen Westküste gewesen sein muß, wohl führen.

Selbstverständlich beteiligten sich auch andere seefahrenden Nationen, besonders die Phönizier und Ägypter, angelockt durch den blühenden Handel der Araber, an der Erforschung jener Küstenstriche. Pharao Necho schickte um 600 v. Ch. eine Flotte aus, welche unter phönizischem Kommando Afrika umsegeln sollte. Auch aus der Ptolemäischen Zeitperiode sind gelegentlich Nachrichten über Ostafrika erhalten geblieben. Freilich betreffen sie in der Hauptsache geographische und Handelsbelange. Daß sie so spärlich sind, hatte seinen Grund wohl darin, daß den Mittelmeervölkern die Windverhältnisse in jenen Gegenden gänzlich unbekannt waren. Damit war für sie die Schiffahrt dort außerordentlich unsicher und gefahrvoll. Zum anderen waren die Araber eifersüchtig bemüht, ihr Handelsmonopol in jenen Strichen mit keinem teilen zu müssen.

Erst als Hippalus unter Kaiser Claudius die Regelmäßigkeit der Monsune aus einem Naturgesetz abgeleitet und erkannt hatte und daraufhin es wagte, die offene See unter Vermeidung der Küstenschiffahrt zu durchsegeln, werden die Handelsbeziehungen intensivere, mehren sich die Nachrichten über Ostafrika. Solche hat uns Ptolemäus von Pelusium hinterlassen. Noch mehr und vor allem Genaueres erfahren wir aus dem Periplus des Arrian, welcher wohl selbst dort gewesen ist und recht genau beobachtet hat.

Es gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit, sich mit all den Nachrichten zu befassen. Waren es ja zunächst auch keine größeren politischen Einwirkungen, welche durch diese Handelsexpeditionen ausgelöst wurden. Sie schienen mir lediglich deswegen erwähnenswert, weil in allen diesen Berichten eines immer wieder besonders deutlich zum Ausdruck kommt, daß auch in alter Zeit Ostafrika ein besonders bevorzugtes Land für die Ausfuhr von Sklaven gewesen ist. Es wird in den Berichten wiederholt rühmend hervorgehoben, daß die Sklaven von dort besonders kräftig und leistungsfähig seien.

Erst als mit dem Zerfall des römischen Reiches Ostafrika wieder vorherrschend Interessengebiet der Araber geworden und vor allem, nachdem durch den Propheten Muhammed Arabien auch politisch zu einer Einheit zusammengefaßt und auf den Weg der Welteroberung getrieben war, setzte in Ostafrika die Städte- und Staatengründung unter arabischer Oberherrschaft ein. Zunächst bestand noch Abhängigkeit vom Mutterlande. Als aber nach dem Tode Muhammeds die arabische Nation aus politischen und religiösen Gründen wieder zerfiel, machten sich die ostafrikanischen Städte unter eigenen Herrschern selbständig. Die wichtigsten unter ihnen dürften wohl gewesen sein Lamu, Mukdischa, Barawa, Malindi, Mombasa und Kilwa.

Und abermals wird die afrikanische Ostküste dem arabischen Einfluß entrissen durch die Portugiesen. Auf der Suche nach dem Seewege nach Indien entdeckten sie diesen Küstenstrich. Ihr Besitz als Verproviantierungsstation wurde für sie zur

unabweisbaren Notwendigkeit. Und so setzen von 1480 bis 1680 die unaufhörlichen Kämpfe zur Befestigung und Ausbreitung der portugiesischen Macht gegen arabischen Einfluß ein. Unauslöschlich mit jenem Zeitabschnitt der ostafrikanischen Geschichte sind die Namen der portugiesischen Admirale Bartolomäo Diaz, Vasco da Gama, Alvarez Cabral, D'Albuquerque, Pereira, Tristan da Cunha und seines Sohnes Nuna da Cunha verknüpft, welch letzterer die besonders widerspenstige Stadt Mombasa 1528 zum zweiten Male unter portugiesische Herrschaft zwang. Mit wenig Unterbrechungen dauerten diese Kämpfe um Mombasa fort, das wiederholt zerstört und wieder aufgebaut wurde, dessen Fort Xeixas de Cabrera endlich stärker als je wieder erstehen ließ. Es steht heute noch und über der Toreinfahrt künden stolze portugiesische Lettern, daß eben dieser Xeixas de Cabrera Kommandant der Festung war und von hier aus mit rücksichtsloser Grausamkeit durchgreifend eine Reihe von ostafrikanischen Stämmen gezüchtigt und unterworfen habe („hum castigo nao esperado na India . . . er züchtigte sie in einer in Indien nie gesehenen Weise . . .“). Heute noch künden die imposanten Trümmer der alten portugiesischen Batteriestellungen an der Hafeneinfahrt von Mombasa bezw. Kilindini von dem Sturz dieses mächtigen Kolonialreiches. Auch unter der portugiesischen Ära Ostafrikas spielte der Sklavenhandel eine führende Rolle und dürfte zusammen mit den Verlusten, hervorgerufen durch die fortwährenden Kriegszüge, deren Art und Weise die kurze Bemerkung der oben zitierten Inschrift mit einem grellen Schlaglicht beleuchtet, dem Volkskörper der eingebornen Stämme beispiellose Verluste gebracht haben.

Zum letzten Male kam arabischer Einfluß unter der Herrschaft der Sultane von Maskat zur Geltung und hielt sich, wenn auch unter steten Kämpfen der Imame um die Vorherrschaft bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die letzten Jahre dieser Zeitperiode sind für die politische Machtverschiebung und damit für das weitere Schicksal Ostafrikas von besonderer Bedeutung. Abdalla ben Achmed, der Gouverneur von Mombasa, empörte sich gegen den 1806 zur Regierung gekommenen Sultan Said Said zusammen mit den unter mombasianischem Einfluß stehenden Küstenstrichen. Wohl wissend, daß er auf die Dauer der Macht des Sultans nicht werde widerstehen können, suchte Abdalla die Freundschaft der britisch-ostindischen Handelsgesellschaft in Bombay. Die gleiche Politik befolgte sein Nachfolger Soliman ben Ali und setzte 1824, als Said Said zur Bestrafung mit einer Flotte vor Mombasa erschien, die englische Flagge auf dem Fort. Merkwürdigerweise erkannte London die Verträge, welche der englische Kapitän Owen mit Mombasa und anderen Küstenstrichen geschlossen hatte — einer der Hauptpunkte war bezeichnenderweise die Aufhebung des Sklavenhandels — nicht an, so daß Said Said die Beschießung und Unterwerfung Mombasas 1828 erfolgreich durchführen konnte. Als letzte Zeugen jener politischen Umwälzungen reden heute noch die

eisernen Geschützrohre in den Trümmern der alten portugiesischen Batterien, teils aus den Lafetten herausgeschossen, unter Aloe und Kaktus begraben, teils unten am Strand liegend, eine deutliche Sprache.

Unter dem nun ab 1840 einsetzenden Einfluß europäischer Großmächte wird die Herrschaft des Sultans Said Said, der mittlerweile dauernd nach Sansibar übergesiedelt war, nur mehr eine nominelle, bis in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts Ostafrika endgültig in den Besitz europäischer Mächte überging.

Parallel mit der Geschichte der Küstenstriche, aber sicher auch schon beeinflußt durch diese, ging die geschichtliche Entwicklung der Stämme im Inneren. Hiervon sind uns noch spärlichere Nachrichten erhalten geblieben.

Teils auf Grund mündlicher Überlieferung, teils begründet durch somatische und sprachliche Eigentümlichkeiten, ist man zu der Überzeugung gekommen, daß vor Zeiten die Bevölkerung Afrikas durch eine Völkerwanderung durcheinander geschüttelt worden ist. Und zwar waren es hamitische Völkerstämme, welche von der arabischen Halbinsel kommend, auf dem Wege über die Landbrücke von Suez den schwarzen Erdteil teils nach Westen, teils nach Süden durchziehend überfluteten. In zeitlich aufeinanderfolgenden Wellen durchstießen sie fast den ganzen Kontinent, auf ihrem Wege die ureingesessene Bevölkerung entweder verdrängend oder zerschmetternd. Es müssen kulturell und intellektuell höher stehende Stämme gewesen sein, denn sie fühlten und fühlen sich heute nicht nur als Herren, sondern haben es auch fertig gebracht, sich zu wirklichen Herren zu machen. Man denke nur an die zahlenmäßig weit schwächeren hamitischen Watussi und Wahuma, welche über die an Zahl weit überlegenen Ureinwohner von Ruanda herrschen. Es brauchten nicht einmal ganze Stämme gewesen zu sein. Auch einzelne Herrennaturen haben es fertig gebracht, ihrer Sippe auf den Thron zu verhelfen. Ich denke hier vor allem an einige Häuptlingssippen des Kilimandscharo, deren Sippenüberlieferung, wie Namengebung, auf eine Herkunft aus den Somaliländern hinweist.

Wichtig für die geschichtliche Entwicklung der ostafrikanischen Stämme sind besonders die Masai und die Ausläufer der Zulukaffern, die Wangoni geworden. Letztere, im Süden von Deutsch-Ostafrika sitzend, haben in weiten Raubzügen die eingeborenen Stämme, auf welche sie stießen, rücksichtslos zerschmettert. Für die Nordbezirke — Kilimandscharo, Meru und Iraku — waren es besonders die Masai, welche durch Jahrzehnte hindurch der Schrecken des Landes wurden.

Man nimmt ihre Einwanderung als in drei zeitlich aufeinanderfolgenden Wellen erfolgt an. Die erste Welle, die Wandorobbo, verdrängten die damals in den heutigen Masaisteppen ansässigen Tatoga, welche, ihrer Herden beraubt, sich südwestlich wandten und neben den Niederkuschiten von Iraku und Ufiome seßhaft wurden. Die letzten Anklänge an ihre frühere nomadisierende Lebensweise darf

vielleicht noch darin erblickt werden, daß sie heute noch während der Regenzeit sich mit ihrem Vieh im afrikanischen Graben in Murmunang, Massogoloda und Sabai halten, während sie in der regenarmen Zeit in die Hochländer von Tungobesch, Nar, Baschined und Ufana ziehen. Die Masai nennen die Tatoga „Mangadi", ein verächtlicher Ausdruck, welcher so viel bedeutet wie „arme Luder". Möglicherweise eine Reminiszenz an die Zeit, in welcher die Wandorobbo ihnen ihre Viehherden abgenommen hatten.

Die Wandorobbo — das Masaiwort el dorob heißt die Armen — erreichte das gleiche Schicksal. Ob durch Krieg oder durch Seuchen sie ihre Herden verloren, wissen wir nicht. Sie fristen heute noch als ein armseliges Jägervölkchen neben und unter den Masai ein kümmerliches Dasein.

Nicht besser erging es der nächsten Welle, den Wakuafi. Reste von ihnen dürften die heute in Aruscha, Aruscha tschini und Engaruka sitzenden Volkssplitter sein.

Allein als Nomadenvolk übrig geblieben sind die heutigen Masai. Aber auch ihre Blütezeit ist vorbei. Sie, die bis in die Zeiten der deutschen und englischen Herrschaft die Stämme bis an die Küste in Furcht und Schrecken gehalten haben, sind ein Opfer ihrer Monokultur geworden, wie ihre Vorgänger. Die klimatische Art ihrer Wohnstätten, jene weiten Hochsteppen mit üppigem Graswuchs zusammen mit den darin verteilten Salzseen und Salzpfützen ließ sie reine Viehzüchter bleiben. Aber gerade dieser Umstand war für die Individualität dieser Stämme von ausschlaggebender Bedeutung. Als reine Viehzüchter waren sie unter allen Umständen auf die benachbarten Stämme angewiesen, sei es zum Austausch ihrer eignen Erzeugnisse gegen Feldfrüchte und andere Bedürfnisse, sei es zur Auffrischung ihrer Viehbestände mit frischem Blut, oder zum Ersatz von Ausfällen, welche durch Seuchen entstanden waren. Solche Daseinsnotwendigkeiten erzogen diese Stämme zu kriegerischer Gesinnung. Denn durch Krieg und damit Raub ließ sich am raschesten und leichtesten Ersatz schaffen. Ihnen blieb nicht viel Zeit zum Handeln und Feilschen. Der Mangel jeglicher Reserven zwang sie zu raschestem Handeln. Gelang der Ersatz durch einen Raubzug nicht, so war das Schicksal des Stammes so gut wie besiegelt. Die unausbleibliche Hungersnot riß gewaltige Lücken in den Volkskörper. Den Resten blieb nichts anderes übrig, als seßhaft zu werden, oder sie sanken herab zu einem Jägervolk. Die große Rinderpest um das Jahr 1890 hat nicht nur die Herden dezimiert, sondern auch durch die in ihrem Gefolge naturnotwendig auftretende Hungersnot dieses stolze Herrenvolk mehr oder weniger aufgerieben. Nur größere Reste haben sich in bessere Zeiten herübergerettet. Auf sie wird in einem späteren Abschnitt nochmals die Sprache kommen.

Von diesen kriegerischen Stämmen dauernd beunruhigt sehen wir als ruhen-

den Pol die seßhafte Urbevölkerung, deren materielle Existenz durch Ackerbau und Viehzucht leidlich sichergestellt war. Aber trotzdem konnten diese Volkskörper sich nicht ungestört entwickeln. Zu den Einbußen an Volkskraft durch die Überfälle räuberischer Nachbarstämme kamen die Ausfälle durch die Fehden innerhalb der einzelnen Stämme selbst. Zum Teil aus den alten Wohnsitzen geworfen und in veränderte geographische und klimatische Verhältnisse gezwungen, waren sie ein Spielball der Willkür ihrer Führer. In kleine und kleinste Häuptlingsschaften zersplittert, deren jede sich ängstlich gegen den Nachbar absonderte, suchten deren Herrscher jeder die Vorherrschaft an sich zu reißen. War es dann einem gelungen, ein größeres Gebiet unter seine Gewalt zu bekommen, so herrschte dort Gewalt und Willkür des Siegers. Die letzte Ursache dieser Kämpfe aber war der arabische und auch portugiesische Einfluß von der Küste her, der Bedarf an Sklaven. Auch in jenen fernen Zeiten schon durchzogen die Sklavenkarawanen von der Küste aus auf den altbegangenen Wegen ganz Ostafrika bis in den Kongo hinein, um die Menschenware den muhammedanischen Ländern zuzuführen. Man könnte unter Umständen geneigt sein, den Volksverlust aus den eben geschilderten Zuständen nicht allzuhoch einzuschätzen mit dem Hinweis, daß größere Menschentransporte wegen der ungeheuren Schwierigkeiten sich damals von selbst verboten. Die Tatsache aber, daß gleichwohl ganze Landschaften entvölkert worden sind, bleibt bestehen. So passiert man z. B. zwischen den Landschaften Kiboscho und Madschame am Kilimandscharo einen breiten Streifen fruchtbaren Landes, welcher fast vollständig öde liegt. Allerdeutlichste Zeichen beweisen, daß hier früher eine dichte Bevölkerung gewohnt haben muß. Da und dort wächst noch eine Bananenstaude im Dickicht, überall steht die Trazäne, eine Urwaldpflanze, mit welcher der Dschagga sein Gehöft einzuzäunen pflegte. Überall ist noch das Gewirr verfallener Gräben erkennbar, durch die man die Felder gegen die Wildschweine schützte. Der noch deutlich erkennbare Kriegsgraben aber zeigt, daß hier einmal ein politisch in sich geschlossener Volksteil seßhaft gewesen sein muß. Keine Seuche hat die Landschaft verödet, kein freiwilliger Entschluß die Leute zum Aufsuchen günstigerer Wohnplätze weggeführt. Hier hat vielmehr Renguo, der Häuptling von Madschame, Handelsstreitigkeiten mit Kaschenge, dem Herrscher eben dieses Gebietes — Lamungo — benützt, durch einen Kriegszug die Landschaft unter seine Gewalt zu bringen. Um etwaige Rachepläne gleich im Keim zu ersticken, wurde die übriggebliebene Bevölkerung weggeführt und an die arabischen Handelskarawanen, derentwegen der Streit begonnen hatte, verkauft. Das war im Jahre 1846. Es haben also 75 Jahre noch nicht genügt, um den damals gesetzten Verlust auszugleichen.

Diese Ausschnitte aus der Geschichte Ostafrikas gestatten uns wenigstens einen

allgemeinen Einblick in die geschichtliche Entwicklung der Stämme. Über die klimatischen Verhältnisse der früheren Zeiten mit den sich daraus ergebenden Einzelerscheinungen erfahren wir so gut wie nichts. Doch dürfen wir wohl annehmen, daß sie im großen und ganzen die gleichen gewesen sein dürften, wie sie in neuerer Zeit waren. Damit dürfen wir auch die Wirkungen auf den Volkskörper als ähnliche oder gleiche annehmen.

Wenn wir gleich hier über den älteren geschichtlichen Zeitabschnitt ein Urteil abgeben dürfen, so ist der Gesamteindruck wohl der, daß bei diesem politischen Chaos im Inneren, durch den Kampf aller gegen alle unter dem Einfluß der im nächsten Abschnitt näher zu würdigenden klimatischen und geographischen Kräfte von einer gedeihlichen Entwicklung der Volkskörper kaum die Rede sein kann, daß man vielmehr berechtigt ist, einen Rückgang der Bevölkerungsziffer anzunehmen.

Diese Verhältnisse änderten sich von Grund auf, als über den Erwerbungen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die deutsche Flagge gehißt wurde. Es ist klar, daß diese Verschiebung der Machtverhältnisse, der Übergang der recht lockeren Herrschaft der Sultane von Sansibar in die straffere Verwaltung einer europäischen Macht von einschneidenden Folgen für den Bestand der Eingebornen sein mußte. Der Wille, das Land von dem Druck des Sklavenhandels zu befreien, die Willkürherrschaft der eingebornen Häuptlinge zu brechen, mußte natürlich einen entsprechenden Gegendruck erzeugen. Und so rollen in dieser Epoche die bekannten Kolonialkämpfe über die Bühne der Geschichte, beginnend mit dem Araberaufstand 1888, welcher den Sklavenhandel retten sollte, und endigend mit dem bekannten Maji-Maji Aufstand im Süden der Kolonie. Der Endzweck aber, Ordnung und Ruhe in das Chaos zu bringen, war erreicht. Mit der wirtschaftlichen Durchdringung und Befriedung des Landes traten nun auch tiefgreifende Umwälzungen und Verschiebungen geopolitischer Natur ein. Ihre Entstehung und Wirkung auf den Bestand der eingebornen Bevölkerung während der Dauer der deutschen Herrschaft soll im folgenden untersucht werden.

Die rein tropische Kolonie stellt, von einem verschieden breiten Küstenstrich abgesehen, ein nach dem Innern zu aufsteigendes Hochland dar, vielfach unterbrochen durch wuchtige Gebirgszüge und Gebirgsstöcke. Teils vulkanischen Ursprungs, teils von Urgestein ragen sie wie Inseln über den Hauptteil des Landes, eine weite, wellige Steppe empor. Der Charakter der Vegetation wird bestimmt durch die periodischen Regenzeiten. Die eine dauert von Dezember bis April und trifft den größten Teil der Kolonie. Für die Küste und die nördlichen Gebiete kommen zwei Regenzeiten in Betracht: eine kleine im November und Dezember und eine große von Ende März bis Ende Mai. Im Anschluß an diese herrscht die sogenannte kalte Zeit, auch etwa zwei Monate dauernd. Kleinere Striche nord-

westlich des Kilimandscharo und Meru liegen im sogenannten Regenschatten, d. h. sie bekommen so gut wie keinen Regen. Die an den Hängen der meisten Gebirgszüge gruppierten Urwälder, oder, wie man sie treffend genannt hat, Regenwälder, werden zu riesigen Wasserreservoiren, welche auch außerhalb der Regenzeiten weite Strecken mit dem so notwendigen Naß zu versehen vermögen. Die weiten, zum Teil abflußlosen Steppen und Hochländer sind bedeckt mit Gras, Busch oder Trockenwäldern, da und dort größere und kleinere Wasserbecken in sich schließend.

Für die Besiedelung des Landes durch die Urbevölkerung ist die geologische Entwicklungsgeschichte im Verein mit den meteorologischen Verhältnissen ausschlaggebend gewesen. Die Trockenheit weiter Steppenstriche, die völlige Versumpfung weiter Strecken besonders im südlichen Teile der Kolonie während der Regenzeit, die Unwirtlichkeit der höheren Gebirgslagen hat den einzelnen Stämmen je nach der Individualität ihrer Wirtschaft die Wohnsitze gewiesen. Wir finden sie also nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern dort, wo die günstigsten Existenzbedingungen für die einzelnen Wirtschaftszweige waren, sind die Siedelungen in die Wildnis eingesprengt. An den wasserreichen Gebirgshängen sitzen die Völkerschaften, deren Hauptnahrung die Banane ist. In den gesunden Hochländern und Steppen, deren Trockenheit die Kultur der Banane verbietet, ist das Schwergewicht des Ackerbaues auf die Kultur von Hülsenfrüchten verlegt, sitzen blühende Völkerschaften mit einem enormen Viehreichtum. Durch die weiten, z. T. abflußlosen Steppen um den Kilimandscharo zieht der nomadisierende Masai mit seinen Herden. Relief und Klima des Landes haben also die eingeborene Bevölkerung nicht zu einer politischen Einheit in einem gemeinsamen Lebensraum sich zusammenfinden lassen, sondern haben vielmehr zersplitternd und individualisierend gewirkt. Freilich möchte es da und dort auch scheinen, als ob die Wohnsitze nicht immer ganz nach obigen Gesichtspunkten gewählt worden seien, sondern daß auch politische Momente mit hereingespielt haben dürften. So ist z. B. nicht recht anzunehmen, daß im Hochland von Iraku die Einwohner freiwillig ihre Wohnsitze bis in die unwirtlichen Höhen verlegt haben, in denen es selbst dem Europäer nicht mehr behagt.

Wenn es nun auch möglich war, für die wirtschaftliche Basis der Stämme Plätze mit den relativ günstigsten Bedingungen zu finden und damit eine der Hauptforderungen für den Bestand eines Volkes zu erfüllen, so konnten gleichzeitig damit dieselben Lebensnotwendigkeiten für die Eingeborenen vom gesundheitlichen Standpunkt aus nicht ebenso restlos in Einklang gebracht werden.

Überall, wo die Stämme sitzen, sind auch die Vorbedingungen für das Auftreten von Krankheiten, tropischen und anderen, endemischen und epidemischen gegeben, durch geographische Lage und Klima, Vorhandensein von Zwischen-

wirten und Disposition vermittelt. Überblicken wir kurz zunächst die endemischen Krankheiten. Die verbreitetste unter ihnen ist die Malaria. Überall, wo genügend Wärme und Wasser für die Entwicklung der Larven des Wirtstieres, der Anopheles, vorhanden ist, ist auch die Möglichkeit für das Auftreten der Malaria gegeben. Man darf wohl sagen, daß der größte Teil der Kolonie mit Malaria verseucht ist. Als frei galten lediglich die höheren Lagen der Gebirge und gewisse Hochsteppenstriche im Innern. Aber eine größere Höhenlage bietet auch keinen absoluten Schutz. Daß Anophelen auch dort fortkommen können, mag durch die Tatsache dargetan sein, daß in Nairobi (Masaiwort: na irobi = mit Kälte) und Naiwascha — beides hochgelegene Orte in den Kikujubergen im britischen Protektorat — Malaria herrscht. Die Malariafreiheit vieler Gebirgsbezirke ist lediglich eine Folge der geopolitischen Lage gewesen. Alle die Stämme aber, welche in solchen Bezirken sitzen, haben einen ungemein hohen Grad von Empfindlichkeit dieser Krankheit gegenüber. So fällt den Dschagga, wenn er sich von den sicheren Wohnplätzen einmal in die malariaverseuchte Steppe gewagt hat, diese Krankheit überaus hart an. Anders die Völkerschaften, welche seit alters ihre Wohnsitze in Malariagegenden hatten. Sie haben durch Generationen hindurch einen gewissen Grad von Immunität erworben, bzw. verstärken diesen durch Überstehen mehrfacher Malariaattacken in der Kindheit, so daß mit einer Volkseinbuße an Malaria unter diesen Stämmen nicht so gerechnet zu werden braucht, wie bei den anderen. Immerhin soll auch bei ihnen eine gewisse schädigende Wirkung nicht in Abrede gestellt werden. Sie kann in Verbindung mit anderen interkurrenten Krankheiten gleichwohl einen ins Gewicht fallenden Verlust hervorrufen. Das gleiche gilt vom Rückfallfieber.

Nicht so günstig liegen die Verhältnisse bei Dysenterie, Wurmkrankheiten, Bilharzia, Aussatz und Geschlechtskrankheiten. Auch sie sind endemisch, erzeugen aber auch bei längerer Einwirkung keine Immunität, so daß die Verluste durch sie schon ernster gewertet werden müssen.

Die wichtigsten unter den endemischen Krankheiten sind die Pest und die Schlafkrankheit. Endemische Pestherde kannte man im Bezirk Bukoba. Später wurde ein solcher in Uhehe festgestellt. Jedenfalls aber kamen auch die Pestherde im benachbarten britischen Protektorat für die Kolonie sehr ernstlich in Frage. Die Opfer, welche indessen die Pest unter den Eingeborenen gefordert hat, sind während der Zeit der deutschen Herrschaft nicht so bedeutende geworden, wie die der Schlafkrankheit. Diese hat in den verseuchten Bezirken am Viktoria-See und an der Tanganjika-Küste nördlich Udjidji gewaltige Lücken in den Volkskörper gerissen.

Von den epidemischen Krankheiten seien besonders vermerkt die Pocken, welche wiederholt in gewaltigem Umfang aufgetreten sind und entsprechende Opfer

gefordert haben, die Rinderpest, von deren Auftreten unter Umständen Sein oder Nichtsein besonders der nomadisierenden Stämme abhängen kann.

Der Vollständigkeit halber möchte ich zum Schlusse auch noch der teilweise epidemisch auftretenden Erkältungskrankheiten Erwähnung tun, welche dank der beträchtlichen Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht, besonders in den Regenzeiten auch in den Tropen im Verein mit der mangelhaften Bekleidung der Eingebornen erhöhte Bedeutung gewinnen können. Sie wird auch bei vielfach harmlosen Krankheiten verschärft durch die animistische Einstellung ihrer Weltanschauung, kraft deren die Eingebornen jeglicher Krankheit hilflos gegenüberstehen.

Das Hauptaugenmerk aber möchte ich konzentrieren auf den Fragenkomplex politischer Natur, welcher durch die Verschiebung der Machtverhältnisse selbst tiefgreifende Wandlungen erfahren hat und nun in seiner Wirkung auf den Bestand und die Vermehrung der Eingebornen anders gewertet werden muß.

Eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung war die Befriedung des Landes. Die ewigen Fehden zwischen den einzelnen Stämmen, der benachbarten Landschaften untereinander nahmen ein Ende. Die Raubzüge der Wangoni, der kriegerischen Wahehe und der Masai, durch die weite Teile der Kolonie in steter Unruhe und Unsicherheit gehalten wurden, waren unmöglich geworden und die damit verbundene Einbuße an Volksvermögen und vor allem Volkskraft unterbunden. Damit war auch, abgesehen von dem früher schon erlassenen Verbot, der Sklavenhandel an der Wurzel getroffen. Gleichzeitig damit, daß die Verwaltung in der Kolonie organisiert wurde, verloren die Häuptlinge ihre uneingeschränkte Machtbefugnis, kraft welcher sie über Hab und Gut, Leib und Leben ihrer Untertanen schalten und walten konnten. Nun war das einzelne Stammesglied in seiner Existenz gesicherter als ehedem. Ungeschmälert in seinem Besitz, konnte er die ererbte Scholle mit mehr Sicherheit und größerer Freude betreuen, war die ungestörte Entwicklung und das Gedeihen der Familie besser gewährleistet. Das heißt: die Grundlage, auf welcher sich die Erhaltung und Vermehrung eines Volkskörpers überhaupt nur denken läßt, die Familie, war der Unsicherheit der politischen Zeitläufte und der Willkür einzelner Machthaber entzogen.

Diese segensreiche Wirkung mag zutreffen auf die seßhaften Völkerschaften. Welche Wirkung hatte diese Machtverschiebung nun aber auf die nomadisierenden Stämme? Wie ich schon früher ausgeführt habe, sind diese Völker, welche auf Grund der sie umgebenden Natur reine Viehzüchter geblieben sind, durch diese Monokultur auf eine kriegerische Laufbahn getrieben worden. Für sie bedeutete die Befriedung des Landes die Unmöglichkeit, durch Raub ihre Bedürfnisse zu befriedigen, eine einschneidende Verschlechterung ihrer Daseinsnotwendigkeiten, wenn nicht unter gewissen Bedingungen Vernichtung der Existenz.

Ich erinnere nochmals an die Masai. Die Reste der aus der Hungersnot der 90er Jahre übriggebliebenen Masaistämme haben auch in den Jahren der deutschen Herrschaft immer wieder versucht, durch Diebstahl und Raub ihrer Existenz eine festere Grundlage zu schaffen. Sie wurden, als wiederholte Strafexpeditionen nichts fruchteten, 1906 in einem Reservat konzentriert, soweit sie auf deutschem Gebiet schweiften.

Sofern eine europäische Macht überhaupt Wert auf die Erhaltung dieser nomadisierenden Stämme legt, wird sie gut tun, Maßnahmen wie die einer Konzentrierung auf das schärfste zu durchdenken, um auf alle daraus entstehenden Folgen gerüstet zu sein.

Mit der fortschreitenden Befriedung fielen nach und nach auch die Schranken, welche durch jahrelange Zeiträume hindurch den Lebensraum der einzelnen Stämme fast hermetisch abgeschlossen hatten. Ohne Sorge, außerhalb des Kriegsgrabens seiner Landschaft erschlagen, seiner Habe beraubt oder als Sklave weggeführt zu werden, konnte der Eingeborene seine Ziele nun weiter stecken. Und diese Schranken fielen, je mehr die wirtschaftliche Erschließung der Kolonie vorwärts schritt, je mehr der Handel sich ausbreitete, einen je größeren Umfang besonders die europäische Besiedelung des Landes annahm. Bisher war die Masse nur darauf eingestellt gewesen, aus Feld- und Viehwirtschaft so viel herauszuwirtschaften als für die Existenz des einzelnen oder der Familie bis zur nächsten Ernte notwendig war, immer vorausgesetzt, daß keine unvorhergesehenen politischen und Naturereignisse, wie Krieg oder Mißwachs, den ganzen Wirtschaftsplan über den Haufen warfen. Nun forderte die durch europäische Besiedelung gesteigerte Bodenkultur die Arbeitskraft großer Teile des eingebornen Volkskörpers, lockte gleichzeitig die Möglichkeit einer gewissen Bereicherung durch Geldverdienst in den Pflanzungen. Nur allzugerne folgte ein großer Teil der Bevölkerung, in der Hauptsache Männer und junge Leute, dieser lockenden Aussicht, ohne in Rechnung zu stellen, daß das in der eignen heimischen Wirtschaft notdürftig hergestellte Gleichgewicht zwischen Arbeit und Ertrag durch den Ausfall einer oder mehrerer Personen auf das schwerste gestört werden würde. Denn die ausfallenden Arbeitskräfte blieben als Konsumenten der heimischen Wirtschaft erhalten.

Dieses Gleichgewicht aber wurde vollständig über den Haufen geworfen durch die sich allmählich herausstellende Tatsache, daß die kultivierten Bodenflächen nicht mehr in einem gesunden Verhältnis zu den aus den benachbarten Stämmen zur Verfügung stehenden Arbeitskräften standen. Um diesem Mißstand abzuhelfen, schöpfte man aus den großen Menschenreservoiren im Inneren des Landes. Die Arbeiteranwerbung und die Verpflanzung mehr oder weniger großer Volksteile in andere klimatische, hygienische und wirtschaftliche Umgebung setzte ein. Das bedeutete für die zurückgebliebenen Frauen, Kinder und Greise vermehrte Arbeits-

last. In der Hauptsache wurden die Frauen betroffen. Dieser auf die Dauer unhaltbare Zustand führte zu einem Rückgang der Wirtschaft und des Ertrages, zu Unterernährung und vermehrten Krankheiten, bei den Frauen außerdem noch zu einer Häufung von Fehl- und Frühgeburten, ganz abgesehen von dem Rückgang der Geburten überhaupt durch die Unmöglichkeit der Fortpflanzung. Auf der Seite der Angeworbenen aber zeigte sich gleichfalls ein größerer Ausfall auf Grund der klimatisch veränderten, vielfach verschlechterten Umgebung. Viele starben, viele blieben überhaupt in der Fremde hängen.

Es hat nur weniger Jahre bedurft, um die Wirkungen aus dieser Umschichtung der Bodenkultur auf den eingebornen Volkskörper schroff hervortreten zu lassen. Sie bedeuteten nicht Erhaltung oder gar Vermehrung der Eingebornen, sondern Entvölkerung.

Vor der Befriedigung des Landes herrschte im großen und ganzen Verkehrsstagnation. Sie wurde abgelöst durch Fluktuation, welche durch die eben geschilderte kulturelle Umformung des Landes hemmungslos anwuchs. Damit mußten notgedrungen auch die Schranken fallen, welche den bisher im Lande herrschenden und an bestimmte Striche gebundenen Krankheiten gezogen waren. Den großen Verkehrsadern folgend, mußten sie schließlich Rastplatz um Rastplatz verseuchen, mußten Teile der dort lagernden Karawanen infizieren, wanderten mit diesen an neue Plätze, wo man sie bisher noch nicht kannte, wurden sie endlich in die Lebensräume der Stämme, welche bisher von ihnen verschont gewesen waren, verschleppt, hier einen nur allzugünstigen Boden zu weiter Verbreitung und tiefgehender Schädigung des Volkskörpers findend. So gewannen Malaria, Dysenterie, die Wurmkrankheit und das Rückfallfieber eine ungeahnte und ungewollte Verbreitung zum Schaden der eingebornen Bevölkerung. Es war in den Jahren meiner ärztlichen Tätigkeit in Deutschostafrika von höchstem Interesse zu sehen, wie am Kilimandscharo von Jahr zu Jahr in der Steppe eine Furt nach der anderen — es pflegen des Wassers wegen dort die Rastplätze der wandernden Eingebornen und Europäer zu sein — als malariaverseucht angesehen werden mußte, wie mit dem Heranrücken der europäischen Pflanzungen gegen die Eingebornenzone ebenso stetig die Malariagrenze sich höher schob.

Der durch die kulturelle Umformung hervorgerufene Verkehr mit anderen Großräumen der Erde führte aber auch zu einer Einschleppung fremder Krankheiten und zu einer weiteren Komplizierung der die Stämme schädigenden Kräfte.

Es darf der deutschen Verwaltung mit gutem Recht nachgerühmt werden, daß sie mit heißem Bemühen die nach weitschauenden Gesichtspunkten orientierte wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie in Einklang zu bringen trachtete mit den Lebensmöglichkeiten und Daseinsnotwendigkeiten der eingebornen Stämme, ohne deren Mitwirkung Deutschostafrika ein wertloser Fetzen Landes geblieben wäre.

Ehe jedoch der endgültige Erfolg das Werk krönen sollte, hat ein vierjähriger Krieg die Früchte einer fast dreißigjährigen Arbeit nicht nur von Grund aus vernichtet, sondern schlimmere Zustände geschaffen als je bestanden haben. Ob es dem Sieger so leicht werden wird, die schonungslos zerrissenen Fäden, an denen die Existenz der eingebornen Stämme hängt, wieder zu knüpfen, wird davon abhängen, wie weit er geopolitisch zu denken und danach zu handeln vermag.

O. BASCHIN:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ARKTIS

In den Arbeitsplan der Zeitschrift für Geopolitik, der die Erde in die Alte, die Atlantische und die Indo-Pazifische Welt einteilt, lassen sich die Polargebiete nur mit Gewalt, unter Zerreißung natürlicher Zusammenhänge einzwängen, eine Schwierigkeit, die es auch rechtfertigen mag, daß diese erste Berichterstattung über jene abgelegenen Gegenden, welche neuerdings einen Schauplatz für geopolitische Vorgänge abzugeben beginnen, nicht ganz in den Rahmen der bisherigen Beiträge für die anderen Gebiete hineinpaßt.

Vor allem dürfte als Einführung in die Bedeutung der Polargebiete für das Wirtschaftsleben ein kurzer Rückblick auf die Triebkräfte angebracht sein, die den Kulturmenschen bewogen haben, in die eisigen Gefilde einzudringen, sich dort festzusetzen und schließlich sogar die Besitzergreifung der unwirtlichsten und unzugänglichsten Länder zu erstreben, ein Stadium der politischen Betätigung, dessen Beginn soeben eingesetzt hat.

Gleich die erste Polarfahrt, die uns aus dem Altertum bekannt ist, läßt als Triebfeder den Wissensdrang erkennen, der bei den aufgeklärten Persönlichkeiten der damaligen Zeit in ausgeprägtem Maße vorhanden war. Ein halbes Jahrtausend vor Christi Geburt gewann die Lehre des griechischen Philosophen Pythagoras, der zeigte, wie aus Beobachtungen an den Himmelskörpern die Kugelgestalt der Erde erwiesen werden könne, zahlreiche Anhänger. Auch die Neigung der Erdachse zur Ebene der Erdbahn, die sogenannte Schiefe der Ekliptik, war den Pythagoräern bereits bekannt, und daraus ergab sich die Folgerung, daß es im äußersten Norden eine Gegend geben müsse, wo im Sommer die Nacht, im Winter der Tag völlig aufhören. In Massilia, dem heutigen Marseille, lebte nun um das Jahr 330 vor Christi Geburt ein Anhänger der pythagoräischen Lehre, Pytheas, der große naturwissenschaftliche Kenntnisse besaß, in der Astronomie wohl bewandert und wahrscheinlich der Erste war, der die wirkliche Ursache von Ebbe und Flut in der Anziehungskraft des Mondes erkannte. Er wollte sich mit eigenen Augen von der Richtigkeit seiner Weltanschauung überzeugen und unternahm eine Schiffsreise, die ihn weit in unbekannte Fernen, sicherlich bis an die Grenze, vielleicht sogar in das Innere der Polarzone geführt hat. Den Zeitgenossen des Pytheas erschienen jedoch seine Berichte über das gefrorene Meer und über das Feuer am Himmel, womit offenbar das Nordlicht gemeint war, so abenteuerlich, daß man ihm keinen Glauben schenkte, und daß in späteren, zum Teil entstellten Berichten über seine Reise, deren Originale verloren gegangen sind, seine Unglaubwürdigkeit tadelnd hervorgehoben wird.

Mehr als ein Jahrtausend verging nun, ehe die Polarforschung wieder einen neuen Antrieb erhielt. Diesmal jedoch war die Triebfeder mehr merkantiler Natur. Seitdem der Venetianer Marco Polo im 13. Jahrhundert auf dreijähriger Überlandreise Ostasien erreicht hatte und nach vierundzwanzigjähriger Abwesenheit mit reichen Schätzen wieder nach Hause zurückgekehrt war, machte sich bei den europäischen seefahrenden Nationen das Bestreben geltend, die unermeßlichen Schätze Chinas und Indiens auszubeuten. Diesem Streben verdanken bekanntlich die erfolgreichen Entdeckungsfahrten des in spanischen Diensten stehenden Christoph Columbus, die 1492 zur Entdeckung Amerikas führten, sowie die Seefahrten der Portugiesen, insbesondere die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien durch Vasco da Gama ihre Verwirklichung. Aber eifersüchtig wachten diese beiden Schwesternationen darüber, daß keine fremden Schiffe die von ihnen gefundenen Wege zu den Reichtümern jener fernen Länder benutzten. Mit ihren Seestreitkräften waren die Portugiesen imstande, den Weg nach Osten, die Spanier den nach Westen zu sperren, wobei ihnen als moralische Unterstützung ein Machtspruch des Papstes zu Hilfe kam, der die Ansprüche beider Staaten ausdrücklich legalisierte und eine Grenze zwischen den beiderseitigen Hoheitsgebieten festlegte. Die anderen Nationen, die bei dem Wettbewerb den Kürzeren gezogen

hatten, boten nunmehr alles auf, um andere Wege ausfindig zu machen und so auch ihrerseits an die Quellen des Reichtums, d. h. nach Ostasien zu gelangen.

Ein in englischen Diensten stehender Italiener, John Cabot, und sein Sohn, Sebastian Cabot, sind es wohl gewesen, die zuerst die Aufmerksamkeit ihrer Zeitgenossen darauf lenkten, daß der Weg nach dem fernen Osten für die europäischen Nationen um so kürzer sei, je weiter nördlich man die Route lege. In der Tat zeigt ein Blick auf den Globus, daß auf der Erdkugel die Meridiane sich mit der Annäherung an die Pole immer enger zusammenschließen und man daher im hohen Norden weit kürzere Strecken zu durchsegeln hat, um dieselbe Anzahl von Längengraden zu passieren, als in niedrigen Breiten. So wurden die beiden Cabots die geistigen Urheber jener großartigen Pläne der nordwestlichen und der nordöstlichen Durchfahrt, verkehrsgeographische Probleme, die bis in unsere Tage hinein von beherrschendem Einfluß auf die Entwicklung der Nordpolarforschung geblieben sind. Man hatte ja damals noch keine richtige Vorstellung von der gewaltigen Ausdehnung Amerikas und Asiens im Norden und glaubte daher, daß es verhältnismäßig leicht sein müsse, nach Westen nördlich um Amerika oder nach Osten nördlich um Asien herum in den Stillen Ozean zu gelangen. Auch unterschätzte man die großen, damals natürlich noch unbekannten Schwierigkeiten, welche die Befahrung des Arktischen Ozeans bot, und welche die nautische Praxis erst allmählich überwinden lernen mußte. Nicht nur die riesigen, von dem Gletschereise des Landes stammenden Eisberge, sondern vor allem die, durch Pressungsvorgänge hoch aufeinander getürmten Packeismassen des gefrorenen Meerwassers, die strenge Kälte und der eisige Nebel, schließlich der Mangel an frischer Nahrung und dadurch hervorgerufene tödliche Krankheiten, namentlich der gefürchtete Skorbut, das waren die Gefahren der polaren Natur, die man erst nach und nach kennen lernte, und die in der Folgezeit so mancher Expedition den Untergang bereitet haben. Es darf daher nicht wundernehmen, daß gleich bei der ersten Überwinterung einer Polarexpedition alle 62 Teilnehmer an Kälte, Hunger und Skorbut zugrunde gingen, und daß es bald eines anderen kräftigen Anreizes bedurfte, um Seeleute zu den gefährlichen Fahrten zu bewegen.

Diesen Anreiz boten die Holländer, die einen regen Schiffsverkehr mit den russischen Eismeerhäfen unterhielten, durch die Aussetzung eines Preises von 25 000 Gulden für die Durchführung der Nordostpassage. Aber alle Bemühungen blieben erfolglos, und die großen Verluste an Schiffen und Menschenleben wirkten entmutigend auf die anfängliche Unternehmungsfreudigkeit der Handelsgesellschaften. Man erkannte schließlich, daß die natürlichen Verhältnisse im hohen Norden so ungünstige waren, daß eine Durchfahrt, selbst wenn sie existieren sollte, doch für die praktische Schifffahrt unbenutzbar bleiben würde, und so sehen wir denn bald, daß die Triebfeder, die bis dahin den stärksten Ansporn für die Polarfahrten abgegeben hatte, nämlich die Aufsuchung eines neuen Verkehrsweges für die Handelsschiffahrt, ihre Zugkraft verliert, und daß nur noch wenige Expeditionen ohne größeren Erfolg in diesem Sinne tätig sind.

Aber ein wichtiges Resultat haben diese Fahrten dennoch erzielt. Sie zeigten, daß der Arktische Ozean eines der ergiebigsten Gebiete für Jagd und Fischfang ist, und daß insbesondere wertvolle Pelz- und Trantiere, Eisbären und Robben, vor allem aber die größten Riesen des Meeres, die Wale, in großen Scharen jene, mit allen Schrecken der Natur umgebenen Einöden beleben. Da bei einem großen Wal allein das Fischbein einen Wert bis zu 75 000 Mark erreichen kann, zu dem sich dann noch die Beträge für Walrat, Speck usw. addieren, so ist es erklärlich, daß kühne Fangschiffer, zum Teil verwegene Abenteurer, bald den Spuren der Forschungsexpeditionen folgten und auf eigene Hand entlegene Jagdgebiete aufsuchten, deren Lage sie vor anderen Genossen möglichst geheim hielten. Tausende von Fangschiffen zogen damals in das unbekannte Eismeer hinaus und kehrten meist mit reicher Beute zurück. Um diese letztere aber möglichst von allem wertlosen Ballast zu befreien, errichtete man auf den Inseln im hohen Norden Transiedereien und Fischtrocknungsanstalten, die viel in Anspruch genommen wurden. Am bekanntesten und besuchtesten war eine von den Holländern an der Nordwestecke Spitzbergens be-

gründete Transiederei, Smeerenburg genannt, die sich zu einer förmlichen Sommerstadt entwickelte, mit Wohnhäusern, Gasthöfen, Läden, Schankwirtschaften und anderen Niederlassungen. Der Walfang war damals eine solche Quelle des Reichtums geworden, daß sich hier ähnliche Verhältnisse entwickelten, wie man sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in neuentdeckten Goldfeldern beobachten konnte. Allein aus Holland sollen in der Zeit von 1669 bis 1778 nicht weniger als 14167 Schiffe ausgelaufen sein, die 57590 Wale im Gesamtwert von 72 Millionen Mark erlegten. Diese Raubfischerei hatte jedoch bald zur Folge, daß die Wale in der Umgebung Spitzbergens fast völlig ausgerottet wurden, worauf Smeerenburg schnell in Verfall geriet.

In jener Zeit wurde die Nordpolarforschung völlig von der Jagd nach materiellem Gewinn beherrscht, und das nautische Problem der Auffindung der beiden nördlichen Durchfahrten war in den Hintergrund gedrängt worden. Vergeblich bemühte sich die englische Regierung, das Interesse dafür wach zu erhalten, und ebenso vergeblich setzte das englische Parlament im Jahre 1743 einen Preis von 400000 Mark für die erste Bewältigung der Nordwestpassage aus. Seitdem die Erkenntnis von der handelspolitischen Wertlosigkeit dieser Schiffahrtsstraße in weite Kreise gedrungen war, erlahmte die Anteilnahme und ließ sich auch durch künstliche Mittel nicht mehr aufrechterhalten.

So trat eine zweihundertjährige Pause in den eigentlichen Entdeckungsfahrten ein, bis eine neue Triebfeder die Anregung zu der letzten Epoche in der Entdeckungsgeschichte der Nordpolarregion gab, nämlich die zunehmende Begeisterung für die Wissenschaft, namentlich für die Geographie. Besonders in England gewann der Gedanke immer mehr an Boden, daß es für die britische Nation eine Ehrenpflicht sei, die endgültige Lösung des alten Problems in Angriff zu nehmen. Den damaligen leitenden Staatsmännern in England muß ein hoher Sinn und ein weiter Blick eigen gewesen sein, denn sie erkannten die Pflicht des Staates, geographische Entdeckungsreisen zu unterstützen, in so weitem Umfange an, daß die Regierung die Kosten aller, seit 1818 ausziehenden Polarexpeditionen übernahm, den alten Preis erneuerte und neue hinzufügte.

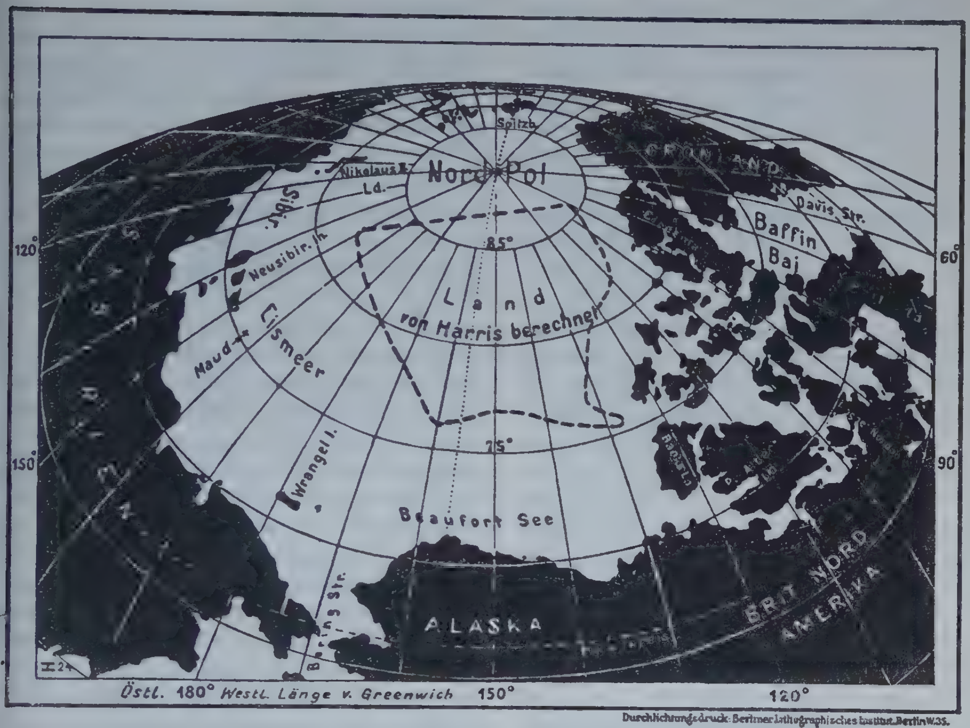
Damit war die arktische Forschung zu einer nationalen Ehrensache des britischen Volkes geworden, und in den folgenden Jahrzehnten haben zahlreiche englische Schiffe den Archipel im Norden des amerikanischen Kontinents erforscht und auch 1853 das Vorhandensein der Nordwestpassage festgestellt. Die Ausführung der nordöstlichen Durchfahrt gelang 1879 dem Schweden Freiherrn Adolf Erik von Nordenskiöld, und damit schied die Suche nach jenen Seeverkehrswegen als Beweggrund der Polarforschung definitiv aus.

Immer mehr aber brach sich jetzt die Anschauung Bahn, daß anderen Zeiten auch andere Ziele in der Polarforschung entsprechen müßten. Der enorme Aufschwung der modernen Naturwissenschaften machte seinen Einfluß auch hier geltend und führte zur Aussendung rein wissenschaftlicher Forschungsexpeditionen und zu dem großartigen Unternehmen der „Internationalen Polarforschung" in den Jahren 1882—1883.

In den letzten Jahrzehnten geriet die Forschung dann immer mehr in das sportliche Fahrwasser, in dem der persönliche Ehrgeiz eine Hauptrolle spielte und die Jagd nach dem „Rekord" der höchsten geograpischen Breite ihr Ziel in der Erreichung des Poles selbst suchte, der denn auch 1908 von Dr. F. A. Cook zuerst erreicht wurde.

So sehen wir, daß die Geschichte der arktischen Forschung untrennbar verknüpft ist mit den geopolitischen Problemen, welche die Menschheit zu einer bestimmten Zeitepoche bewegen, und daß sich die Fortschritte der Wissenschaften widerspiegeln, sowohl in den Zielen, welche die Polarforschung anstrebte, wie in den Mitteln, die sie zur Anwendung brachte. Es ist daher von hohem Interesse, im Laufe der Geschichte den Wechsel in den treibenden Kräften zu verfolgen, die in anscheinend regelloser Folge einander ablösen, so daß, wenn ein Problem gelöst ist, sofort ein anderes in die Erscheinung tritt, dessen Aufstellung nunmehr wieder neue Triebkräfte auslöst.

Gegenwärtig nun befinden wir uns am Beginn einer neuen Phase der Nutzbarmachung des Nordpolargebietes für die Zwecke des Menschen, in der wir manche Triebkräfte, die in dem vorstehenden



.... *Transarktischer Flugweg*

Überblick erwähnt wurden, wieder aufleben sehen, allerdings in einer, den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßten, modernisierten Form.

Der jetzigen Zeitströmung entsprechend steht dabei natürlich wieder der materielle Gewinn im Vordergrunde, doch handelt es sich nunmehr neben den Schätzen des Meeres auch um diejenigen des Landes, vor allem um die Vorkommen von Kohle, die man in verschiedenen arktischen Ländern ausfindig gemacht hat. Schon die holländischen Walfänger sollen in Spitzbergen Kohle gefunden und benutzt haben, doch erst der Schwede Blomstrand scheint 1861 eine Lagerstätte anstehend gefunden zu haben. Es handelt sich um Kohlenflöße von einem bis zweieinhalb Meter Mächtigkeit, die meist zwischen Sandsteinen und Tonschiefern tertiären Alters eingelagert sind und sich in geringer Meereshöhe ziemlich horizontal durch das Plateauland erstrecken, in welches die großen Fjorde der Westküste tief einschneiden. Die Lagerstätten sind daher verhältnismäßig leicht zugänglich, und der Abbau geht auch aus dem Grunde ohne Schwierigkeit von statten, weil die Kohle, ebenso wie der ganze übrige Erdboden in Spitzbergen, unterhalb der Tiefe von einem Meter dauernd gefroren ist. Daher ist jede Belästigung durch Wärme ausgeschlossen, es können keine Einbrüche von Wasser vorkommen, und auch die größte Gefahr des Kohlebergbaus, die Schlagwetter, sind in Spitzbergen nicht zu befürchten. Lediglich der Abtransport verursacht deshalb Schwierigkeiten, weil die Winternacht vier volle Monate dauert und für die Verschiffung nur die beiden eisfreien Monate Juli und August zur Verfügung stehen. Nach den letzten vorliegenden Nachrichten sind nicht weniger als 14 Gesellschaften, 6 norwegische, 5 englische, eine schottische, eine schwedische und eine holländische mit dem Abbau der Kohle beschäftigt,

und die Ausbeute ist in beständigem Steigen begriffen. Von 1906 bis 1909 wurden 6000 Tonnen gefördert, 1910: 3000, 1915: 23000, 1920: 111 000 und 1921 schon 153000. Die Gruben liegen an den Ufern der Kings-Bai, an zwei Lokalitäten der Advent-Bai, in einem Tal zwischen Advent- und Coles-Bai, in Green Harbour und in Braganza-Bai.

Der Kohlenbergbau hat dazu geführt, daß Spitzbergen nunmehr seit 1917 zu den dauernd von einer größeren Volksmenge bewohnten Ländern der Erde gehört, während vordem nur die aus wenigen Personen bestehenden Besatzungen einzelner Stationen überwinterten. Eine besondere Erwähnung verdienen hier jene Stationen, die weniger praktische als wissenschaftliche Aufgaben zu lösen hatten. Spitzbergen ist von jeher ein klassisches Land für naturwissenschaftliche Forschungen im Polargebiet gewesen, weil es in recht hoher geographischer Breite (77 bis 81 Grad Nord) gelegen ist, trotzdem aber leicht, bequem und schnell von Europa aus erreicht werden kann, und weil die Fjorde und Buchten der Westküste zahlreiche, zur Sommerszeit in der Regel eisfreie sichere Ankerplätze bieten. Mehrfach sind denn auch auf Spitzbergen wissenschaftliche Observatorien errichtet worden, z. B. in dem schon erwähnten Internationalen Polarjahre 1882—1883 von Schweden bei Kap Thordsen und später auch gelegentlich der russisch-schwedischen Gradmessung. Es handelte sich dabei jedoch immer um vorübergehende Organisationen, so daß stets nur Beobachtungsreihen von begrenzter Zeitdauer gewonnen werden konnten. Erst die Entwicklung der modernen aerologischen Wissenschaft brachte hier eine durchgreifende Änderung. Es gelang der Tatkraft von Professor Hugo Hergesell, eine ständige deutsche wissenschaftliche Station an der Westküste Spitzbergens zu begründen, die von August 1911 an in Tätigkeit war. Sie befand sich bis Juli 1912 an der Küste der Advent-Bai, wurde dann aber nach dem Ebeltofthafen in der Croß-Bai (79,2 Grad Nord und 11,6 Grad Ost) verlegt. Es ist die nördlichste ständige wissenschaftliche Station der Erde und ihre laufenden meteorologischen und aerologischen Untersuchungen, die trotz der Schwierigkeiten des Weltkrieges bearbeitet und veröffentlicht werden konnten, bilden einen Ruhmestitel für die deutsche Wissenschaft.

Auch die moderne Technik hat ihren Einfluß nach Spitzbergen ausgedehnt, und die dortige Funkstation ist ein wichtiger Faktor bei der internationalen Nachrichtenübermittelung geworden. Tragen doch die täglichen Wettertelegramme aus diesem Polarlande wesentlich zur Verbesserung der europäischen Wetterprognosen bei, und dient die dortige Station als unschätzbare Vermittelungsstelle für die Weitergabe von Zeitsignalen und sonstigen wichtigen Nachrichten an Fangschiffe in polaren Gewässern.

Die nationalen Interessen, die in früheren Jahrhunderten ihren Ausdruck in der Entsendung von Forschungsexpeditionen fanden, haben jetzt die Form von Besitzergreifungen angenommen, und mit fieberhaftem Eifer sind die einzelnen Staaten gegenwärtig bestrebt, sich die bisher herrenlosen Länder der Polargebiete anzueignen. Durch einen Vertrag der Großmächte und der nordeuropäischen Kleinstaaten ist im Februar 1920 die Souveränität über Spitzbergen an Norwegen übertragen worden. Die Herrschaft über Grönland wurde seitens Dänemarks im Jahre 1921 über die ganze Insel ausgedehnt, wogegen allerdings Norwegen protestiert hat, weil seine Schiffe seit 1840 an der herrenlosen Ostküste dieses Landes regelmäßig Fischerei, Robben- und Walfang, sowie Jagd auf Moschusochsen, Eisbären und Polarfüchse betrieben, ein Gewerbe, dessen Ertrag für die norwegische Volkswirtschaft von beträchtlicher Bedeutung ist. Dieser dänisch-norwegische Konflikt, der auch gegenwärtig noch nicht endgültig beigelegt ist, hat zu einem gespannten Verhältnis zwischen beiden Ländern geführt.

Damit ist der gesamte Fragenkomplex über die politische Zugehörigkeit der polaren Länder aufgerollt worden, und er dürfte in Zukunft noch eine bedeutende Rolle in der Geopolitik spielen, die vielleicht auch auf die Beziehungen der Großmächte zueinander nicht ohne Einfluß bleiben wird. Schon hat ein Notenwechsel zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika stattgefunden, zu welcher die, von den letzteren beabsichtigte Aussendung eines Luftschiffes „Shenandoah“ in das Nord-

polargebiet Veranlassung gegeben hat. Kanada ist seit Jahren bemüht, sämtliche nördlich von Amerika belegenen Inselgruppen zu annektieren, und es hat in der letzten Zeit sogar Polizeistationen in jenen unwirtlichen Gebieten errichtet. Es ließ die Vereinigten Staaten wissen, daß es zwar nicht beabsichtige, seine unbestreitbaren Rechte auf diese Länder offiziell geltend zu machen, daß es diese jedoch unverzüglich zu wahren wissen würde, wenn die annexionistischen Absichten der Regierung in Washington festere Gestalt annehmen sollten.

Dieser Bruderzwist erscheint erst verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dem unbekannten Teile des Nordpolarmeeres zwischen Alaska und dem Pol wahrscheinlich noch größere Landmassen vorhanden sind. Verschiedene geographische Tatsachen sprachen bereits früher dafür. Eine bestimmte Vorstellung aber gewannen diese Vermutungen erst, als im Jahre 1911 der amerikanische Geophysiker, Professor Harris, den Nachweis erbrachte, daß die Flutwellen, die aus dem Atlantischen Ozean durch die enge Pforte zwischen Norwegen und Grönland in das, rings von Land umschlossene Nordpolarmeer eindringen, nur mit starker Verzögerung und erheblicher Abweichung aus ihrer Richtung an den gegenüberliegenden Küsten von Nordamerika und Sibirien eintreffen. Diese Tatsche läßt sich mit der Annahme eines ununterbrochen tiefen Meeresbeckens nicht in Einklang bringen. Eine genaue Untersuchung führte zu dem Ergebnis, daß in dem fraglichen Gebiete ein umfangreiches Land vorhanden sein müsse, dessen Lage und Form Harris auf mathematischem Wege zu ermitteln vermochte. Nach seinen Berechnungen besitzt dieses, bisher noch nicht entdeckte Land einen Flächeninhalt von etwa 1300000 Quadratkilometern, ist demnach fast dreimal so groß wie das Deutsche Reich und besitzt die Gestalt eines Trapezes.

Es erfordert keine große Kombinationsgabe, wenn man annimmt, daß dem Luftschiff „Shenandoah“, das von Alaska zum Pol fahren soll, auch die Aufgabe zufallen wird, dieses, von einem Amerikaner theoretisch gefundene, wenn auch vorläufig noch hypothetische Land für die Vereinigten Staaten formell in Besitz zu nehmen.

Andrerseits jedoch betrachtet Kanada alle, selbst die noch nicht entdeckten Inseln, die der amerikanischen Nordküste vorgelagert sind, als britischen Besitz und ist eifrig bestrebt, diesem Grundsatz zur Anerkennung zu verhelfen. Als der Nordpolarforscher Vilhjalmur Stefansson 1913 eine Reise in jenes Gebiet mit Unterstützung wissenschaftlicher Behörden der Vereinigten Staaten vorbereitete, brachte man in Kanada dieser Expedition ein so weitgehendes Interesse entgegen, daß Stefansson sie schließlich in den Jahren 1914 bis 1918 unter kanadischer Ägide ausführte, selbst sogar die kanadische Staatsangehörigkeit erwarb und die von ihm entdeckten drei Inseln für Kanada in Besitz nahm.

Seit jener Reise sieht man auch den wirtschaftlichen Wert der amerikanischen arktischen Inselwelt mit ganz anderen Augen an als früher. Abgesehen von Kohlelagern, die Stefansson auf verschiedenen Inseln gefunden hat, ist es namentlich der unermeßliche Reichtum an jagbaren Tieren, dessen Kenntnis wir ihm verdanken. Mit beredten Worten weist er eindringlich darauf hin, daß es zweckmäßig sei, den Fleischreichtum der von ihm untersuchten Länder und Meeresteile nutzbringend zu verwerten und nicht nur den Wölfen, Vielfraßen, Füchsen und Raben zugute kommen zu lassen. Pläne zur Verwirklichung seiner Absichten liegen der Regierung von Kanada bereits vor und sind möglicherweise inzwischen schon in die Tat umgesetzt worden.

Nach Stefanssons Beobachtungen kommen Wale in großen Mengen vor. Im Frühling zögen sie in Herden zu Dutzenden und Hunderten vorbei. Renntiere sind überaus zahlreich und gedeihen gut. Die Männchen erreichen im Herbst bis 140 Kilogramm Gewicht und liefern 36 Kilogramm Fett. Vor allem aber ist das Polarrind (Ovibos), der fälschlich so genannte Moschusochse, von Bedeutung, weil er ein geradezu ideales Haustier zu werden bestimmt ist. Er lebt auf allen arktischen Inseln, wo der Mensch ihn nicht ausgerottet hat. Sein Fleisch gleicht dem Rindfleisch, seine Milch der besten Kuhmilch. Jedes Tier gibt mehr Wolle als ein Schaf und dreimal so viel Fleisch. Das Polarrind braucht keinen Stall, kein Futter und auch keinen Schutz vor Raubtieren, da es stark genug ist und

sich zu verteidigen weiß. Auch das Renntier ist ein wichtiger Faktor in der Fleischversorgung und Billionen Tonnen arktischer Vegetation, die jetzt zugrunde geht, könnten auf dem Umwege durch den Renntiermagen in menschliche Nahrung verwandelt werden. Aber dieses Tier fällt leicht den Wölfen zur Beute, und seine Züchtung verursacht dieselben Schwierigkeiten wie die Rinderhaltung. Deshalb dürfte nach Stefanssons Ansicht nicht das Renntier, sondern das Polarrind in kommenden Zeiten das wichtigste Haustier der nördlichen Teile Amerikas und Asiens werden. Geradezu unerschöpflich ist der Fell-, Fleisch- und Fettvorrat der unzähligen Seehunde, die bis 360 Kilogramm Gewicht erreichen.

In allerletzter Zeit haben die Nordpolarländer zudem eine Bedeutung erlangt, die ihren Besitz besonders begehrenswert macht, weil sie auf einem Gebiete liegt, dem eine große Zukunft bevorsteht.

Wie schon vor vier Jahrhunderten handelt es sich abermals um die Nutzbarmachung der Arktis als Verkehrsgebiet. Der Unterschied gegen frühere Zeiten aber liegt darin, daß wir heutzutage ein Transportmittel zur Verfügung haben, das den bisher in der Polarforschung verwendeten Schiffen und Schlitten weitaus überlegen ist. Der Weltkrieg ist auch hier ein großer Lehrmeister gewesen, durch den gewaltigen Aufschwung, den er in der Beherrschung der Luft als Verkehrsraum gebracht hat. Überall macht sich der hohe Stand des heutigen Flugwesens in der Errichtung neuer Weltverkehrslinien geltend, aber gerade in den Polargebieten kommt die Überlegenheit der Luftfahrzeuge über alle anderen Transportmittel in so hohem Maße zur Geltung, daß man schon heute eine gewaltige Entwicklung des transarktischen Luftverkehrs voraussagen kann.

Die Bedeutung der Arktis als Durchgangsgebiet für den modernen Schnellverkehr wurde aus dem Grunde bisher nicht gewürdigt, weil eine Durchquerung mit Schiffen oder Schlitten mehrere Jahre in Anspruch nimmt, wie die Expedition Fridjof Nansens auf seinem Schiff „Fram" 1893—1896 gezeigt hat. Für Luftfahrzeuge aber bestehen jene Gefahren des Eises nicht. Sie sind imstande, ohne Rücksicht auf Terrainschwierigkeiten den kürzesten Weg, die „Luftlinie" im wahrsten Sinne des Wortes einzuschlagen. Dabei kommt ihnen zustatten, daß im Sommer die Sonne ohne Unterlaß mehrere Monate lang scheint. Ihr Mittelpunkt bleibt in 70 Grad nördlicher Breite 64, in 80 Grad 134 und am Pole selbst 186 Tage sichtbar. Die Sonnenscheibe sinkt zudem im Herbst so langsam unter den Horizont, daß es am Nordpol 212 Tage lang wirklich hell und nur 153 Tage dunkel ist.

Diese Möglichkeit, unbekümmert um die Beschaffenheit und Formen der Erdoberfläche, stets, von keiner Dunkelheit unterbrochen, den direkten Kurs innezuhalten, erlaubt eine beträchtliche Abkürzung des Reiseweges. Stefansson berechnet den gewöhnlichen Schiffahrtsweg von London durch das Mittelmeer und den Indischen Ozean nach Japan zu 13033 englischen Meilen, den kombinierten Land- und Seeweg über den Atlantischen Ozean, durch Kanada und den Stillen Ozean zu 11236, den Landweg über Sibirien zu 8557, dagegen den Luftweg durch die Arktis nur zu 6300 englischen Meilen. Ähnliches gilt auch für die anderen wichtigen Verkehrslinien.

Ein weiterer Vorteil, der namentlich für die Erkundung unbekannter und die Erforschung wenig bekannter Gebiete ins Gewicht fällt, besteht in der großen Aussichtsweite, die man schon aus geringen Höhen hat. Will man sich eine Vorstellung von der Größe der Aussichtsfläche machen, so braucht man nur die in Metern angegebene Höhe des Auges über der Erdoberfläche mit 46 zu multiplizieren, um die Zahl der Quadratkilometer zu erhalten, die man aus jener Höhe überschaut. Ein Gebiet von der Größe Englands (132000 Quadratkilometer) bietet sich also dem Luftfahrer bereits aus 2870 Metern Höhe dar. Fliegt ein Flugzeug nur 700 Meter hoch, so erschließt es unter seiner Flugbahn einen 200 Kilometer breiten Streifen unserer Kenntnis, ein Erfolg, der sich nach den bisherigen Methoden der Schlittenreisen nur durch zahlreiche kostspielige und gefahrvolle Expeditionen größten Stils in jahrelanger Arbeit würde erzielen lassen.

Die erste Überfliegung der Arktis steht noch bevor. Nach den Enttäuschungen, die Roald Amundsen seinen Verehrern im vorigen wie in diesem Jahre bereitet hat, darf man bezweifeln, ob er der richtige Mann für ein Unternehmen ist, das nicht

nur kühnen Wagemut und eine hohe Summe von wissenschaftlichen wie technischen Vorkenntnissen, sondern auch eine genügend lange praktische Erfahrung in der Beherrschung von Flugmaschinen verlangt.

Daß es möglich ist, die 3300 Kilometer lange Strecke von Nordspitzbergen über den Pol nach Alaska in der Zeit von etwa einem Tage auf dem Luftwege zu bewältigen, kann nicht bezweifelt werden, denn es sind bereits höhere Leistungen erzielt worden. Man kann daher wohl mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß bereits im nächsten Sommer der transarktische Flug zur Durchführung gelangen wird, dessen Auswirkung nach der verkehrsgeographischen Richtung von großer Bedeutung zu werden verspricht.

Die Einbeziehung der Arktis in das Netz der großen Weltverkehrslinien dürfte dann dem Dornröschenschlaf dieses abgelegenen Gebietes für immer ein Ende bereiten.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Das Indo-pazifische Kraftfeld als Ganzes überschauend, möchten wir als wichtigste Bericht-Gegenstände des Hochsommers bezeichnen:

Die Verschärfung in der Stimmung des ganzen Erdraums gegen die darin vormächtigen kolonial und expansiv wirkenden Fremdkräfte, namentlich die Angelsachsen — trotz einiger Abkommen, Vertrags- und reiner Macht-Erfolge (Irak-Vertrag, Ablehnung der Philippinen-Unabhängigkeits-Deputation, Annahme des U.S. Einwanderungs-Gesetzes); die zunehmende Neigung der bodenständigen Staaten- und Wirschafts-Bildungen, sich mit dem wahlverwandteren russischen System zu verständigen, verstärkt durch den Anfangs-Erfolg des chinesisch-russischen Abkommens und die natürliche Dynamik der wieder arbeitenden eurasischen Kontinental-Schlagader, der Überlandbahn (Sven Hedin: Von Peking nach Moskau, Leipzig 1924 ist symbolisch!); die Fortschritte im Mündigwerden, der Industrialisierung Niederländisch Indiens, zunächst Javas; und die völlig verschiedene Art der Vereinigten Staaten einerseits, des britischen Reichs und der anderen europäischen Kolonialmächte andererseits, sich mit dieser geopolitischen Umlagerung abzufinden.

Ostasiatisches Vorgehen der Vereinigten Staaten:

Die Vereinigten Staaten setzen zunächst — trotz vielen abmahnenden, ausgezeichnet informierten Stimmen aus den eignen Reihen — überlegene Gewalt und Wirtschaftsmacht sowohl in den Philippinen, wie in Japan der stimmungsmäßig verstärkten Strömung wesensverschiedener Geopolitik entgegen. Sie sind außerhalb Europas, bald aber auch hier, die Bannerträger des wirtschaftlichen Imperialismus der Erde, — trotz Frankreich sogar, und dadurch diesem Staat nähergerückt — seltsam genug, unter vollkommener Selbsttäuschung der Mehrheit der Bürger der U.S., wie diese Rolle in Wirklichkeit bei den Betroffenen wirkt und eine Interessengemeinschaft der Vergewaltigten schafft, die von Tokio und Manila über Peking und Moskau bis an den Rhein bereits Stimmführer findet. Denn auch in China, wo die Fehlschläge Sun Yat Sens, des Amerikanismus seiner Spielart von Republik, sehr nah mit der Enttäuschung über den Gegensatz zwischen Wort und Tat der U.S. Amerikaner zusammenhängen, griffen die Vereinigten Staaten [durch ihren Zweck verfehlende, darum falsche Drohungen] in den dadurch nur beschleunigten Gang der Verständigung mit dem kontinentalen Nachbarn, den Sowjets, ein. Außerdem verhöhnt ihre öffentliche Meinung die sich zum offenen Widerstand zunächst nicht mächtig genug fühlenden vergewaltigten Lebensformen: China, Japan, die Philippinen — wie ja auch Mitteleuropa! — obendrein durch witzige, aber erbarmungslose Spott-Zeichnungen, die verschärft in deren Presse wiedergegeben werden (vgl. Heft VII!), und durch überhebliche oder

plump-derbe Vertraulichkeiten des Hinweises auf eben diese Ohnmacht.

Die leidenschaftslose Erfahrung der Geopolitik verzeichnet als Folge einer solchen Erscheinung allmähliche Spannung und Versteifung gegenstrebiger Kräfte, nach Art des Vorgangs, den Richthofen sich wohl seinerzeit unter „Ansammlung latenter Energie" in Japan vorstellte, die sich dann so überraschend in kinetische habe verwandeln lassen. Das Experiment hat Rußland zwischen 1895 und 1905 in Ostasien gemacht, und – um es nicht im engern Lebenskreis zu wiederholen –, hat Japan seine Schantungstellung geräumt, und in manchen, weniger nach außen gedrungenen Vorgängen China nnd Sowjets gegenüber, wie in der Rassenzurücksetzungsfrage des Einwanderungsgesetzes der U. S. eine fast übermenschliche Selbstüberwindung bewiesen, die nicht ganz ohne Verdrängungen abgehen konnte . . . .

Mit gewohnter Sicherheit gibt Dr. F. W. Mohr (Wirtschaftsdienst Nr. 25 vom 20. Juni 1924) in einer Darlegung, auf die wir eigens hinweisen möchten, ein Gesamtbild der Stimmungsveränderung in Japan gegen die Vereinigten Staaten, des Rücktritts der durch die Wahlen in unhaltbare Lage gebrachten Regierung Kiyura, und der Stärke des im ersten Auftreten besonders kraftgeladenen Ministeriums Kato.

Der Kern der über-pazifischen Spannungsfrage ist auch hier schon wiederholt berührt worden, kann aber wegen seiner enormen Wichtigkeit, auch als Präzedenzfall, dem deutschen Volk, das ihn viel zu wenig kennt, gar nicht oft und deutlich genug zum Bewußtsein gebracht werden.

Das auf etwa 83 Millionen unmittelbar beherrschter, mehr als hundert Millionen mittelbar seiner Führung anvertrauter Menschen angewachsene japanische Reich hat in seinem z. Zt. 58-59 Millionen zählendem Kernland starken Bevölkerungsdruck. Die jährliche Bevölkerungsvermehrung von bisher 6-700 000 Köpfen ist im Steigen; sie ist ohne Zwang in den noch untersiedelten nördlichen Reichsteilen aus Abneigung gegen meerferne, kalte, hochgelegene Siedelungsgebiete mit bedeutenden, der Rasse fremden Kälte- und Wärmespannungen nicht unterzubringen; auch nicht in Korea, mit seiner im letzten Jahrzehnt verdoppelten einheimischen Bevölkerung, deren Wirtschaftskonkurrenz bei gleichen Arbeitsbedingungen die klimaweichen Malaiomongolen der Inseln so wenig, wie die der Nord-Chinesen aushalten können und wollen. Im Gegenteil scheint sogar die wirtschaftliche Wiedereroberung der Mandschurei durch die zähe Wirtschaftskraft der Nord-Chinesen unaufhaltsam. Der natürliche Druck des japanischen Überschusses geht also nach den als Siedlungsland sympathischen Hochlohngebieten der Süd- und Ost-Nachbarländer im Pazifik mit ihren fruchtbaren, leeren, weiten Räumen. Die Vereinigten Staaten wollen aber die etwa 120 000 Japaner in Hawaii und 100 000 in Kalifornien, Oregon und Washington so wenig vermehrt sehen, wie Kanada oder Australien ihre östlichen Einsprengungen, so daß die wichtigsten Neu-Wirtschafts-Räume im Osten und Süden der japanischen wie der chinesischen Einwanderung aus Zukunftsangst verschlossen sind.

Für Ostasien ist aber Menschen- oder Waren-Ausfuhr die einzige Wahl, der letzteren Steigerung begrenzt, und das Problem wird durch den furchtbar und in unnötig abstoßender Form beleidigten Rassenstolz verschärft. Dennoch kommt es, wenn ihn Japan verhindern kann – und nicht durch unmögliche, für keine, auch nicht eine sehr starke japanische Regierung tragbare Zumutungen gereizt wird — vorerst nicht zum überpazifischen Kriege. Eine Schuld wird nur an den Eingriffen der Vereinigten Staaten in Ostasien — und Eurasien liegen.

Geopolitsche Feinarbeit zeigt uns regionale Motive in der Zusammensetzung des neuen japanischen Kabinets, und auch darin die große Stärke der neuen Regierung gegenüber der abgetretenen Zwischenlösung.

Der Ministerpräsident Kato ist anglophil, in London diplomatisch ausgebildet — Vertreter der Großstadtmasse gegen das flache Land, Sprosse des schnell gewachsenen, industrialisierten zentralen Nagoya, Freund des leidenschaftlichen, temperamentvollen verstorbenen Okuma, eine freilich von der Weltzivilisation überfirnißte, formbeherrschte, aber vom eignen inneren Feuer fortreißbare Südländernatur. Der Minister des Äußeren Shidehara war der geschickte Vermittler

der Washington-Konferenz, lernte dort Stärken und Schwächen U.S.Amerikas gründlich kennen, und mit dem gefährlichen Nachbarn umzugehen. Inneres, Finanzen sind, wie Krieg, Marine und Justiz, Fachmännern anvertraut, die für Inneres und Finanz von der Leitung großer Unternehmungen herkommen, für den Krieg ein unbeschriebenes Blatt zeigen, während der Marine-Vertreter scharf nationalistisch hervorgetreten ist, geopolitisch geschult und führend. Landwirtschaft und Handel, mit der momentan heikelsten Frage der Pächter des gefährdeten landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, hat sich der Führer der eben erst gespaltenen Seyukai-Partei — des japanischen Seitenstücks zum deutschen Nationalliberalismus — in die Hand spielen lassen, der schon einmal bemerkenswerte Versager-Eigenschaften gezeigt hat. Den Verkehr hat der greise, unentwegte Fortschrittler Inukai (Okayama, Inlandsee) übernommen, die Erziehung Okada (Shizuoka) — im Ganzen überwiegt der Südwesten und die Mitte, die „Sonnenküste", „Omotte Nihon", das Temperament, der Südeinschlag, bei außerordentlicher parlamentarischer Stärke. Wenn es will, kann dieses Kabinett im ersten Jahre Japan dem Teufel vor die Schmiede bringen, und z. B. ein sehr weitgehendes Abkommen mit Rußland, wie mit China durchdrücken und wirksam machen. Es ist stark genug, um ein völliges Herumwerfen des Steuers im Inselreich zu wagen, eine weitgehende Wahlreform durchzuführen; es kann ein neues, unberechenbares Element in das pazifische Kräftespiel tragen, wie kein anderes seit mehr als einem Jahrzehnt: Das Japan des Hochsommers 1924 ist, gegenüber dem Japan des Vorfrühlings vor der Wahl, ein w e s e n t l i c h v e r ä n d e r t e r S t a a t ! — eine willensstärkere „innervierte" Lebensform.

Es hat eine der in der japanischen Geschichte zuweilen vorkommenden vorbeugenden Mobilisationen des Volkswillens stattgefunden.

I n d o p a z i f i s c h e H a l t u n g d e r b r i t i s c h e n R e i c h s p o l i t i k :

Das britische Reich — offenbar über diese Lagenänderung viel besser unterrichtet als die Vereinigten Staaten, noch dazu unter dem Eindruck sehr schonend zu behandelnder Stimmungs-Umschwünge in Kanada wie Südafrika und Vergrämungen in Australien und Neu-Seeland (eben durch notwendige Nachgiebigkeit an andern Stellen verursacht) — verfährt [entgegengesetzt seiner Tochter-Republik] ausweichend und hinhaltend. Es hat tatsächlich (vgl. VII) dem i n d i s c h e n A k t i v i s m u s gegenüber ein Entgegenkommen bewiesen, wie es dieser selbst nicht für erreichbar und möglich hielt. Dies ging so weit, daß zwar auf der einen Seite Dienstfreudigkeit und Ersatz des angloindischen Beamtenkörpers schwer geschädigt wurden, auf der andern aber der Gegner, dem plötzlich mehr positive Leistungen zugeschoben wurden, als er zu übernehmen bereit war, in Schwierigkeiten geriet. Das verrät sich durch Konflikte, „Mißverständnisse" zwischen den mehr weltlich gerichteten Hinduführern (Das z. B.) und dem Mahatma Gandhi (der sich vergeblich gegen eine leise politische Entkräftung durch diesen Titel und seine Verheiligung wehrt!), dann der Islam und Sikh-Bewegung (letztere gut von Reva Prasad Misra in Deutscher Rundschau, Juli 1924, geschildert.)

Diese Erscheinungen beleuchten in I n d i e n von innen her eine seit Halbjahresfrist nicht mehr so geschlossene Front: aber vielleicht ist es eben dieses Ziel, das von der Reichspolitik auf Umwegen erreicht werden sollte.

In C h i n a überwiegen ganz anders offenkundig die inneren Sorgen den äußeren Druck, der sich an zunehmender Machtlosigkeit der Zentralorgane totläuft, da sie ihn nicht mehr auf die in solchen Zeiten immer stärker und unabhängiger werdenden Länder zu übertragen vermag, und das Ausland aus gegenseitigem Mißtrauen keine Gewalt anzuwenden wagt. So verstärkt es auch seinerseits die r e g i o n a l e D y n a m i k, und zwar gleichviel, ob die Stimmführer der einzelnen Länder „Präsidenten" (wie Sun Yat Sen), ehemalige, fast zu fürstlicher Stellung aufgerückte Generalgouverneure (Über-Tutschun, wie Chang Tso Lin in der Mandschurei), oder scheinbar republikanische Generale sind, wie Wu Pei Fu in Loyang (Honan), oder modern-christliche „Heerführer", die sich bereits mit Erfolg der Missions-Reklame bedienen.

Jedenfalls beobachtet China seine Dränger in ihren eigenen Schwächen geopolitisch viel richtiger, als sie glauben.

Den Manchester Guardian haben wir schon einmal hier, und zwar mit Überzeugung, die vielleicht vorurteilfreieste unter den großen Zeitungen der Erde genannt. Eine unfreiwillige Probe dafür wird in Nr. 24284 vom 19. Juni 1924 gegeben. Darin stehen sich auf S. 4 und S. 5 ein Aufsatz: „Chinas desperate finances“, und ein Bild: „Chinas war memorial“ gegenüber. Das Kriegsdenkmal ist haushälterischerweise aus den Steinen des Ketteler-Bogens (Pai-Feng, nicht Pai-Lu) errichtet. „Dem Sieg von Recht und Gerechtigkeit“ steht nunmehr auf dem dreiteiligen Bogen eingegraben, „Im 8. Jahr der Republik!“

Aber ein wohlunterrichteter Alt- oder Jung-Chinese wird in dem trostlosen Zustand der Finanzen weit eher ein lastendes Denkmal des für China ebenso widersinnigen, als dem widerstrebenden von den Angelsachsen (vgl. Gilbert Reid: China captive or free) aufgenötigten Krieges, und der verblaßten Glorie der Republik in ihrem damals achten, heute dreizehnten Jahre erblicken.

Alt- und Jung-China wissen aber auch, daß schon eine Anspannung der Zölle um $2^1/_2$ % über 5 % genügend wäre, um den Nöten der 428 Millionen zu begegnen, daß diese Kosten aber die Herren Importeure zu tragen hätten, und daß sich ihre Vertretermächte deshalb gegen eine leicht durchzuführende Sanierung des riesigen Wirtschaftsraumes sperren und wehren. Man weiß in China ganz genau, daß der Krieg gegen Deutschland sich an eine falsche Adresse richtete, und die Quittung darüber steht vielleicht einmal auf einer wieder geänderten Inschrift des gleichen geduldigen dreiteiligen Bogens, vielleicht mit dem Text: „Zum Andenken an die Austreibung der südlichen, oder der rothaarigen Barbaren . .“ je nachdem sie alle, oder nur einzelne mit Hilfe anderer aus Ostasien ausgeschifft werden können oder konnten.

Aus dieser uns bekannten inneren Einstellung des indo-pazifischen Eigenlebens zu seinen Bedrängern wissen wir, daß trotz äußerer Beileidskundgebungen zu Verlusten und Becherverleihungen an erfolgreiche Sportsleute Mißerfolg und halber Erfolg von außen in den Erdraum hinein getragener Welt-Sports-Leistungen ganz anders aufgefaßt wird, als in den Ausgangsländern. Das ist die Unterseite des Teppichs, die Kehrseite eines glänzenden geopolitischen Gewebes, die wir hier gelegentlich gelüftet sehen.

Es ist ein Aufatmen düsterer Befriedigung durch den indo-pazifischen Erdraum gegangen, angesichts der Nachricht, daß Tschomolungma, die Göttin Mutter der Berge, den die Briten Mount Everest nennen, auch den Angriff von 1924 abgeschlagen hat, und daß die Fremden, die überlegen lächelten, als sie im Kloster Rongbuk die Fresken mit den Schutzgöttern des höchsten Berges der Erde entlang gingen, zwei tapfere und hervorragende Sportsmanns-Leben auf dem Plan gelassen haben, auf dem sie „no mercy from Everest“ wollten!

Freilich ging dem endgültigen Abgeschlagenwerden der Expedition am 19. Juni ein glänzendes Hilfswerk des auf dem Felde seiner Bergsteiger-Ehre gefallenen Mallory an drei abgekommenen Trägern voraus. Aber der Ansturm auf die Göttermutter des Landes, die von seinen Gottheiten beschirmte, war weithin in Indien als ein Vorzeichen für Dauer oder Nicht-Dauer der fremden Macht betrachtet worden. Es ist ungünstig ausgefallen, wie auch der Weltflug durch den indo-pazifischen Raum, bei dem französische Geschicklichkeit und Keckheit und amerikanische Zahlenüberlegenheit einen weiten Vorsprung vor dem britischen Unternehmen gewannen.

Und reichlich mit der gleichen Spannung, mit der Inder und Tibeter die Fortschritte der Tschomolungma-Erkletterung prüften, haben China und Japan — schon ausweislich ihrer politischen Karikatur! — als ganz nüchterne Beobachter die fremden Machtmaschinen verfolgt, die über ihrem Lande hinzogen, und ein anderes mal Späher, Bomben, Giftgase bringen können — worüber man sich ganz klar ist.

Die Weltflieger haben, die Amerikaner in der ersten Juli-Woche, mit sehr glattem und schnellem Flug durch die eigentlichen Monsunländer in der Richtung auf Buschir, Mac Laren in der zweiten Juli-Woche über die Kurilen den indo-pazifischen Raum wieder verlassen, den weitaus am elegantesten der Franzose d'Oisy durchflog, 20600 km in 47 Tagen, mit einem Mittel von 425 km zurücklegend.

Als vorläufiges Ergebnis stellte u. a. am Montag, 7. 7. 1924, unter dem frischen Eindruck seiner

Zuhörer, der japanische Marine-Minister Admiral Takarabe im Reichstag fest, daß die Weltlage von Japan eine Vermehrung seiner See-Luftstreitkräfte um elf weitere Geschwader zu den bereits geforderten verlange.

Das ist vielleicht nicht ganz das erwartete Ergebnis einer so friedlichen Veranstaltung, deren Teilnehmer von dem Kollegen Admiral Takarabes, dem Kriegsminister, mit silbernen Erinnerungsbechern begabt wurden: aber selbst der Friedlichste kann irre werden, wenn man ihm zu deutlich vor Augen führt, wie unsicher auch der Himmel über ihm geworden ist (wenn auch der Nord-Pazifik eine gewisse natürliche Abwehrkraft bewies), eine Erkenntnis, die aus der japanischen und chinesischen politischen Karikatur, aber auch ernsthafteren Zeugnissen, wie dem soeben erwähnten, sehr klar zum unbefangenen Beobachter spricht.

F. TERMER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT

In der Nordamerikanischen Union beherrscht die innerpolitische Lage die demnächst stattfindende Präsidentenwahl, aber sie wird auch von einiger Bedeutung für die außenpolitischen Beziehungen werden, da ja nach dem Ausfall der Wahl die Richtung einer bestimmten Partei gegenüber dem Ausland festgelegt ist. Doch dürfen daraus keine zu weit gehenden Folgerungen gezogen werden, denn wie in England bestehen bei allen innerpolitisch voneinander abweichenden Parteiprogrammen gewisse gemeinsame Auffassungen der Parteien in der auswärtigen Politik. Republikaner und Demokraten wollen durchaus sich wieder mehr als bisher aktiv an der Lösung der europäischen Fragen betätigen, was ein Aufgeben der isolierten Haltung in den letzten Jahren nach dem Kriegsende bedeutet. Die Republikaner sind eifrige Verfechter des Dawes-Gutachtens, was sie äußerlich schon dadurch hervorheben wollen, daß sie ihrem Präsidentschaftskandidaten Coolidge den General Dawes als Vizepräsidenten beigeben wollen. Auch die Demokraten sind für eine Lösung der europäischen Probleme durch Anteilnahme Amerikas eingenommen und vertreten wie ihre Gegenpartei den Gedanken einer neuen internationalen Konferenz für allgemeine Abrüstungen der Mächte zu Lande. Eine der Hauptaufgaben der nach London zur interalliierten Konferenz abgesandten Vertreter Amerikas scheint ja auch die Vorbereitung einer derartigen Vereinbarung oder zumindest die Sondierung der anderen Mächte in dieser Frage zu sein. Man sieht die weltpolitische Lage neuen schweren Konflikten entgegentreiben und will sich echt amerikanisch eine moralische Vorzugsstellung sichern, indem man sich den Anschein des ehrlichen Weltfriedensförderers gibt, um hernach bei etwaigem Scheitern seiner Bemühungen daraus den Anlaß und die Berechtigung zu entnehmen, Rüstungen in einem bis dahin unbekannten Ausmaße durchzuführen. Auch hier bestehen zwischen Demokraten und Republikanern kaum irgendwelche Unterschiede. Diese machen sich eigentlich nur in der Haltung beider Parteien gegenüber dem Völkerbunde bemerkbar. Ihm abgeneigt sind die Republikaner, sympathischer stehen ihm die Demokraten gegenüber.

Den Hintergrund der Wahlkampagne werden die innerpolitischen Zustände der Vereinigten Staaten abgeben, wobei die allgemeine wirtschaftliche Depression in erster Reihe steht. Daß die gegenwärtige Regierung nicht imstande war, sie aufzuhalten, schadet ihr sehr. Die durch die Verschlechterung der Marktlage arbeitslos gewordenen Wähler schieben natürlich die Schuld auf die herrschende Partei und bilden daher ein Wählerelement für die kommenden Monate, das geneigt ist, zur anderen Partei überzuwechseln. Allerdings ist man sich noch nicht ganz darüber im klaren, ob die Regierung die allein schuldige Urheberin der gegenwärtigen Lage ist oder ob nicht vielmehr

auch der Kongreß für sie verantwortlich zu machen ist. Dadurch ist eine Verwirrung im Innern hervorgerufen worden, die alles in Atem hält. Schon aus diesem Grunde ist vor einem Optimismus europäischer- und namentlich deutscherseits zu warnen, der nur allzuleicht geneigt ist, wieder einmal in den gegenwärtigen Konferenzschwierigkeiten in London eine Rettung von Amerika oder gar der amerikanischen Öffentlichkeit zu erhoffen. Diese ist jetzt viel mehr als für außenamerikanische Angelegenheiten für die neuen Steuergesetze oder die Kriegerfürsorge interessiert.

Die Steuerregelung ist durch die „Revenue Bill“ erfolgt, die eine Herabsetzung der Einkommensteuer um 25 % gebracht hat. Der Schatzsekretär Mellon, der die entsprechende Vorlage ausarbeitete, hat die hohen Einkommen entlastet, die kleinen dagegen unberührt gelassen, da er die Ansicht vertrat, daß die übermäßige Belastung der ersteren unproduktiv wäre. Die Opposition dagegen hat denn auch bald eingesetzt und es erlangt, daß sämtliche Einkommensteuern um 25 % herabgesetzt werden. Bemerkenswert dabei ist aber die Tatsache, daß eigentlich nur die bundesstaatliche Besteuerung des Einzelnen eine Ermäßigung erfährt, während die an und für sich schon recht hohen Steuern der Einzelstaaten und Kommunen nach wie vor drückend bleiben und noch weiter steigen. Wie drückend die Steuern geworden sind, ergibt sich daraus, daß 1913 die Gesamtsteuerbelastung auf den Kopf der Bevölkerung 17,07 Dollar, 1922 jedoch 64,63 Dollar betrug. Andererseits darf aber auch nicht vergessen werden, daß in der letzten Zeit das Gesamtvermögen erheblich zugenommen hat. Nach Berichten aus den Staaten New York, New Jersey, Pennsylvanien und den Neuenglandstaaten ist das Gesamtvermögen in diesen neun Gebieten von 59 Milliarden Dollar im Jahre 1912 auf 102 Milliarden Dollar im Jahre 1922 gestiegen, hat sich also in 10 Jahren um 73 % vermehrt. Die aus dem Ausland zugewanderte Bevölkerung hat dazu sichtlich mit beigetragen. Genau ebenso liegen die Verhältnisse im oberen Mississippital, also in den Staaten Ohio, Indiana, Illinois, Michigan, Wisconsin, Jowa, Missouri, Kansas, Nebraska, Minnesota, Nord- und Süddakota. Hier ist das Gesamtvermögen von 70 Milliarden Dollar im Jahre 1912 auf 115 Milliarden Dollar im Jahre 1922 angewachsen, was auf einem Wertzuwachs der Farmen und Viehbestände in diesen landwirtschaftlichen Gebieten beruht.

Die Schwierigkeiten der inneren wirtschaftlichen Lage finden politisch ferner ihren Ausdruck in der Gründung einer neuen, ziemlich radikal gesinnten Partei unter Führung von La Follette, die sich auf die Farmer und Arbeiter stützt und in der sich eine Art Arbeiterbewegung nach außen hin Geltung zu schaffen versucht. Kann sie sich an Anhängerzahl auch keinesfalls mit den beiden alten Parteien messen, so hat sie doch immerhin schon so viel Gewicht erlangt, um bei den Wahlen einflußreich hervorzutreten. Die Unzufriedenheit der Farmer reicht schon längere Zeit zurück und hängt unmittelbar mit den Beziehungen der Union zur Weltwirtschaft u. Weltpolitik zusammen. Denn in den Jahren nach dem Kriegsende ging nicht nur der Absatz auf dem Inlandsmarkte für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurück, sondern auch in der Ausfuhr verringerte er sich seit 1918 um ein Drittel. Hand in Hand damit ging aber eine ständige Verteuerung sämtlicher Produktionskosten, die zu einer außerordentlichen wirtschaftlichen Spannung führte. Diese Lage führte zu dem Zusammenschluß der bedrängten Farmer in dem Farmblock innerhalb des Kongresses. Liegen nun auch viele Gründe und vielleicht die Mehrzahl auf rein sozialem und ökonomischem Gebiete, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch manche unmittelbar mit den üblichen Anbaumethoden in Zusammenhang stehen. Dabei ist am wesentlichsten die ausgesprochene Einfruchtwirtschaft, die es nur auf den Anbau einer einzigen besonders hoch im Preise stehenden Fruchtart anlegt. Das vereinsstaatliche Ackerbaudepartement hat es denn auch an Warnungen und Verbesserungsvorschlägen nicht fehlen lassen und immerhin den Erfolg gehabt, daß in einigen Gebieten mit der alten Methode gebrochen und zur Mehrfruchtwirtschaft übergegangen wurde. Aber dem ungewissen Zustande der Weltwirtschaft und dem immer stärkeren Hervortreten anderer, namentlich südamerikanischer Staaten, als ausführende Agrarproduzenten entsprechend, kann erst die Zukunft den Erfolg dieser Umstellung lehren. Den Reformvorschlägen ist

von den Farmern insoweit entsprochen worden, daß in diesem Jahre gegenüber dem vorjährigen die Weizenanbaufläche um 13% zurückgegangen ist. Am bedeutendsten scheinen nach den im Mai dieses Jahres angestellten Schätzungen die Einschränkungen in Illinois, Missouri und Kalifornien zu sein. Trotz einer leichten Besserung in ihrer Lage sind die Farmer unzufrieden und suchen nach den Schuldigen an ihrem Unglück, den sie in der Regierung der herrschenden Partei gefunden zu haben meinen. — Von einem gewissen Wohlstand der übrigen arbeitenden Bevölkerung zeugt die äußerst rege Bautätigkeit in der Union, die seit zwei Jahren eingesetzt hat. Sie ist wie in Europa letzten Endes eine Folge des Krieges gewesen, aber man hat die eingetretenen Mißstände viel schneller zu beseitigen gewußt als in Europa. Trotz einer erheblichen Steigerung der Baukosten, teilweise um 100% über dem Vorkriegsniveau und um 30% über dem allgemeinen gegenwärtigen Preisniveau, hat die Bautätigkeit ganz außerordentlichen Umfang angenommen. Und dennoch ist ein großer Teil der Bevölkerung noch immer ohne eigenen Wohnraum. Ferner hat trotz vermehrten Wohnraums die Steigerung des weiteren angehalten, so daß diese im März dieses Jahres 20% des Familienbudgets betrugen. In 25 Städten des mittleren Westens waren in den letzten vier Monaten Mietspreissteigerungen von 30% zu verzeichnen, ja es gibt sogar ein paar Großstädte, in denen die Mieten in dem letzten Jahrzehnt um 150% gestiegen sind. Die hohen Löhne tragen daran mit die Schuld, die wieder ihrerseits durch einen immer merkbarer werdenden Mangel an Bauarbeitern hervorgerufen werden. Und bei ihm beginnt bereits die Schattenseite der rigorosen Einwanderungsbeschränkung insofern hervorzutreten, als gerade Italiener ferngehalten werden, die die Bauarbeiter zu stellen pflegten. Italien sieht sich ja auch, wie erst kürzlich Nitti ausführte, noch schwerer durch die Einwanderungsbeschränkungen betroffen als Japan. Auch in England ist man mit der Einwanderungsquote für britische Untertanen unzufrieden. – Von Interesse und Wichtigkeit sind die Bemühungen der Union, sich von der deutschen Kalieinfuhr durch Ausbeutung der eigenen Kalilager unabhängig zu machen, und der Staat hat zu ihrer Untersuchung Mittel bereitgestellt. Aber die Möglichkeit eigener Produktion liegt doch noch in der Zukunft. Als Kaligebiete kommen Seen in der südkalifornischen Wüste in Betracht, deren Kaligehalt auf 4 Mill. t geschätzt wird. Während des Krieges war man schon an die Ausnützung eines dieser Seen, des Searle Sees im Distrikt San Bernardino gegangen, doch sind die Gewinnungskosten noch zu hohe. Bergmännisch kann Kali in Texas gewonnen werden, wo abbaugünstige Lager in geringer Tiefe in Reagan County liegen. Angeblich soll die Qualität des dortigen Kalis der deutschen entsprechen. Aber die hohen Löhne würden die Gewinnung erheblich verteuern gegenüber der deutschen. — Das vereinsstaatliche Verkehrswesen hat jetzt eine Luftpostverbindung zwischen New York und San Franzisko aufzuweisen, durch die eine erhebliche Zeitersparnis um etwa $^2/_3$ gegen die bisherige Eisenbahnfahrt erzielt wird. —

Wie in den Vereinigten Staaten steht die innerpolitische Lage in **Mexiko** ebenfalls unter der demnächst stattfindenden Präsidentenwahl, deren Kandidaten die beiden Generäle Calles und Flores sind. Ersterer hat anscheinend die größeren Aussichten auf Erfolg; er hat eine ziemlich radikale Lösung der Agrarfrage zugunsten der Arbeiter zugesagt und auch den Schutz aller legitimen Eigentumsinteressen erklärt. Flores dagegen, der weit in der Welt herumgekommen ist, hat sich noch zurückgehalten. Er ist zur Zeit noch Gouverneur von Sinalca. Zu wünschen ist, daß das Land nun endlich wieder in eine Zeit innerer Ruhe kommt, die es unbedingt braucht, um seine Revolutionsschäden ausbessern zu können. Denn diese haben das Land in einem halben Jahr weit zurückgebracht. Die zur Zeit noch am Ruder befindliche Regierung des Präsidenten Obregon verfolgt die Revolutionäre und sucht noch schnell vor ihrem Abgang die Bilanz ihres Sieges über die Rebellen zu ziehen. Sie schreitet zu umfangreichen Beschlagnahmen des Eigentums der an der Revolution beteiligten Militär- und Privatpersonen und hat aus denselben allein in den Staaten Veracruz und Jalisco einen Erlös von etwa 18 Millionen Pesos erzielt, die der Staatskasse anheimfallen. In anderen Staaten sollen die Summen 30 Millionen

Pesos erreichen. Aus den finanziellen Erträgnissen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dieser Liegenschaften bestreitet die Regierung die Zahlung der seit einiger Zeit rückständigen Beamtengehälter. Als Retter des Staates aus den Wirren lieben sich Sozialisten und Kommunisten hinzustellen, da sie durch Freiwillige die Reihen der Regierungstruppen verstärkt hatten. Daraus aber glaubten sie für sich die Berechtigung ableiten zu können, von der Regierung eine sehr radikale Lösung der Aufteilung der Latifundien zu verlangen, die sie gleich im Bezirke von Torreon bei den großen Baumwollplantagen in die Praxis umsetzen wollten. Als ihren Wünschen nicht nachgekommen wurde, zogen sich die bewaffneten Landarbeiter in die Berge zurück, um im Kleinkrieg den Regierungstruppen Schwierigkeiten zu bereiten. Überhaupt ist die Radikalisierung der mexikanischen Arbeiter auf Grund bolschewistischer Propaganda eine Tatsache, mit der man politisch und wirtschaftlich in Mexiko rechnen muß. Sie führt zu einer dauernden Unruhe, indem bald hier bald dort lokale Aufstände oder Streiks ausbrechen, die politischen Hintergrund besitzen. Es wird sich zeigen müssen, ob diese Tendenzen nicht auch bei den Wahlkämpfen in irgend einer Form nach außen hin sich bemerkbar machen werden. Im Auslande betrachtet man denn auch die Lage in Mexiko als noch ungeklärt, was schon aus den Schwierigkeiten erkennbar wird, die die Regierung hat, um eine Anleihe auswärts unterzubringen. Ursprünglich wollte sie eine solche in Höhe von 15 Millionen Dollars in den Vereinigten Staaten auflegen, sah sich aber genötigt, die Summe auf 5 Millionen Dollars herabzusetzen. Sie sucht nun nach weiteren Möglichkeiten, den Restbetrag im Auslande anzubringen. Einen gewissen Eindruck hat die feste Haltung der Regierung gegenüber dem mit England entstandenen Konflikt gemacht, der im Anschluß an das Verhalten des englischen Vertreters Cummins entstanden war. Dieser hatte durch sein schroffes, eine völlige Unkenntnis der mexikanischen Psyche zeigendes Verhalten unmittelbar zu dem Bruch geführt, so daß Mexiko auf seine Abberufung drängte. Nach längerem Zögern ist England diesem Ersuchen nachgekommen und hat Cummins veranlaßt, sich nach den Vereinigten Staaten zu begeben. Offiziell anerkannt hat übrigens England die mexikanische Regierung noch nicht. — Die Verkehrsverhältnisse auf den mexikanischen Bahnen bessern sich langsam; sie sind durch die Revolution in große Unordnung geraten. Die Wiederherstellung der Linien beansprucht hohe Kosten, die die Eisenbahngesellschaften vor schwere finanzielle Aufgaben stellen, zumal die Einnahmen sehr zurückgegangen sind. Ein Teil des vorhandenen Materials wird noch von den Bundestruppen in Besitz gehalten. Auch der Dampferverkehr hat sich wieder gebessert, so daß jetzt an der Westküste die Linien der „Pacific Mail", „Mexican States Lines" und „Mexica Governement Line" nach ihren alten Fahrplänen verkehren. —

Der Verkehr auf dem Panamakanal ist in ständigem Steigen begriffen und zeigt dadurch, wie sehr derselbe geeignet ist, die lateinamerikanischen Länder mit dem germanischen Nordamerika zu verbinden. Auf die Zunahme des Verkehrs der Union mit den südamerikanischen Westküstenstaaten ist schon früher an dieser Stelle aufmerksam gemacht worden (vgl. Ztschr. f. Geopol. Heft 3, S. 194). Der Kanal hat den Suezkanal schon überflügelt. Denn während durch diesen 1923 insgesamt 22,7 Mill. Tonnen passierten, betrug diese Zahl beim Panamakanal 24,7 Millionen; im Jahre 1915 waren es noch 4 Millionen gewesen. Durch den Kanal hat der vereinsstaatliche Handel auch mit Australien, Ostasien und den Philippinen sowie dem westlichen Südamerika erheblich zugenommen. Die folgende Zusammenstellung mag dafür Zeugnis ablegen:

Handel der U.S. mit:

	im Jahre 1913	im Jahre 1923
China	65 Mill. Dollar.	296 Mill. Dollar
Japan	161 „ „	611 „ „
Australien .	54 „ „	160 „ „
Neuseeland .	14 „ „	41 „ „
Philippinen	46 „ „	127 „ „
Hongkong .	14 „ „	37 „ „
Chile	46 „ „	123 „ „
Peru	18 „ „	39 „ „

Der Gesamthandel der Union mit den 15 Staaten und Kolonien am Stillen Ozean stieg von 460 Mill. Dollar (1913) auf 1 532 Mill. Dollar (1923), was einer Zunahme um 233 % entspricht. —

H. LAUTENSACH:

LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Standen im Literaturbericht von Heft 4 die neueren systematischen Bearbeitungen der Politischen Geographie im Vordergrund, so sind dieses Mal besonders Werke erdumspannenden Inhalts zu würdigen. Von solchen dürfte kaum ein anderes mehr Beachtung und Verbreitung finden, als:

A. Hettner, Grundzüge der Länderkunde. Bd. II. Die außereuropäischen Erdteile. B. G. Teubner. Leipzig und Berlin. 1924. VI, 451 S. (Vgl. die Besprechung von Bd. I in Heft 5). Dieses ist das Buch, auf das die Geographen seit Jahrzehnten warteten; eine knapp gefaßte, von einem einzigen Verfasser geschriebene und daher in ihren Teilen gleichartige, alle wichtige geographische Literatur benutzende und weitgehend auf eigene Anschauung sich gründende Länderkunde aller außereuropäischen Erdteile in deutscher Sprache. Ein solches Buch, das berufen ist, die länderkundliche „Bibel" des deutschen Geographen zu werden, wie das allbekannte Lehrbuch der Allgemeinen Geographie von H. Wagner seine allgemein erdkundliche Bibel ist, fehlte bisher, und die Werke von Sievers (Kleine Länderkunde, 2 Bde. 1907), Öhlmann („Großer" Seydlitz. 1914[26]), Scobel (Geogr. Handbuch. 1909[5]), Banse (Illustrierte Länderkunde. 1923[4]), Kende (Handbuch d. geogr. Wissensch. Bd. II. 1921) und Heiderich (Die Erde, 1923[5]) füllten die Lücke nur unvollkommen. Welche ungeheure Leistung Hettner mit diesem Werk vollbracht hat, kann nur der voll ermessen, der selbst in die Lage kam, die gewaltige, in allen Weltsprachen veröffentlichte und über eine schier unübersehbare Zahl von Zeitschriftaufsätzen und Einzelabhandlungen verstreute Stoffülle auch nur für einzelne Teilgebiete in Wort oder Schrift zu meistern. In ruhiger, ungemein bescheidener Sprache fließt Hettners Darstellung dahin. Aus jedem Satz spricht zum Leser die über der Sache stehende, vorsichtig abwägende, vom Gefühl höchster wissenschaftlicher Verantwortlichkeit getragene Persönlichkeit des Meisters. Die Durcharbeitung der einzelnen Abschnitte ist von einer gleichmäßigen Gediegenheit, wie sie nur in jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem Gegenstande erreicht werden konnte. Ebenso lückenlos ist die Ausstattung des Werkes mit Kärtchen und Diagrammen, die teilweise mühsame Neuschöpfungen von Hettners Mitarbeitern sind. Sie stellen die Entdeckung, den Stand der kartographischen Aufnahme, den tektonischen Bau, die Entwässerung, die verschiedenen klimatischen Elemente, die Pflanzendecke, die Völkerverbreitung, die Geschichte der europäischen Besitzergreifung, die Bevölkerungsdichte, die Wirtschaftsformen, die weltwirtschaftlich wichtigen Erzeugnisse und die Religionen für jeden Erdteil und häufig auch für die Einzelländer dar. Von den nicht seltenen und wohl nicht immer begründbaren Wiederholungen abgesehen, scheint dem unvergleichlichen Werk nur ein wesentlicher Mangel anzuhaften, der gerade in dieser Zeitschrift nicht übergangen werden kann. Hettner betrachtet den Staat kaum als dynamisches Gebilde, er schildert ihn fast nur auf rein beschreibende Weise in seinem historischen Werdegang. Natürliche Ausstattung der Erdräume, Wirtschaft, Volkstum, Siedlung treten daher auch nicht als Kraftquellen des Staates auf. Wenn er z. B. von Singapur nur sagt: „Dieses ist in seiner Bedeutung keineswegs auf die Halbinsel (Malakka) beschränkt, sondern auch und sogar in erster Linie ein Knotenpunkt der ganzen ostindischen und ostasiatischen Schiffahrt und darum auch eine wichtige Marinestation", so wird er damit der Stellung des Platzes im Gefüge des britischen Weltreiches nur unvollkommen gerecht (vgl. diese Zeitschr. H. 1, Aufs. v. Lautensach; H. 6, Aufs. v. März). Und so stellt das folgende Buch, das ich in den sehr dankenswerten Literaturangaben Hettners vermisse, eine wertvolle Ergänzung zu seinem Werk dar. Es ist:

Haushofer-März, Zur Geopolitik der Selbstbestimmung. Kurt Vowinckel Verlag. Berlin-Halensee. 1923. 503 S. Unter diesem Sammeltitel sind 2 Einzelarbeiten vereinigt: K. Haus-

hofer, Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung und J. März, Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen. Beide Verfasser sind den Lesern der Zeitschrift für Geopolitik wohlbekannt, und die Aufsätze in Heft 1 über „Die Einheit der Monsunländer" und in Heft 6 über „Die Zugänge zum indischen Lebensraum" geben wichtige Grundgedanken aus beiden Abhandlungen wieder. Es handelt sich hier um eines der seltenen Bücher, die ausschließlich geopolitischen Inhalt haben. Haushofer stellt sich die uns Deutsche in höchstem Maße politisch interessierende Aufgabe, „den Wiederaufstieg vergewaltigter Erdräume zur Selbstbestimmung als geographische Erscheinung am Vorgang der Monsunländer Südostasiens zu untersuchen". Nach einer geographischen Begriffs- und Grenzbestimmung des zu untersuchenden Erdraums skizziert er die geschichtlichen Tatsachen: „Wenn man nicht dem Begriff der Selbstbestimmung eine wesensfremde Bedeutung unterlegt, so besaßen sie noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts alle großen, in dem vorher umschriebenen Erdraum gelegenen, von Staatsvölkern gefügten Lebensformen, mit einziger Ausnahme der Philippinen, deren Charakter als Anomalie wir nachzuweisen haben werden, verloren sie dann vom Jahre 1757 ab durch gewaltsame Eingriffe Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten in einem von Süden nach Norden fortschreitenden Prozeß, Japan nur in ganz beschränktem Umfang, von 1854 bis 95, und gewannen sie zum Teil wieder in einem niemals ganz aussetzenden Ringen, das aber seit 1895 deutlich zusammenhängt mit dem sichtbarsten Aufstieg, dem Japans, in seinen einzelnen ruckweisen Vorgängen." Dann beginnt der Hauptteil der Untersuchung: die Heraushebung aller der geographischen Tatsachen, die den Wiederaufstieg Südostasiens zur vollen politischen Selbständigkeit fördern oder erschweren. Ausgehend von Köppens Klimaeinteilung der Erde betont H. zunächst den alljährlich gleichen Rhythmus des Monsunklimas, der Südostasien das landschaftliche Grundgepräge gibt und in seinen Bewohnern, fast der Hälfte der ganzen Menschheit, das Gefühl der schicksalsverbundenen Zusammengehörigkeit weckt. In meisterhafter Form nuanziert er dann dieses Bild durch Ausmalung der Abtönungen, die das Monsunklima durch die Bodenformen erfährt, und die eine Unsumme von Einzelheiten in der Verteilung der Siedlungsdichte wie der Rassen und Völker (z. B. Verbreitung der Negritos und Drawidas) erklärt, dem einheitlichen Willen zur Wiedererlangung politischer Freiheit aber oft nicht günstig ist (Untergrabung der chinesischen Staatsbahnpläne, eines vielleicht noch rechtzeitigen Versuchs zu straffer Zusammenfassung, durch die Provinz Yünnan). Es folgt eine vergleichende Betrachtung der chinesischen und indischen Stromfragen in ihrer Wirkung auf den Selbstbestimmungsgedanken und eine Darstellung der Bedeutung der leitenden Wirtschaftspflanzen für den Wiederaufstieg. In dieser Hinsicht ist jede Monokultur hinderlich; denn sie erleichtert der herrschenden Fremdmacht den Druck auf die Daseinsbedingungen; insbesondere ist es wehrtechnisch leichter, eine vorwiegend von Reisbau lebende dichte Bevölkerung, z. B. durch Beherrschung der Bewässerungsanlagen, im Zaum zu halten, als eine von Weizen und Hirse lebende, schon, weil deren Baugebiet an sich raumweiter übersichtlicher, weniger angreifbar und weitmaschiger besiedelt ist. Die übersteigerten Volksdichten und übergroßen Siedlungshäufungen Südostasiens erzeugen einen starken, nach außen gerichteten Druck, der den Wunsch nach Wiedererlangung der Selbstbestimmung fördert. Die wichtigsten anthropogeographischen Kennzeichen für die Reife eines Erdraums, wieder zur Selbstbestimmung aufzusteigen, erkennt H. in seiner Fähigkeit zur Rassenneubildung und in der Kraft, mit der er der Erdoberfläche den Stempel seiner Eigenart aufdrückt, vor allem durch eine eigene Baukultur, durch die Fähigkeit, seine Grenzen mit einem nur ihm eigenen Leben zu erfüllen, seine peripherischen Organe zu erhalten und vorzutreiben. In diesen Hauptrichtungen entwickelt Südostasien ein Eigenleben von einer für seine politische Zukunft höchst verheißungsvollen Stärke. — Haushofer fühlt sich, wie die Vorrede verrät, in dieser Untersuchung als ein Nachfolger Ratzels. Er gleicht jenem in der Fülle der Gedanken und Vergleiche, die allenthalben auf eine allgemeine, über den Einzelfall erhebende Erkenntnis drängen und dadurch die Besprechung des Buches im Rahmen dieses erdumspannenden Literaturberichts recht-

fertigen, übertrifft ihn aber in der im einzelnen zwar durch kleine Abwege mitunter gebrochenen, dem Zurückschauenden aber immer klaren und klug gegliederten, großlinigen Führung der Gedanken.

Die größere Hälfte des Buches nimmt die Abhandlung von Haushofers Schüler, März, ein, die von vornherein eine systematische und planetarische Einstellung besitzt. M. würdigt hier mit umfassender Literaturkenntnis und mit mustergültiger Sorgfalt ein wichtiges Element der politischen Geographie und Geopolitik, das bisher von der Theorie abseits liegengelassen war, die überseeischen Wachstumsspitzen, d. h. die in einen fremden Lebensraum hinein vorgetriebenen Stützpunkte von Kolonialmächten. Zunächst werden in zwei, Statik und Dynamik genannten Abschnitten Lagen- und Wachstumserscheinungen der Stützpunkte in systematischer Form, etwa nach Art von Ratzels Politischer Geographie, behandelt, und darauf die Grundlinien der geschichtlichen Entwicklung der Stützpunktpolitik vom Altertum bis zur Gegenwart dargestellt. Den breitesten Raum nimmt das Kapitel ein, in dem die räumliche Verteilung der Wachstumsspitzen geschildert und die raumgebundenen Züge von ihrem historischen Werdegang im einzelnen gewürdigt werden. Dieser Bericht kann sich deswegen kurz fassen, weil Herr Dr. März in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift zum gleichen Thema erneut das Wort ergreifen wird.

M. Langhans, Rechtliche und tatsächliche Machtbereiche der Großmächte nach dem Weltkrieg. Petermanns Geogr. Mitteilungen. 1924. S. 1—7. Mit einer Kartentafel. Ratzel sowohl wie Haushofer forderten die kartographische Fixierung der Hauptgrade der Selbstbestimmung, und Haushofer gab in dem vorbesprochenen Buch sogar eine genaue Anleitung für eine solche. Nach Vogel (Das neue Europa, s. Besprechung in Heft 5 dieser Zeitschr.) macht nunmehr auch Langhans einen solchen kartographischen Versuch, allerdings ohne auf Haushofers Vorschläge einzugehen. Trotzdem kann dieser als gut gelungen gelten. In je einer, leider sehr kleinmaßstabigen (1 : 100 Mill.) Karte gibt er eine Übersicht über die rechtlichen und die tatsächlichen Machtbereiche der Großmächte nach dem Weltkriege. Er stellt also den Grad der Herrschaft der herrschenden Mächte dar, während Haushofer den Grad der Freiheit der unterdrückten politischen Lebensformen hervorgehoben zu sehen wünschte. Auf der Karte der De jure-Machtbereiche unterscheidet L. Stammland, Bundesstaaten (Dominien), Außenbesitzungen und Mandate, auf der der De facto-Machtbereiche Stammland, Außenbesitz, Schutzstaaten, Wirtschaftsprovinzen und Interessenbereiche, jedesmal für die fünf Mächte Rußland, Frankreich, Vereinigte Staaten, Großbritannien und Japan. Auf beiden Karten sind die überseeischen Hauptstützpunkte eingetragen. Der Text erläutert in knappen, klaren Worten die Karten. Die Arbeit zeugt von sehr gediegener Sachkenntnis und verdient die aufmerksame Beachtung jedes geopolitisch Interessierten.

J. Wütschke. Der Kampf um den Erdball. Politisch-geographische Betrachtungen zu den weltpolitischen Machtfragen der Gegenwart und nahen Zukunft. R. Oldenbourg, München und Berlin. 1922. VIII, 188 S. Dieses Buch verfolgt den sehr dankenswerten Zweck, den aufmerksamen Laien in die geographische Betrachtungsweise weltpolitischer Machtfragen einzuführen. Seine Gliederung gleicht der der später erschienenen Märzschen Abhandlung, faßt aber dabei im Gegensatz zu jener das gesamte weltpolitische Geschehen der Gegenwart und Vergangenheit ins Auge. Die ersten drei Teile geben daher einen kurzgefaßten Abriß der Allgemeinen Politischen Geographie, während der bei weitem umfangreichste vierte Teil die wichtigsten weltpolitischen Kraftfelder (insbes. Mitteleuropa, Mittelmeergebiet, Indiameerreich, Indopazifik, Atlantisches Amerika) darstellt. W. ist einer der ersten, der von den Begriffen Kraftfeld, Kraftlinie in geopolitischem Sinne Gebrauch macht. Ich habe mich in dem in Heft 1 dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz „Die Mittelmeere als geopolitische Kraftfelder" diesem Sprachgebrauch angeschlossen, der jedoch daraufhin beanstandet worden ist. Diese der Physik entlehnten Ausdrücke, die m. E. eine große Anschaulichkeit haben, sollen an sich selbstverständlich keine neu entdeckte Erkenntnis vermitteln, sondern sind reine Sachbezeichnungen ohne genetischen Inhalt. Als solche können sie kaum Schaden stiften.

A. Dix. Politische Geographie. Weltpolitisches Handbuch. R. Oldenbourg, München und Berlin. 1923[2]. VIII, 615 S. Geh. GM 12,—. Auch Dix stellt einen Abriß der Allgemeinen Politischen Geographie voran und schließt einen speziellen Teil an. Es ist ein gewaltiger Stoff, der in dem Buch enthalten ist. Leider hat Verfasser sich aber von ihm erdrücken lassen. Durchgehende Linien, die dem Leser die Lektüre leicht und fesselnd machen würden, und die das Inhaltsverzeichnis verheißt, sind oft zu vermissen. Im Kapitel über „Kulturgeographische Richtlinien der Völkerbewegung" vermutet man kaum die geographische Grenzlehre, die fast die Hälfte dieses Kapitels einnimmt und nur mit Hilfe des Begriffs der Machtsicherung lose an die anderen Abschnitte angekittet ist. Ebenso ist es mit dem Abschnitt über den derzeitigen Haushalt der einzelnen Staaten mit ihren Energiequellen, der sich im Kapitel „Politisch-geographische Richtlinien heutiger Völkerbewegung" findet. Wirtschafts- und Verkehrsgeographie als solche hätten entfallen sollen. Wer erwartet Sätze wie: „Titan, welches lange Zeit als ein seltenes und unnützes Mineral betrachtet wurde, findet jetzt Anwendung bei der Farbenproduktion, wo es als hervorragender Ersatz für Blei und Zink dient" in einer Politischen Geographie, ganz abgesehen von der mineralogischen Anfechtbarkeit des Inhalts! Die häufigen Zitate aus Ratzel, die bis zu 9 Seiten Länge einnehmen, unterscheiden sich im Stil und der Gedankenführung so scharf von den Darlegungen des Verfassers, daß sie als Fremdkörper wirken müssen. Sehr bedenklich erscheint es mir auch, daß D. die Bezeichnungen der Teilwissenschaften: Mineralogie, Meteorologie, Landeskunde, Länderkunde, Völkerkunde, Kulturgeographie in einem vom üblichen gänzlich abweichenden Sinne gebraucht, ohne selbst strenge Definitionen zu geben oder seine Abweichung zu begründen.

H. Schnee. Weltpolitik. Quelle u. Meyer. Leipzig. 1923. XVI, 465 S. Unter den nur allzu zahlreichen Büchern, die sich die Aufgabe stellen, das deutsche Volk aus der Enge seines politischen Gesichtskreises zum Verständnis der nationalen Notwendigkeiten und zu weltpolitischem Denken zu führen, es anzuleiten, aus den Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, verdient das unseres ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika einen hervorragenden Platz. Es behandelt die weltpolitischen Probleme, aus denen der Weltkrieg erwuchs und die sich aus seinem Ausgang ergeben. Verfasser beherrscht den gewaltigen Stoff sicher und versteht es, ihm eine klare und verständliche Form zu geben. Die weltgeschichtlichen Zusammenhänge und Gegensätze erfahren eine oft überraschend treffende Formulierung und Begründung. Dazu gesellt sich der Vorzug eines durchaus sachlichen, besonnenen, ruhig abwägenden Urteils, das sich von jeder Einseitigkeit, auch parteipolitischer Art, freihält. Der erste Hauptteil behandelt die weltpolitische Entwicklung von Bismarcks Entlassung bis zum Weltkrieg, der zweite ist der Vorbereitung des Krieges, dem Kriegsausbruch, der Politik der beteiligten Mächte im Kriege gewidmet. Besonders eindrucksvoll, ja erschütternd gestaltet sich das Bild, das Schnee hier von den Friedensverhandlungen und der Ausführung der Versailler Friedensbestimmungen entwirft. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages und die Anerkennung der Schuldlüge bezeichnet er als „einen äußersten Tiefstand der deutschen Geschichte". Dem Urteil des Verfassers wird man im allgemeinen zustimmen müssen, nur die Beurteilung der politischen Entwicklung Deutschlands in der Nachkriegszeit entbehrt klarer Einstellung und überzeugender Kraft. Die Schlußkapitel behandeln vortrefflich und anregend die sehr bedeutsamen Wirkungen des Krieges auf die Gestaltung der weltpolitischen Verhältnisse zwischen den Nationen und Gruppen, die Strömungen des Nationalismus und Internationalismus, die unter dem Einfluß des Krieges beginnende Emanzipation der farbigen Rassen und endlich die Stellung und Aussichten des geknechteten, entwaffneten Deutschland in dieser imperialistischen, waffenstarrenden Welt. Hier tritt Verf. nachdrücklich für eine aktive deutsche Politik ein, die auf die Ausnutzung der jeweiligen Weltlage gerichtet ist. — Das Buch ist in seinen Grundgedanken politisch-historisch, nicht politisch-geographisch, wenn auch geopolitische Gedankengänge dem Verfasser nicht fremd sind und besonders bei der Darstellung der (Vorkriegspolitik) politischen

Bestrebungen Englands und Rußlands in Erscheinung treten. Dr. G. Eiten.

H. Key. Der Bankrott der Rekonstruktionspolitik und die Kolonialpolitik. Autorisierte Übersetzung aus dem Schwedischen. W. de Gruyter u. Co, Berlin und Leipzig. 1924. 94 S. Eine tagespolitische Studie aus dem Lande Kjelléns und Cassels aus der Feder des Chefredakteurs des Stockholmer Dagbladet von einer für uns Deutsche wohltuenden Unbefangenheit des Urteils, die die uns geläufige These vertritt, „daß eine Rekonstruktion von Europa durch sich selbst und innerhalb seiner eigenen Grenzen nicht möglich ist", und daher die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten unterstreicht.

R. Sieger. Aus der Kriegszeit für Friedenstage. Leuschner u. Lubenskys Universitäts-Buchhandlung, Graz und Leipzig. 1916, 130 S. Eine Sammlung zwanglos aneinandergereihter politischer und politisch-geographischer Aufsätze, die größtenteils zuvor in Zeitungen und Zeitschriften erschienen waren, und von denen viele bleibenden wissenschaftlichen Wert beanspruchen können, so daß diese handliche Zusammenstellung Anerkennung verdient.

N. Krebs. Die Verbreitung des Menschen auf der Erdoberfläche (Anthropogeographie). Aus Natur und Geisteswelt. 632 S. B. G. Teubner, Leipzig u. Berlin. 1921. Das Büchlein gehört der Folge „Allgemeine Geographie" in der bekannten Sammlung an, in der die Politische Geographie gesondert von Vogel behandelt worden ist (s. Literaturbericht in Heft 4). Politisch-geographische Ausführungen treten daher, von dem Abschnitt „Anthropogeographische Einheiten und ihre Grenzen" abgesehen, hier verständlicherweise zurück. Krebs' Darstellung ist in bemerkenswerter Weise frei von Anlehnung an die einzige Anthropogeographie in deutscher Sprache, die sonst existiert, von dem großen Werk Ratzels.

W. E. Boerman. Grenzen. Rede uitgesproken bij de Aanvaarding van het Ambt van gewoon Hoogleeraar an de Nederlandsche Handels-Hoogeschol te Rotterdam op den 25en September 1923. Noordhoff, Groningen. 1923. 27 S. Eine allgemeine Studie über Naturgrenzen mit reicher Heranziehung der deutschen, englischen und französischen Literatur.

LITERATURNEUIGKEITEN

FRANKREICH:
JULI/1924

1. ALTE WELT:

Académie des sciences coloniales, Comptes rendus des séances, communications T. 1. 1922—23, Soc. d'édit. géographiques. maritimes et coloniales. 10 fr.

Allot, Alexandre, Le bassin de la Sarre, Berger-Levrault. 15 fr.

Alsace et Lorraine, Conseil consultativ d', Session de juillet 1923. Procès-verbaux. — Straßbourg, Imprimerie Alsaeienne.

Armel d'Etel, Frère, Les Capucins d'Alsace pendant la Révolution Straßbourg-Koenigshofen,Alsace,Impr. des Frères mineurs capucins.

Bertrand, L'Ouvrier belge depuis un siècle, L'Eglantine. 7.50 fr.

Bibliographie de la littérature française relative au Danemark, par F. de Jessen, De la Meynal. 30 fr.

Blanchard, Raoul, et Faucher, D., La France et ses colonies, Gédalge. 4.50 fr.

Bokanowski, Maurice, La bataille du franc, Impr. centrale de la bourse. —

Bordeaux, Paule Henri, LadyStanhope en Orient, La Circé du désert, Plon. 7.50 fr.

Bourgin, Hubert, Mémoire pour servir à l'histoire d'une sécession politique (1915—16), le Parti contre la Patrie, Plon. 8 fr.

Bremond, Général, L'Islam et les Questions Musulmanes au point de vue français, Charles-Lavauzelle. 5 fr.

Briey, Martin de, Les Vosges, Choses et Gens de chez nous, Paris ouvrage édité par l'Association vosgienne. —

Buat, Général, Hindenburg et Ludendorff, stratèges, Berger-Levrault. —

Canivet, R. G., et Fort, Marcel, L'Egypte, Rieder et Cie. 7 fr.

Cochin, Denys, 1914—18, Entre Alliés, Plon. 7.50 fr.

Colin, Louis, Notre-Dame de Pontmain et l'Alsace-Lorraine en 1873, Goupil. —

Ditte, Général, Calais 1914—18, Fournier. 12 fr.

Dupuis, Charles, Comment sauvegarder l'avenir du franc, Plon. 5 fr.

L'Evolution de la France républicaine (1870—1914), Henri Didier.

Fabre-Luce, A., La Victoire, Nouvelle Revue Française. 12 fr.

Frichet, Henry, La Bretagne, France Edition.

Goyau, Georges. Autour du catholicisme social, Perrin & Cie. 2 fr.

Girault, Arthur, Manuel de législation, Financière, 1e Partie, Les Budgets et le Trésor, Société du recueil Sirey. 10 fr.

Gorgolini, Pietro, La Révolution fasciste, Nouvelle Libr. Nationale. 7 fr.

Henderson, W., L'exportation des capitaux anglais avant et après la guerre, Vie Universitaire. 15 fr.

Institut de France, Annuaire pour 1924, Impr. Nationale. —

Jung, Eugène, La Révolte Arabe, 12 vol., de 1906 à la révolte de juin 1916, Bohrer. 7 fr.

Jung, Eugène, Elsa, Lina, Marie & Cie, Etude de Moeurs (Quatre années en rhénane), Bohrer. 7 fr.

Lallemand, Charles, La crise monétaire et son remède, Gauthier-Villars.

Lignières-en-Berry, 1914—18, La Guerre, Quelques notes d'histoire locale, Impr. Bussière.

Lozovski, A., Les Syndicats et la Révolution, Edit. de la Libr. du Travail. 50 c.

Lozovski, A., Les Syndicats russes et la Nouvelle politique, Edit. de la Libr. du Travail. 50 c.

Lunel, Tranchant de, Au pays du paradoxe, Maroc, Fasquelle. 7.50 fr.

Marty, André, Dans les prisons de la république, L'Humanité. 1.50 fr.

Marie-Cardine, Robert, L'Application de la loi de huit heures en France et les derniers decrets sur la matière, Faculté de droit de l'Universitée de Paris. —

Maurras, Charles, L'Enquête sur la Monarchie, suivie de: Une campagne royaliste au „Figaro", si le coup de force est possible, Nouv. Libr. Nation. 16.50 fr.

Mesclon, Antoine, Comment j'ai subi 15 ans de bagne, Mesclon. 7.50 fr.

Monzie, A. de, Du Kremlin, au Luxembourg, Delpeuch. 7.50 fr.

Mousset, Albert, L'Espagne dans la politique mondiale, Bosnard. 15 fr.

N . . . — La Politique française en 1923, Dunod. 7.50 fr.

Penciolelli, Paul, Le problème économique et L'Aide algérienne, Dunod. 4 fr.

Pinon, René, L'Avenir de l'entente franco-angleise, Plon. 5 fr.

Statistique de l'industrie minérale et des appareils à vapeur en France et en Algérie pour l'année 1921, Impr. Nation. 40 fr.

Statistique de Straßbourg, Météorologie, Superficie, Population, Logements, Finances Edité par le bureau municipal de statistique, Impr. alsacienne.

de Tessan, François, Dans L'Asie qui s'éveille, Renaiss. d. Livre. 10 fr.

Zinoview, Lénine notre maître, L'Humanité. 2 fr.

II. INDO-PAZIFISCHE WELT:

Andard, Louis, En roulotte à travers l'Inde Catholique, Baudinière. 6.50 fr.

Müller, Charles, Cinq mois aux Indes, De Bombay à Colombo, H. Floury. 25 fr.

Nogues, Général, De la Tranchée de Rheims à la Brousse Tonkinoise, L'Action allemande en Indo-Chine, Colonne de Binhi-Lieu (Tonkin), novembre 1918 — à juin 1919, Charles-Lavauzelle. 7.50 fr.

Tsen Tsonming, La Chine pacifique, Leroux. 5 fr.

Wakatsuki, F., Le Pays des cerisiers et de la soie, Desforges. 4 fr.

III. ATLANTISCHE WELT:

Casgrain, abbé, H. R., Montcalm et Lévis, Les Français au Canada, Mame et fils. —

N . . . — Congo Belge, Vie Technique et Industrielle. 10 fr.

Wauters, J., Le Congo au Travail, L'Eglantine. 6 fr.

IV. ALLGEMEINES UND SYSTEMATISCHES:

Berth, E., Guerre des Etats ou guerre des classes? M. Rivière. 9 fr.

Canonge, Général, La grande Guerre de 1914—1918, Fournier. 15 fr.

Eaton, Richard, Pionniers ou déments, Plon. 7.50 fr.

Hauser, Ph., Les Grecs et les Semites dans l'histoire de l'humanité, Les Presses Universitaires de France. 25 fr.

Nouvel, Atlas Larousse, Larousse. 85 fr.

Lourbet, Jacques, La Guerre est-elle nécessaire? Lourbet. 4 fr.

Normand, Lt. — Colonel, Franchissement des fleuves en présence de l'ennemie, technique et tactique, Fournier. 20 fr.

Rist, Charles, La Déflation en pratique (Angleterre, Etats-Unis France, Tchéco-Slovaquie), Marcel Giard. 15 fr.

Pittard, Eugène, Les Races et L'Histoire, introduction ethnolologique à l'histoire, Renaiss. du Livre. 20 fr.

Politis, N., La justice internationale, Hachette. 12 fr.

Z . . ., Vicomte de, Du Gorille à l'homme d'état, étude sur le pauperisme intellectuel, E. Longuet. 7 fr.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55



